

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Die Ampelkoalition platzt eine vorgezogene Bundestagswahl soll's richten



Die Probleme in der Ampelkoalition waren seit langem unübersehbar. Ständig und ausführlich wurde in den Medien über die internen Differenzen und Streitereien berichtet. Von Umfrage zu Umfrage schmolz die Zufriedenheit der Wähler mit der Koalition. Wie inzwischen bekannt wurde, haben alle an der Ampel beteiligten Parteien im Vorfeld intern über ein mögliches Ende der Koalition nachgedacht, ohne aber gleich in dieser Richtung aktiv zu werden. Der Grund für das Zögern ist ein einfacher. Aus Sicht der drei Koalitionsparteien fehlte es schlicht und einfach an attraktiven oder zumindest akzeptablen Alternativen, um dafür das Risiko des Koalitionsbruchs einzugehen.

Nach den für sie katastrophalen Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg kam die FDP anscheinend zu einer neuen Beurteilung der Lage. Ein „Weiter so“ in der Regierung bringe für sie nichts mehr und würde ihre Aussichten bei der spätestens im Herbst 2025 fälligen Bundestagswahl nur noch weiter verschlechtern, so die neue Einschätzung. Deshalb begann die FDP gezielt

auf das Koalitionsende hinzuwirken. Dabei wollte sie sich nochmals als entschlossene Hüterin von Haushaltsdisziplin und Schuldenbremse in Szene setzen, um damit bei ihrem potenziellen Anhang zu punkten.

Bei den Finanzen ging in der Koalition nichts mehr

Bei Koalitionsbeginn glaubten die drei Parteien noch, ihre jeweiligen Anliegen in die Regierungsarbeit einbringen und erfolgreich umsetzen zu können. Die Kurzfassung des Regierungsprogramms lautete „Modernisierung der Gesellschaft“. Auf diese Formel konnten sich alle verständigen, auch wenn sie nicht immer exakt

das Gleiche darunter verstanden. Die Modernisierung schließt vieles ein, z.B. die Klimatransformation, Wirtschaftsförderung, Investitionen in verschiedene Bereiche der Infrastruktur (z.B. Bahn, Digitalisierung), aber auch ein Selbstbestimmungsgesetz oder sozialpolitische Anliegen (Mindestlohn, Bürgergeld, Rentenpaket). Für die FDP war dabei die generelle Beachtung der neoliberalen Prinzipien selbstverständlich. Von SPD und Grünen kam dazu kein Widerspruch. Aus der Sicht von Ende 2021 war das aber nicht unrealistisch. Die Lage der Staatsfinanzen schien damals einen gewissen Spielraum für die Anliegen von SPD und Grünen

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

Vor der zweiten Amtszeit von Donald Trump	5
Nachruf auf Hans Steiger	7
Unsere Jahreskonferenz 2024	11
Das Verhängnis einer ultralinken Politik	13
Die deutschen Gewerkschaften und die Friedensfrage	17
Friedenspolitische Gewerkschaftskonferenz in Stuttgart	19
Wahlen in Österreich	22
Chile: Kommunal- und Regionalwahlen 2024	26
Buchbesprechung: The Tragedy of Ukraine	32

In eigener Sache

Am 15. November starb unser Genosse Hans Steiger in Nürnberg. Er war Mitgründer der Gruppe Arbeiterstimme und damit der letzte seiner Generation in unseren Reihen. Sein über viele Jahre gewonnenes Wissen, seine unschätzbare Erfahrung und sein nimmermüder Einsatz für eine bessere, eine sozialistische Zukunft prägten unsere Gruppe nicht nur über die Jahrzehnte, sondern halfen uns, Rückschläge und Enttäuschungen, die unsere Arbeit begleiteten, zu analysieren und in produktiver Weise umzusetzen. Seine Art, den Menschen zugewandt zu sein und zu bleiben, war für uns und unsere politische Reifung essenziell. Diskussionen und Auseinandersetzungen, die in der Sache auch hart sein konnten, führten nicht zur persönlichen Verletzung. Auch wenn sich die politischen Wege trennten, konnte man sich immer noch ins Gesicht sehen. Der tiefe, gelebte Humanismus, der so stark mit seinen Kindheits- und Jugenderfahrungen im und nach dem Krieg zu tun hatte, war uns Anschauung und Vorbild zur gleichen Zeit. Wir werden ihn nicht vergessen.

Wir lassen Hans in dieser Arbeiterstimme noch einmal selbst zu Wort kommen und wollen ihn damit in einer ihm angemessenen Weise ehren.

Was im letzten Editorial gesagt wurde, gilt fort: die nationalen wie internationalen Probleme, die sich über Jahre festgefressen haben, wirken nach wie vor weiter. Von auch nur interimistischen Lösungen kann keine Rede sein. Das gilt für den Krieg im Libanon, wo die Waffenruhe jederzeit zugunsten weiterer Säuberungen abgebrochen wird. Das gilt für den Krieg in der Ukraine, in dem neue Waffensysteme mit noch vernichtenderer

Wirkung eingesetzt und gleichzeitig Nebelkerzen zu möglichen Verhandlungen – oder unmöglichen Verhandlungen – wie Sylvesterknaller in die Luft gejagt werden. Die Neuwahl des Ex-Präsidenten in den USA, der im Januar sein Amt antritt, hat die politische Klasse aufgeschreckt. Wir befassen uns in einer ersten Analyse mit dem Wahlerfolg des alten republikanischen Nach-Nachfolgers.

Die Ampel ist ausgefallen, sie blinkt nicht mehr gelb und dem Kanzler wird dieser Tage, mehrheitslos wie er ist, das Misstrauen bescheinigt werden. Deutschland wird eine neue Regierung bekommen und die alten Probleme behalten. Im Gegenteil, nach allen vorliegenden Fakten werden die Probleme erheblich zunehmen, das Wirtschaftswachstum dagegen nicht.

Unser Kopftitel beschäftigt sich mit dieser Zäsur.

Unsere Jahreskonferenz fand im Oktober statt. Wir dokumentieren in dieser Nummer die Mehrzahl der behandelten Themen anhand aussagekräftiger Vortragstexte im Zusammenhang.

Eine Schilderung des Konferenzverlaufs soll einen ersten Eindruck vermitteln.

Mit der Frage „Was ist im Osten los?“ ist der erste Themenkomplex umschrieben.

Viele Aspekte, wie die Wahlen in ostdeutschen Bundesländern, der weitere Aufstieg der Rechtsextremen, die Gründung und der relative Erfolg des BSW, die innenpolitischen Verschärfungen und die, auch mediale, Kriegsrüstung sollten und wollten besprochen werden. Hilfreich und interessant war das Thesenpapier eines österreichischen Genossen zum Wahlerfolg der FPÖ und ihrer politischen Strategie.

Der einschlägige Artikel dazu bearbeitet die Thesen selbst weiter.

Der Genosse Harald Jentsch gab Einblick in seine Forschungsarbeit zur kommunistischen Opposition in der Weimarer Republik und dem faschistischen Deutschland unter dem Titel „Das Verhängnis ultralinker Politik unter vor- (bzw. nicht-) revolutionären Bedingungen“. Anlass und Aufhänger dazu stellte die Biografie über Robert Siewert dar, der in der KPO die Oppositionsarbeit wesentlich mittrug, dessen Lebensweg über KZ und Flucht ins Exil und schließlich in die Ostzone und die DDR führte. Wir haben das Werk von Harald Jentsch („Robert Siewert. Eine Biographie“) in der Arbeiterstimme 223 rezensiert. Werk wie Rezension seien der Leserschaft zur Lektüre empfohlen, es lohnt sich.

Das mühselige Kapitel „Gewerkschaften und Friedensfrage“ stand im Anschluss auf dem Programm. Ähnlich einer Springprozession folgt auf einen Schritt nach vorne mindestens einer wieder zurück. Dank der Ausführungen konnte man doch Erfolg versprechende Ansätze identifizieren. Auch der Bericht eines Genossen der Arbeiterpolitik über die Stuttgarter Gewerkschaftskonferenz „Waffen runter, Löhne rauf“ konnte Zuversicht vermitteln.

Die Analyse zur Lage in Venezuela muss aus Platzgründen auf die nächste Arbeiterstimme verschoben werden.

Die Aufarbeitung der Kommunal- und Regionalwahlen 2024 in Chile liefert seltene Einblicke in die dortige politische Situation.

Abschließend rezensiert Georg Auerheimer die Monographie von Nicolai Petro mit dem Titel „The Tragedy of Ukraine“ unter besonderer Berücksichtigung der Rolle faschistischer und rechtsradikaler Kräfte in diesem Land. Wir bedanken uns für die freundliche Überlassung.

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
M. Derventli, Bucherstr. 20
90408 Nürnberg
Druck: Eigendruck im Selbstverlag.
Zuschriften: Arbeiterstimme
Postfach 910307, 90261 Nürnberg
redaktion@arbeiterstimme.org
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger
Postbank München
IBAN: DE 85 7001 0080 0665 9248 08
BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13,- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20,-€ aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z. B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften

sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Leser*innenbriefe geben nicht Meinung der Redaktion wieder.

Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

zu ermöglichen. Deshalb konnte im Koalitionsvertrag die Einhaltung der Schuldenbremse und zugleich ein Verzicht auf Steuererhöhungen versprochen werden.

Dann kamen der Ukraine-Krieg, der Anstieg der Energiepreise, ein kräftiger Inflationsschub, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Haushaltsführung und, etwas neueren Datums, die anhaltende Stagnation in der Wirtschaft, die sich immer deutlicher abzeichnende Krise in der Autoindustrie und, ganz aktuell nach der Wahl von Donald Trump, die zu erwartenden Folgen von dessen Politik.

Diese hier nur kurz aufgezählten Punkte¹ veränderten die Lage deutlich. Und fast immer erforderte die neue Lage zusätzliche staatliche Ausgaben. Der vorhandene finanzielle Spielraum war schnell ausgeschöpft, aber die Aufgaben und Probleme waren damit bei weitem noch nicht abgearbeitet. Für die Zukunft zeichnete sich keinerlei Entspannung der Haushaltslage ab, sondern, im Gegenteil, weitere Verschärfungen. Deshalb rückten Finanzierungsfragen in den Mittelpunkt der koalitionsinternen Auseinandersetzungen. Trotz der geänderten Rahmenbedingungen beharrte die FDP auf ihren Vorstellungen. Ein Aussetzen der Schuldenbremse durch die Feststellung einer Notlage (etwa bedingt durch den Ukraine-Krieg) lehnte sie ab und selbstverständlich auch Steuererhöhungen oder dergleichen.

Nur beim sogenannten Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr konnte gemeinsam mit der CDU/CSU-Opposition über eine Verfassungsänderung eine gesonderte Finanzierung gefunden werden. Aber danach ging nichts mehr. Es ist bemerkenswert, dass sich die Parteien nicht über den Sinn oder Unsinn von Ausgaben zerstritten haben, hier bestand oft breiter Konsens, sondern „nur“ über deren Finan-

Die Zeiten werden für alle härter. Das trifft auch auf uns und unsere Zeitschrift, die Arbeiterstimme, zu. Wir geben nicht auf, aber wir sind nach wie vor auf Spenden angewiesen. Gebt, was ihr könnt und was euch die sozialistische Stimme im ansonsten traurigen Blätterwald Wert ist.

zierung. Die massive Erhöhung der Rüstungsausgaben ist dafür ein gutes Beispiel. Die eigentlich entscheidende Frage – Aufrüstung, ja oder nein – war nicht das Problem dieser Koalition. Alle Ampelparteien erklärten, eine deutliche und dauerhafte Steigerung bei den Militärausgaben sei wegen der Bedrohung durch Russland unabweisbar, alle sprachen sich für das 2 %-Ziel der NATO aus. Aber die Regierung hatte das Problem, diese ihre erklärte politische Absicht konkret umzusetzen. Das fing beim geplanten, jetzt nicht mehr verabschiedeten Haushalt für 2025 an und zeigte sich ganz deutlich in der mittelfristigen Finanzplanung für die nächsten Jahre.

Auch bei anderen Aufgaben wiederholte sich dieses Spiel. Egal, ob es um verbilligten Industriestrom, sonstige Subventionen, Steuererleichterungen für Unternehmer und dergleichen ging. Über alle diese Maßnahmen hätte sich die Koalition einigen können, nur nicht über deren Finanzierung. Für die FDP waren Mehrausgaben nur denkbar, wenn an anderen Stellen entsprechend eingespart würde. Prädestiniert für Einsparungen ist aus Sicht der FDP, wie eh und je, der Sozialbereich. Jede andere Finanzierungsmöglichkeit versperrte sie.

Der Kampf um's Geld kommt noch

Mit dem Ende der Ampel und die vorgezogenen Wahlen am 23. Februar sind diese Probleme aber nicht gelöst. Man muss kein Prophet sein, um vorherzusehen, dass Finanzierungsfragen bei den kommenden Koalitionsverhandlungen wieder von zentraler Bedeutung sein werden. Oder, anders ausgedrückt, wer oder was hauptsächlich unter Kürzungen zu leiden haben wird, muss noch entschieden werden.

Wenn man die im Raume stehenden Summen betrachtet, wird klar, kleinere Einsparungen hier oder dort genügen nicht, es sind erhebliche Kürzungen bzw. Umschichtungen notwendig. Allein, was die Rüstung betrifft, werden jährliche Mittel von mindestens 80 Milliarden genannt (2024 belief sich der Verteidigungs-

haushalt auf 51,95 Milliarden, 2021 auf 46,93). Das 2 %-Ziel der NATO wird nur noch als absolutes Minimum bezeichnet, notwendig wären eigentlich 3 % des BIP. So unisono die Argumentation von CDU/CSU, SPD, Grünen und FDP.

Die lahrende Wirtschaft ruft nach Subventionen, steuerlichen Entlastungen und vielerlei sonstigen Unterstützungen. Auch der Finanzbedarf für Investitionen in die Infrastruktur und für die Klimatransformation besteht offensichtlich weiterhin.

Ähnlich wie bei der Ampel stellt sich nach den Wahlen für alle denkbaren Koalitionen die Frage, wo die Finanzmittel herkommen sollen. Nicht nur die FDP, auch die CDU/CSU hat sich grundsätzlich gegen Steuererhöhungen ausgesprochen. Diese Möglichkeit für eine relevante Vergrößerung der Staatseinnahmen soll aber erklärtermaßen nicht verfolgt werden.

Einer signifikanten Erhöhung der Kreditaufnahme steht bekanntlich die Schuldenbremse, die 2009 in die Verfassung aufgenommen wurde, im Wege. Möglicherweise strebt eine künftige Regierung eine Reform der Schuldenbremse an. Die bisher gültige Variante hat sich als wenig flexibel herausgestellt und wird deshalb auf breiter Front (z.B. auch von den sogenannten Wirtschaftsweisen) zur Diskussion gestellt. Fraglich ist allerdings, wie weit eine Reform gehen kann. Aufgrund der im konservativen/neoliberalen Lager vorhandenen grundsätzlichen Bedenken gegenüber einer Ausdehnung der Staatsschulden ist es eher unwahrscheinlich, dass sich eine Zweidrittelmehrheit findet, die zu einer großen und umfassenden Reform bereit wäre. Unter den gegebenen Bedingungen ist, wenn überhaupt, eher eine begrenzte Reform zu erwarten, die sich auf eine relativ geringfügige Flexibilisierung der Möglichkeiten staatlicher Verschuldung beschränkt.

Im Rahmen der Regierungsbildung ist mit heftigen Auseinandersetzungen um die Verteilung der Finanzen zu rechnen. Insbesondere dürften Angriffe auf das bisherige Niveau des Sozialstaates drohen

¹– Arbeiterstimme Nr. 219, S1 „Zeitenwende“ auch für die Wirtschaft?
Arbeiterstimme Nr. 223, S1 Die Ampelkoalition in Schwierigkeiten

und, damit verbunden, auch auf den Lebensstandard breiter Schichten. Es ist davon auszugehen, dass es in den Parteien (in CDU/CSU und FDP sowieso, aber auch bei SPD und den Grünen) einflussreiche Kreise gibt, aus deren Sicht ein generelles Zurückdrängen der Sozialausgaben notwendig ist. Oberflächlich gesehen, um den Staatshaushalt zu entlasten und um Raum für „Zukunftsinvestitionen“ zu schaffen, wie das in ihrer Propaganda genannt wird. Aber die Absichten sind noch wesentlich weiter gesteckt. Der Sozialstaat wird vor allem als eine Belastung für das Kapital gesehen. Eine Belastung, die keinesfalls über ein bestimmtes Maß hinausgehen dürfte. Und dieses akzeptable Maß sei in Deutschland bereits überschritten. Deshalb müsse der Sozialstaat notwendigerweise beschnitten werden.

Damit ist der Versuch verbunden, die Profitrate für das Kapital wieder anzuheben und die internationale Konkurrenzfähigkeit des Standorts zu steigern. Natürlich wissen die Parteien auch, dass ein solches Unterfangen unpopulär und politisch heikel ist. Sie gehen deshalb meistens vorsichtig vor und warten auf günstige Gelegenheiten.

Eine neue, vermutlich CDU-geführte Regierung dürfte daran gehen, harte Einschnitte gleich zu Beginn ihrer Regierungszeit durchzusetzen. Da kann man noch vieles auf echte oder vermeintliche Fehler der alten Regierung schieben. Die schlechte Wirtschaftslage, insbesondere bei der Automobilindustrie und ihrer Zulieferer, der Ukraine-Krieg und der US-Präsident Trump eignen sich gut, um eine einschüchternde Drohkulisse aufzubauen und um daraus vermeintlich logische Begründungen für das „enger Schnallen des Gürtels“ zu basteln.

Ob eine wahrscheinlich deutlich geschwächte SPD unter einem eventuellen Bundeskanzler Merz da noch sehr viel Widerstand leisten kann, ist fraglich. Fraglich ist aber auch, ob sie das letztlich überhaupt will. Sicher, die SPD wird immer einige soziale Themen als ihr Markenzeichen hochhalten und auch die CDU/CSU dürfte nicht an einem allzu brutalen Vorgehen interessiert sein. Ob damit aber ein schleichender und langfris-

tig konzipierter Abbau des Sozialstaates verhindert wird? Die neoliberale Logik wird jedenfalls auch innerhalb der SPD als weitgehend alternativlos angesehen. Es wäre nicht das erste Mal, dass Sozialdemokraten vor angeblich „notwendigen Sachzwängen“ einknicken und vieles, zwar mit großen Bedenken und nach angeblich hartem Widerstand, dann doch mittragen, „verantwortungsbewusst“ wie sie sind.

Was wählen?

Es soll hier nicht über den Wahlausgang spekuliert werden. Jeder kennt die Umfragen. Auch die Grenzen solcher Umfragen für eine Pro-



gnose des tatsächlichen Wahlausgangs sind bekannt.

In letzter Zeit haben wir uns mehrmals mit der grundsätzlichen politischen Lage in Deutschland, mit der Situation der Arbeiterklasse und mit dem Wahlverhalten, insbesondere dem Erstarken der AfD, auseinandergesetzt². Diese Analysen sind weiterhin gültig. Seitdem hat sich nichts Wesentliches verändert.

Neu ist, dass diesmal bei Bundestagswahlen zwei Parteien zur Wahl stehen, die einerseits für Linke prinzipiell wählbar sind und die gleichzeitig auch eine, zumindest geringe, Chance haben, in das Parlament einzuziehen: die Partei „Die Linke“ (DL) und das „Bündnis Sahra Wagenknecht“ (BSW).

Über beide Parteien, ihre Eigenheiten, Grenzen und Chancen ist bereits mehrfach geschrieben worden³. Das muss hier nicht wiederholt werden.

Welche Wahl die sinnvollere ist, ist nicht einfach zu entscheiden. Für die DL spricht, dass sie unter anderem ein Sammelbecken für viele Linke ist, die sich dort engagieren und ihr Wirken etwas koordinieren, was allerdings zugleich eines der Probleme der DL (Meinungsvielfalt und Zerstrittenheit) darstellt. Trotzdem, ein deutlicher Misserfolg bei den Wahlen und ein deshalb drohender Abstieg in die Bedeutungslosigkeit wäre ein echter Verlust. Selbstverständlich geht es auch darum, Einrichtungen wie die Rosa-Luxemburg-Stiftung zu erhalten. Es ist zu hoffen, dass in den Wahlkreisen, in denen die Direktkandidaten der DL realistische Chancen haben, diese von allen Linken (hier im weitesten Sinne gemeint) unterstützt werden.

Das BSW scheint, rein auf die 5%-Hürde bezogen, die größeren Chancen zu haben, im neuen Bundestag vertreten zu sein. Damit wäre auch besser abgesichert, dass eine abgegebene Stimme nicht einfach unter den Tisch fällt. Bei der Friedensfrage und was die Rüstung betrifft, vertritt das BSW, im Vergleich zur auch hier nicht mit einer Stimme sprechenden DL, die klarere und bessere Position. Aber noch ist diese Partei sehr neu und noch ist nicht abzusehen, wohin genau Sahra Wagenknecht diese Partei führt. Zur Zeit muss man das so sagen: die Ausrichtung auf diese eine Person ist dominant. Ob das länger so bleiben wird oder ob die Partei allmählich ein Eigenleben entwickeln kann, und welches das dann sein wird, muss sich erst künftig zeigen.

Bündnis Sahra Wagenknecht

²– Arbeiterstimme Nr. 225, S1, Erfolge der AfD und komplizierte Regierungsbildungen; S4, Die Früchte der Krise: warum die AfD im Osten profitiert

³– Arbeiterstimme Nr. 222, S9, Partei Die Linke – Das Ende eines linken Projekts?; S13, Spaltprodukt BSW – Wohin geht die Reise?

Arbeiterstimme Nr. 224, S14, Brauchen wir eine linke Partei und was soll sie?



Die Wahlen am 5. November in den USA endeten mit einem klaren Erfolg von Donald Trump. Entgegen den Erwartungen gab es kein Kopf-an-Kopf-Rennen, das durch einen hauchdünnen Stimmenvorsprung in wenigen „Swing-States“ entschieden worden wäre, sondern ein eindeutiges Ergebnis. Trump konnte sogar, anders als 2016, die Mehrheit aller abgegebenen Stimmen (50,2 %) auf sich vereinen. Darüber hinaus konnten die Republikaner eine knappe Mehrheit im Senat erobern und ihre Mehrheit im Repräsentantenhaus verteidigen, wenngleich nur knapp.

Der Kandidat Trump war auch diesmal ein sehr spezieller, der im Wahlkampf hemmungslos agierte, mit Lügen, Hetze, unrealistischen Versprechungen und Drohungen gegen seine Gegner. Manchmal gab er auch nur wirres Zeug von sich. Er versprach mehr oder weniger allen alles. Aussagen, die sich mit den Risiken und Nebenwirkungen seiner Ankündigungen auseinandergesetzt hätten, blieben dagegen Mangelware.

Trotzdem hat die Mehrheit der Wählerschaft ihm ihre Stimme gegeben. Einer der Gründe dafür dürfte gewesen sein, dass die Demokraten kein eigenes zentrales Ziel oder Projekt anzubieten hatten, das die Wähler mobilisiert hätte. Das Ziel, Trump zu verhindern, also das kleinere Übel zu sein, war zu wenig. Die Abtreibungsfrage war im Ansatz ein solches Pro-

jekt, hat aber nicht ausgereicht. Eventuell, weil diese Frage auf Einzelstaatsebene zu regeln ist und damit nicht zur Wahl stand. Die in mehreren Bundesstaaten gleichzeitig stattfindenden Abstimmungen zur Abtreibungsfrage zeigten, dass liberale Regelungen nach wie vor eine erhebliche Zustimmung erfahren. Die Beispiele Missouri und Florida zeigen aber auch: Mehrheiten für eine liberale Regelung der Abtreibung müssen nicht mit Mehrheiten für die Demokraten bei der Präsidentschaftswahl einhergehen. (In Missouri stimmten 52 % dafür, liberalere Regeln als das bisherige fast vollständige Verbot in der Verfassung des Staates zu verankern. Trump erzielte gleichzeitig eine Zustimmung von 58,5 %. In Florida sprachen sich 57 % für eine liberale Regelung aus, 56,1 % wählten Trump. Das Referendum zur Abtreibungsfrage scheiterte aber letztlich, da in Florida eine Zustimmung von mindestens 60 % notwendig gewesen wäre.)

Ein zweiter Punkt zur Erklärung des Wahlergebnisses liegt in der Wahrnehmung des Wirtschaftsverlaufs durch viele Wähler. Die Jahre der ersten Präsidentschaft von Trump sind als Jahre des Wirtschaftswachstums mit sinkender Arbeitslosigkeit, tendenziell steigenden Löhnen und einer relativen Preisstabilität in Erinnerung geblieben. Biden und Harris dagegen werden mit Inflation und sinkendem Realeinkommen verbunden. Selbstverständlich lässt sich argumentieren, dass der relativ günsti-

ge Wirtschaftsverlauf nach 2016 wenig mit einer besonders gelungenen Wirtschaftspolitik von Trump zu tun hatte. Die ersten Jahre seiner Amtszeit fielen in eine Phase des allgemeinen Aufschwungs, auch international. Die Wende zur Inflation vollzog sich bereits unter seiner Präsidentschaft, die Auswirkungen waren aber erst unter Biden wirklich spürbar. Trump hatte also einfach Glück. Eine solche Sichtweise ließ sich aber offensichtlich nicht vermitteln.

Im Gegensatz zu 2016 scheint diesmal die Präsidentschaft viel gründlicher vorbereitet zu sein. Mehrere Trump nahestehenden Initiativen haben sich damit befasst. Zu nennen ist besonders das „Projekt 2025“ der Heritage Stiftung (www.project2025.org). Koordiniert von dieser Stiftung hat eine große Zahl von Autoren aus dem rechts-konservativen Spektrum auf über 900 Seiten ausgearbeitet, was nach einer gewonnenen Wahl aus ihrer Sicht zu tun wäre. Aber es ist nicht nur dieses Text-Dokument. Es gibt auch eine Datenbank mit angeblich tausenden Namen und Profilen von zuverlässig konservativen Personen, die nach der Wahl Positionen in Regierung und Verwaltung übernehmen könnten. Es wurden Kapazitäten zur Schulung von (neuen) Regierungsmitarbeitern geschaffen, die „Presidential Administration Academy“, und es wurden viele Dekrete vorbereitet – bereits fertig ausformuliert –, die dann gleich in den ersten Tagen nach Amtsantritt am 20. Januar vom Präsidenten in Kraft gesetzt werden könnten.

Trump selbst hat zwar im Wahlkampf erklärt, er hätte mit der Heritage Stiftung nichts zu tun und hätte die Ausführungen nicht gelesen. Das ist unglaubwürdig und vermutlich rein taktisch motiviert, einmal um kritischen Fragen auszuweichen, aber auch, um sich grundsätzlich auf nichts allzu Konkretes festlegen zu lassen. Denn Trump ist prinzipiell unberechenbar und will auch so wahrgenommen werden. Das ist sein Charakter und darauf beruht ein Großteil seines Politikstils. Er will mit unkonventionellen und als unwahrscheinlich eingestuften Handlungen alle überraschen und beeindrucken, Gegner genauso wie nominell Verbündete.

Bis in die jüngere Vergangenheit agierten die beiden traditionellen Parteien sehr oft auf der Basis eines

Grundkonsens über wichtige politische Fragen. Dieses gemeinsame Fundament sorgte dafür, dass, bei allen Unterschieden im Detail, über lange Zeit bei den großen Linien eine relative Konstanz in der US-amerikanischen Politik zu beobachten war.

Allerdings hat sich die republikanische Partei in den letzten zwei Jahrzehnten deutlich verändert. Waren die Republikaner früher eine typische Partei des „Establishments“, haben sie seit dem Aufkommen der sogenannten „Tea Party Bewegung“ immer deutlicher eine kritische Haltung gegen „die Eliten“ kultiviert. Generell lässt sich eine Entwicklung nach rechts feststellen. Auch Kreise vom äußersten rechten Rand üben inzwischen beträchtlichen Einfluss aus. Unter Trump gab es außerdem eine Neuausrichtung bei einigen zentralen Themen. Früher standen die Republikaner für Freihandel, Budgetdisziplin und enge, meistens einvernehmliche Beziehungen zu den Bündnispartnern (etwa innerhalb der NATO). Das gilt jetzt nicht mehr, zumindest nicht mehr eindeutig. Das gemeinsame politische Fundament ist stark ins Wanken geraten. Der Wahlsieg wird von vielen Unterstützern Trumps als Auftrag interpretiert, Staat und Gesellschaft umzubauen. Dabei ist noch nicht festgelegt, was genau in Zukunft gelten soll. Da sind gemäßigte und radikale Wege denkbar. Von den radikalen konservativen Ideologen wird gerne die Formel von der „schöpferischen Zerstörung“ bemüht, die jetzt unbedingt eingeleitet werden müsse. Gleichzeitig ist das alte Fundament (z.B. Wirtschaftsbeziehungen auf Basis des Freihandel) immer noch die Grundlage für das Funktionieren der gegenwärtigen Gesellschaft. Jeder größere Eingriff ist mit entsprechenden Risiken verbunden. Den Protagonisten, zumindest den klügeren, ist dieses Risiko durchaus bewusst.

Deshalb gibt es jetzt diesen spannungsgeladenen Schwebezustand. Gravierende, umstürzende Veränderungen sind möglich, ja sogar wahrscheinlich. Die entsprechenden Ankündigungen sind ernstzunehmen und keineswegs nur Schaumschlägerei. Gleichzeitig ist aber auch immer damit zu rechnen, dass in der Realität vieles eine Nummer kleiner, harmloser und unspektakulärer ausfällt. Einmal, weil auch Trump und seine diversen Unterstützer sich keineswegs

immer einig sind oder weil sich bei der Umsetzung sehr schnell eklatante Widersprüche zeigen, Widerstand geleistet wird, Hindernisse nicht beseitigt werden können und/oder die Tagespolitik nach einer vorsichtigen Taktik verlangt.

Dazu ein paar Beispiele. Ziemlich sicher wird eine Wende in der Umwelt- und Klimapolitik vollzogen werden. Ob darin allerdings eine Rücknahme der Projekte eingeschlossen ist, die von Biden mit dem „inflation reduction act“ eingeleitet wurden, ist nicht mehr so klar. Denn auch Republikaner bzw. die ihnen nahestehenden Kreise profitieren von diesen Subventionen. Kompetenzen für Umweltschutz und dergleichen liegen oft bei den Einzelstaaten. Deshalb sind viele Maßnahmen und Regelungen von Trumps Entscheidungen nicht direkt betroffen. Ein Effekt, der auch schon bei seiner ersten Präsidentschaft zu beobachten war.

Sicher wird Trump gegen die Migration vorgehen. Deshalb sind auch spektakuläre Maßnahmen wie Massenabschiebungen zu erwarten. Dieses Thema hat im Wahlkampf eine große Rolle gespielt, da muss gehandelt werden. Fraglich ist aber, ob wirklich versucht wird, die Migration konsequent zu unterbinden, schließlich gilt es auch das Interesse nach billigen Arbeitskräften zu berücksichtigen.

Im Wahlkampf wurden vielfältige und radikal hohe Zölle angekündigt. Sicher werden einige Zölle eingeführt und noch mehr wird angedroht werden. Wie weitgehend die Abschottung durch Zölle aber wirklich gehen wird, dürfte noch offen sein. Denn Zölle sind eine zweischneidige Sache. Es drohen preistreibende Effekte im Inland und Verluste bei Exporten durch Gegenmaßnahmen der Handelspartner. Es spricht einiges dafür, bei Zöllen vorsichtig und nur punktuell vorzugehen. Dazu besteht die realistische Gefahr, dass ein Pokerspiel mit Zöllen außer Kontrolle geraten könnte, aber aus Prestigegründen durchgezogen wird, trotz einer damit verbundenen Selbstschädigung.

Außerdem ist mit weiteren Steuerensenkungen zu rechnen, hauptsächlich zu Gunsten des Kapitals und der Reichen.

Außenpolitisch wird die Konfrontation mit China weitergehen und eher noch an Schärfe zunehmen. Ebenfalls

wird die Unterstützung Israels fortgesetzt werden, noch bedingungsloser als jetzt. Die europäischen NATO-Verbündeten werden größerem Druck ausgesetzt sein, sich bei Militär und Rüstung finanziell stärker zu engagieren. Was den Ukraine-Krieg betrifft, wird in den hiesigen Medien heftig über weitgehende Zugeständnisse an Russland spekuliert. Nüchtern betrachtet kann man fragen, was echte Zugeständnisse wären und was ein Hinnehmen von Realitäten. Auch für Trump sollte gelten, dass entsprechend seinem Slogan „Make America great again“ eigentlich alles vermieden werden müsste, was die USA irgendwie als Verlierer dastehen lässt.

Mit am gravierendsten könnten die Folgen für die amerikanischen Institutionen und letztlich für die US-Demokratie sein. Das „Projekt 25“ spricht davon, angebliche Gegner bzw. Vertreter eines „tiefen Staates“, welche die Absichten des Präsidenten hintertreiben könnten, aus Regierung und Verwaltung zu entfernen und durch loyale Anhänger zu ersetzen. Dabei ist von ca. 50 000 Positionen die Rede. (Zum Vergleich: Üblich waren bisher bei einem Wechsel von Präsident und Partei etwa 4000 personelle Umbesetzungen). Die Mehrheit in den beiden Parlamentskammern für die Republikaner eröffnet jetzt die Möglichkeit, Veränderungen bei Regierung und Behörden, die weit in die Zukunft hinein wirksam sein können, auf legalen Weg zu erreichen. So ähnlich, wie es bereits während der ersten Präsidentschaft mit dem obersten Gericht geschehen ist.

Trump hat bekanntlich im Wahlkampf Gegnern mit Verfolgung gedroht, er hat angekündigt, ein für ihn negatives Wahlergebnis nicht zu akzeptieren. Die Ereignisse vom 6. Januar 2021 haben gezeigt, dass er mit seinen Methoden nicht wählerisch ist, wenn er sich dadurch einen Vorteil verspricht.

Was genau passieren wird, wie schnell oder schleichend Veränderungen stattfinden werden, muss zum jetzigen Zeitpunkt natürlich Spekulation bleiben. Aber sicher wäre es unrealistisch, von Trump eine generelle und unbedingte Respektierung von Rechtsstaat und Demokratie zu erwarten.

Nachruf auf Hans Steiger

Unser Alt-Genosse Hans Steiger ist im Alter von 95 Jahren gestorben.

Hans war maßgeblich an der Gründung der Gruppe Arbeiterstimme beteiligt und hat sich lange Zeit federführend für eine bessere, sozialistische Welt eingesetzt. Wir möchten sein Leben und Werk mit diesem Nachruf würdigen.

Hans hatte in den letzten Jahren Artikel zu seinem Leben und zum fünfzigjährigen Bestehen der Gruppe Arbeiter-

stimme verfasst. Wir haben Auszüge aus diesen Artikeln zusammengefasst und mit Teilen von Interviews, die wir mit ihm gemacht haben, ergänzt.

Hans Steiger soll in dieser Ausgabe der Arbeiterstimme noch einmal selber zu Wort kommen:



Gedanken eines alten Genossen während der Pandemie (Arbeiterstimme Nr. 208)

(...) Ich wurde 1929, zehn Jahre nach dem Sturz der Monarchie, in einem eisigen Frühjahr in Nürnberg geboren und bin in einfachen Verhältnissen aufgewachsen. Als Kleinkind konnte ich natürlich nichts mitbekommen von der Bedeutung der fünf Monate später einsetzenden kapitalistischen Weltwirtschaftskrise, eine der wesentlichen Ursachen für die Machtübertragung an den Faschismus und den von ihm angezettelten II. Weltkrieg. Es war im Leben der geschichtliche Verlauf, der mich in etwa vier Phasen jeweils zwang, damit fertig zu werden, obwohl die Familie zeitweise auseinandergerissen war. Da waren Schicksalsschläge, die manchmal schlimmer waren als die gegenwärtige Pandemie-Gefährdung und die Quarantäne-Vorschriften im Jahr 2020.

Da musste z.B. die Familie in der angeschlagenen Weimarer Republik mit der Massenarbeitslosigkeit und der sozialen Verarmung zurechtkom-

men. 1933 folgten zwölf Jahre Nazi-Herrschaft mit Diktatur und sechs Jahre Krieg und Zerstörung. Auf die Niederlage des „Tausendjährigen Reiches“ folgte die Militärdiktatur der USA-Besatzungsarmee mit schweren Not- und Hungerjahren, bis 1949 die D-Mark kam und die BRD gegründet werden konnte.

Es kann sein, dass in der Generation solche gewaltigen und raschen Umbrüche erlebt hat wie die meine. Die Veränderungen waren umfassend in Zivilisation, Kultur, Technik und Politik. Darunter habe ich auch sprunghafte Fortentwicklungen erlebt: von der Petroleumlampe zum elektrischen Licht, von der Pferdekutsche zum Auto, von der preußischen Marschmusik zum Jazz, vom massenhaften Tuberkulosetod – meine halbe Verwandtschaft starb daran – zur Herzoperation, vom unumschränkten Patriarchat zu den heutigen Kinder- und Frauenrechten, von der Handarbeit zur Industrie-Automatisierung.

So waren meine Lebensabschnitte unterschiedlich gefährlich zu bewältigen: in der Kindheit mit vielen Krankheiten, in der Jugend war ich in Gefahr, an Gelbsucht zu sterben, im Krieg kamen die Bombenangriffe bis in die nächste Nachbarschaft und der Luftschutzkeller bebte; mit 14 zum „Schnellkommando“ einberufen, Schläuche legen vor brennenden Häusern und andere Einsätze. Die Schulergebnisse sahen entsprechend aus. Der Vater und der vier Jahre ältere Bruder waren im Krieg, da war ich mit meiner mich sehr umsorgenden Mutter allein. Das hieß auch bis Ende 1948 mit dem Alltag fertig zu werden: das hieß Organisieren, Tauschen, Hamstern, eine Kaninchenzucht aufziehen, mitten in der Trüm-

merstadt. Das nahm die ganze Kraft in Anspruch.

Es gab auch riskante Situationen, die lebensgefährlich hätten werden können: Stabbrandbomben durchschlugen das Dach, die Blindgänger warf ich auf den Hof. Neben unserem Haus ging eine Bombe auf eine Bäckerei nieder und zerstörte das Nachbarhaus. 30 Meter weiter riss eine Granate das Hauseck weg. Kurz vor der Einnahme Nürnbergs erhielt ich den Gestellungsbefehl zum Volkssturm, das war drei Wochen, bevor ich sechzehn wurde. Nach der Verteidigung in Rummelsberg desertierte ich mit einem Schulkameraden über die Bahngleise nach Nürnberg. Wir wollten uns nicht mehr verheizen lassen. Hätte die SS uns erwischt, wären wir aufgeknüpft worden.

In den Nachkriegsjahren wäre dann fast die ganze Familie verhungert, da wir, wie etwa die Hälfte der Bevölkerung, keine Beziehungen zu Bauern und Produzenten hatten.

Politisch bin ich erst in den letzten Kriegsjahren „aufgewacht“, als die Kriegereignisse das Misstrauen verstärkten und das Abhören der „Feindsender“ (Radio Beromünster, Soldatensender Kiew) Lügen der Nazi-propaganda entlarvten. Die erste Phase der Besatzung durch die GIs war auch brisant, sie nahmen unsere Wohnung als Stützpunkt. Wir hausten dann im Keller, mitsamt den Großeltern, die im Januar ausgebombt worden waren.

Das Wichtigste für uns war, dass im Krieg niemand aus der Familie umgekommen war. Alles andere an Schrecken, Verlusten und Entbehrungen hatten wir, auch mit viel Glück, überstanden.

Aus den Erfahrungen dieser 19 Jahre entstand langsam die Erkenntnis der Wichtigkeit von Politik; aber

ohne, dass es zur Begegnung mit Menschen gekommen wäre, die sich für Humanismus und Sozialismus einsetzten, hätte ich mich wohl kaum nach links engagiert. Es war ein zäher Prozess, bis ich zum Marxismus fand, verbunden mit einem langen Selbststudium. Angefangen hatte es nach dem Krieg mit der „Ohne mich-Bewegung“ der Organisierung 1951 bei den Kriegsdienstverweigerern, der Teilnahme an der Antiremilitarisierungsbewegung und der Mitwirkung bei Gustav Heinemanns GVP. Nach deren Scheitern fand ich schließlich zur Arbeiterbewegung und damit 1956 zur Annäherung an die „Gruppe Arbeiterpolitik“.

Nun im Alter spüre ich die Notwendigkeit, soweit die Kräfte reichen, weiter an den sozialistischen Zielen mitzuarbeiten und meine politischen Erkenntnisse weiterzugeben.

H.S.

Auszug aus einem Interview vom Juli 2011



1956 war Hans durch Zufall über eine Friedensfreundin aus Ziegelstein an die Zeitschrift *Arbeiterpolitik* gekommen. Deren Mann war auch als SPD-Funktionär im KZ gewesen und hat sie ihm in die Hand gedrückt.

„Na ja und da habe ich dann ungefähr ein Jahr die *Arpo* gelesen. Dann habe ich noch mal an die Redaktion geschrieben, ob es in Nürnberg auch Leute von der *Arpo* gibt. Und die gab es dann in Nürnberg – damals waren

es ja noch mehr – als der kleine Kreis dann danach.

1956 habe ich dann die Adresse gekriegt von Karl Grönsfelder. Die sind immer bei einem oder anderen zusammengekommen und dann haben sie mir die Einladung geschickt, aber dann wollte ich doch nicht so richtig. Das Ganze war mir noch ein bisschen zu haarig und dann habe ich mir gedacht, da machst du doch lieber einen Besuch bei der Adresse, die du hast. Karl Grönsfelder, der wohnte in einer Nebenstraße der Fürther Straße, weil er noch bei den Triumph Werken beschäftigt war. Er war in der IG-Metall und Betriebsrat bei Triumph und obwohl er Kommunist war, war er auch bei vielen Sozialdemokraten, die noch klassenkämpferisch waren, angesehen. Dort war ja auch Helmut Inzinger beschäftigt, und Horst Klaus war zu der Zeit auch noch bei den Triumph Werken. Dann habe ich da mit Karl Grönsfelder so gesprochen und seine Frau war auch da, die war ja auch im Zentralkomitee, die war mir zu hart, die hatte Haare auf den Zähnen und die ist auch nicht so mit dem Karl umgegangen, wie es eigentlich sein sollte. Seine Tochter war auch da, die war auch mit in der KPO-Gruppe dabei. Und dann hat es sich so ergeben, dass ich einige Zeit immer mal wieder zu ihm hingegangen bin. Der hat mir dann immer wieder gesagt, das was du gerade gesagt hast, das hat nicht gestimmt und das sehe ich anders. Ich war da schon hellhörig. Karl war ein einfacher Mensch, er war sympathisch, er war kein Theoretiker, aber er hat halt Bescheid gewusst. Und er hat auch persönlich einen guten Eindruck gemacht. Dann hat er mich doch überredet, einmal mitzukommen zum Hans Kunz und da bin ich dann hin und da waren Helmut Inzinger und Erich Hansel, das war so die kleine Zusammenkunft.

Das Meiste habe ich mir allerdings autodidaktisch angeeignet. Es gibt ja diesen Satz von Bert Brecht, dass man, um den Marxismus auch nur ansatzweise zu verstehen, ungefähr 1000 Stunden braucht. Also, die 1000 Stunden habe ich wahrscheinlich zusammengebracht, aber man lernt ja da nie aus. Und die Ökonomie ist ja ein Gebiet für sich und doppelt schwer.“

Rückblick auf 50 Jahre Arbeiterstimme (Arsti Nr. 214)

Die erste *Arbeiterstimme* erschien am 30. Mai 1971. Die Gründung der „Gruppe Arbeiterstimme“ erfolgte am 21. November 1971 bei einer Vereinigungskonferenz der Gruppe Arbeiterpolitik Nürnberg mit der Gruppe „Unser Weg“ auf einer Konferenz in Frankfurt, an der auch Genossinnen und Genossen aus anderen Regionen teilnahmen. An der Gründungsversammlung nahmen 19 Genossinnen und Genossen teil und die Beschlüsse wurden ohne Gegenstimme angenommen. Alle Altersgruppen waren vertreten, vom ehemaligen KPO-Abgeordneten des preußischen Landtags, Alfred Schmidt, dem Redakteur von „Unser Weg“, Hermann Jahn, von Isi Abusch bis zu den Jüngeren aus der Nürnberger IG-Metall-Jugend, aus der Arpo Nürnberg auch Hans Kunz und Hans Steiger, die alles organisiert hatten. Einige aus der Nürnberger Gruppe konnten nicht teilnehmen. Der theoretisch und historisch beschlagene Genosse Udo Winkel war dabei sowie Schorse Stockmann, der Gewerkschaftsfunktionär aus Bremen, dem nach dem Krieg die Leitung der Bremer Gruppe Arbeiterpolitik zusammen mit Heinz Kundel oblag.

Zurück zu den Wurzeln: Der Werdegang der Gruppe und deren Zustand wurden wesentlich mitbestimmt von den politischen Entwicklungen in Deutschland und der Welt und von den Bewegungen, die dadurch entstanden, auch wenn diese wieder niedergingen. So haben die Gruppen, die die Arsti gründeten, auch später insgesamt vier Phasen, wie ich meine, durchschritten und durchlitten, meist in der Reihenfolge: mühsamer Aufbau – Konsolidierung – politische Enttäuschungen – Spaltungen – schwieriger Neuanfang. Der kleine Zirkel in der Wohnung von Hans Kunz, in der die Sitzungen stattfanden, umfasste anfangs meist nicht viel mehr als zehn Personen; später waren es nicht selten 28. Bei Jahreskonferenzen war die Zahl der Teilnehmenden höher, 50 bis 60, 1971 in der Wörlmühle Erlangen sogar 74.

Die Grundlagen einer neuen, marxistischen Orientierung nach Faschismus und Krieg und der verheerenden Stalinisierung in der Sowjetunion

versuchten eine Anzahl kleinerer Gruppen zu legen, die meist erfolglos blieben, aber eine Zeitlang durchhielten mit der vagen Hoffnung auf eine Besserung für sozialistische Politik. Die Ära des Antikommunismus versperrte jede Möglichkeit, in der breiten Bevölkerung Anklang zu finden.

Auch die KPO-Überlebenden in Nürnberg gehörten dazu, die sich in der Gruppe Arbeiterpolitik gesammelt hatten. Karl Grönsfelder, Revolutionär und ehemaliger Vorsitzender der KPD Nordbayern, sammelte nach seinem Ausschluss aus der KPD Anfang der fünfziger Jahre eine Anzahl jüngerer Genossen um sich: Übrig geblieben waren Hans Kunz, Erich, Helmut und Hans, der 1956 dazukam (erst als Hörer, dann als „Marxismus-Lehrling“). Die Haupttätigkeiten des kleinen Kreises waren Diskussionen und die Behandlung und Erstellung von Artikeln der Arpo. Auf Außenwirkung wurde wohl auch auf Grund der schlechten Erfahrungen verzichtet. Es war auch eine gewisse Erschöpfung in ihnen, da sie als Übriggebliebene tief enttäuscht waren, nicht nur wegen ihrer Misserfolge, sondern auch über ihre eigene Vergangenheit, die kampflose Niederlage der Arbeiterbewegung gegen den Faschismus und über das Versagen der KPD, die die Einheitsfrontpolitik bis ganz kurz vor dem Ende der Weimarer Republik abgelehnt hatte. Da war eine gewisse Lähmung nicht zu vermeiden für jene Minderheit, die den Widerstand gegen die Faschisten geleistet hatte. Von Stuttgart aus versuchte der ehemalige Arpo-Redakteur Theodor Bergmann (Ted)

uns für seine Sammlung zu gewinnen. Die Zeitschrift *Sozialismus*, die er herausgab, war aber für uns nach marxistischen Maßstäben ungenügend. Als sich nach den sogenannten Wirtschaftswunderjahren wieder ein bisschen mehr bewegte, gab es bei manchen linken Gruppen etwas mehr Auftrieb. Die Demonstrationen, an denen wir teilnahmen, häuften sich, die sozialen Proteste und die Proteste gegen die Aufrüstungspolitik, aber vor allem die Ostermärsche waren von Bedeutung. Nun war ein Teil der Jugend politisch etwas mehr in Bewegung gekommen, auch aus der Gewerkschaftsjugend. Wir vom Grönsfelder-Kreis hatten Udo Winkel für uns gewonnen, der an unseren Treffen teilnahm und dessen Wissen und Diskussionsbereitschaft auch in der Friedensbewegung für uns Früchte trug. Wir luden die Interessierten zu unseren Versammlungen ein, zu den Diskussionsabenden in Hans Kunz' Wohnung und zu den beginnenden Aktivitäten. Vor allem in der IGM-Jugend fanden wir Anklang. An der Durchsetzung, den gewerkschaftlichen 1. Mai zurück zur Demonstration und auf die Straße zu bringen, hatten wir wesentlichen Anteil, allein deshalb, weil wir vorher die zerstrittenen linken Gruppen zum gemeinsamen Handeln brachten. Wir konnten neue Mitglieder gewinnen. Der Durchbruch erfolgte dann durch Helmut von den Falken im Regensburger Umkreis, wo sein Einfluss auch bei den dortigen Studierenden beträchtlich war. Mit Linken in der Studentenbewegung wie in Erlangen waren wir zwar in Kontakt, aber es

waren meist die Erwartungshorizonte dann doch zu verschieden. Die 68er Bewegung an den Universitäten und die großen Friedensdemonstrationen und die gegen den Vietnamkrieg hatten längst Adenauers reaktionäre Restaurationspolitik gebremst, vor allem im kulturellen Bereich. Die 1967/68er Bewegung von Teilen einer jungen Generation war indirekt auch Ausdruck einer Veränderung des weltpolitischen Kräfteverhältnisses, dem sich der Westen anpassen musste. In Bonn regierte eine „sozialliberale“ Regierung, außenpolitisch geprägt von Willy Brandts Ostpolitik, dem „Wandel durch Annäherung“ und innenpolitisch wurde 1968 wieder eine kommunistische Partei, die DKP, zugelassen. Das KPD-Verbot von 1956 wurde freilich nicht aufgehoben und auch auf die Verfolgungen von Kommunisten wurde nicht verzichtet (Berufsverbote). Doch als die Auflösungsprozesse der Außerparlamentarischen Opposition (APO) fortschritten, konnte die DKP, die zu einer echten Erneuerung und dem Bruch mit dem Stalinismus nicht bereit und fähig war, nur wenig dazu gewinnen. Es bildeten sich kommunistische Miniparteien, wie die KPD/ML, Maoisten usw., die meist ultralinks waren.

Auch die Zusammenarbeit unserer Nürnberger Arpo-Gruppe mit der Bremer und Hamburger Redaktion der Arpo blieb nicht frei von Meinungsverschiedenheiten und Richtungsstreit. Innerhalb der dortigen Gruppen gab es schwere Auseinandersetzungen über die Einschätzungen und später vor allem über die



Genossinnen und Genossen der Gründungsversammlung

Streikstrategie auf der Klöckner-Hütte. Dabei ging es hauptsächlich um die Einschätzung und Bewertung des Kräfteverhältnisses und um die grundsätzliche Beurteilung von hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionären. Der Zwist wurde so heftig, dass er zur Spaltung der Bremer Gruppe führte. Schorse Stockmann und vor allem einige ältere Genossen verließen die Gruppe. Sie wandten sich gegen deren voluntaristische Tendenzen und gaben eine hektographierte Zeitschrift heraus. 1971 gehörten sie mit zu den Gründern der „Arbeiterstimme“.

Die Nürnberger Arpo-Gruppe hatte als Begleiterscheinung des Niedergangs der APO Zuwachs erhalten, auch den äußeren Kreis erweitert und Arpo-Leser im Gewerkschaftsbereich gewonnen.

1966 war ich zu einem Besuch bei Heinrich Brandler in Hamburg und habe das verbunden mit der Teilnahme an der Arpo-

Jahreskonferenz in Hamburg (Heinz Kundel / Bonno Schütter). Später hat die Nürnberger Gruppe mit einer Delegation an nachfolgenden Jahreskonferenzen teilgenommen, dabei kam es dann in Steinkimmen und später zu heftigem Streit. Es ging dabei auch um die von uns beanstandeten Streichungen und Verunstaltungen von Artikeln, ja sogar bis zu Verfälschungen, durch die dortige Redaktion. Besonders die Analysen und Gewerkschaftseinschätzungen von Pep, der nach dem Tod Brandlers wieder mitwirkte, konnten wir nicht mehr teilen. Es kam zur Spaltung der Gruppe Arbeiterpolitik und wie eingangs beschrieben zur Gründung der Gruppe und Zeitschrift *Arbeiterstimme*. Wir hatten auch eine Anzahl Altgenossen, meist aus der KPO, gewonnen und konnten so auch die finanzielle Basis herstellen. Besonders Isi Abusch hat für Jahrzehnte das finanzielle Fundament gelegt. Die Gruppe hat-

te nun, alters- und zahlenmäßig gestärkt, mehr Einfluss gewonnen. Wir konnten vor jedem 1. Mai vor den meisten Großbetrieben Nürnbergs unsere Flugblätter verteilen und den Anschein eines roten 1. Mai in Nürnberg aufrechterhalten. Von Gewerkschaftsseite wurde manches mitgetragen oder geduldet. Einige Funktionäre waren vor 1933 in der SAP gewesen. Der damalige DGB-Vorsitzende Ranzenberger war ein Zögling des KPO-Genossen Brechenmacher. Es gab in dieser Zeit viele Demonstrationen, die wir mittrugen und auch



beim Zeitungsvertrieb konnten wir zulegen. Politisch hatte sich auch die Weltkarte ein Stück verändert; aber bald stellte sich heraus, dass dieser Linksruck auf zu schwachen Füßen stand. Die Stagnation im Ostblock, besonders in der Sowjetunion und in der DDR, ließen Hoffnungen auf Erneuerung im sozialistischen Sinn schwinden und in Westdeutschland ging die Aufnahmebereitschaft noch mehr zurück. Auch in der Gruppe wurden die Zweifel stärker, ob die Hoffnung auf eine sozialistische Perspektive in Deutschland noch angebracht sei. In der Gruppe ließ das Erkennen der Notwendigkeit einer theoretischen Arbeit mit marxistischer Herangehensweise zu wünschen übrig. Vielleicht konnte eine geteilte Schulung weiterhelfen. Nun gab es wöchentlich zwei Möglichkeiten: den meist unvorbereiteten Montagskreis mit allgemeinen Diskussionen, der die größere Besucherzahl

auswies. Der Freitagskreis, dem ich angehörte, stellte die marxistische Schulung in den Vordergrund. Statt einer Annäherung beider Kreise stellte sich heraus, dass der Montagskreis wenig Fortschritte dabei machte, das marxistische Niveau zu erhöhen. So lief es in die falsche Richtung und die Ansprüche wurden noch mehr zurückgeschraubt. Es lief darauf hinaus, dass die Artikel an marxistischer Substanz einbüßten. Wir stellten uns dagegen und sahen die Gefahr, dass Gruppe und Zeitung ihren Hauptsinn dann verloren hätten. Die Auseinandersetzungen

wurden immer schärfer und führten schließlich zur Spaltung der Gruppe. Weil diese auch in der *Arbeiterstimme* ausgetragen worden waren, konnten wir nach der Spaltung 1975 Zugang zu ganz neuen Mitkämpfern finden. Nach einiger Zeit anstrengender Bemühungen, wo die Gefahr bestand, dass für die Gruppe alles zu Ende ist, ha-

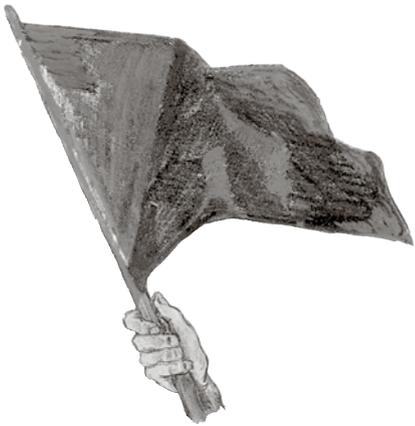
ben wir noch einmal einen Neuanfang fertiggebracht, mit Zuwachs aus der Oberpfalz und anderswo.

Der Charakter der jetzigen Gruppe ist etwas verschieden von früher. Wir haben nun mehr Akademiker in unseren Reihen, aber die Arbeiterstimme hat fast keine Arbeiter mehr. Wir haben weiterhin Beziehungen mit der Gruppe International Dorfen und auch seit einigen Jahren wieder mit der Gruppe Arbeiterpolitik, mit der wir auch Artikel austauschen. Was darüber hinaus geht, würde strukturell an unsere Grenzen stoßen. Trotz unserer personellen Schwäche meine ich: Auch wenn es mühsam ist, wir sind auf dem richtigen Weg!

Hans Steiger

Diesen Weg werden wir in der Gruppe Arbeiterstimme auch im Sinne von Hans Steiger fortsetzen. Er wird uns unvergessen bleiben.

Unsere Jahreskonferenz 2024



Am 19. und 20. Oktober fand, wie schon seit vielen Jahren in Nürnberg, die Jahreskonferenz der Gruppe Arbeiterstimme statt. Daran nahmen diesmal auch zwei befreundete Genossen der Gruppe Arbeiterpolitik und ein Genosse der AG International Dorfen teil.

Nach einer kurzen Aussprache zur Lage der Gruppe und zur finanziellen Situation war der erste große Programmpunkt die Rechtsentwicklung (nicht nur) im Osten Deutschlands unter der Überschrift „Was ist im Osten los?“ Wir hatten dazu kein gesondertes Referat vorgesehen, da wir uns seit längerem intensiv mit diesem Themenbereich beschäftigt haben. Grundlage für die Diskussion waren die beiden Artikel aus der letzten Nummer (Nr. 225): „Erfolge der AfD und komplizierte Regierungsbildungen“ sowie „Die Früchte der Krise: Warum die AfD im Osten profitiert“.

Zudem hatte ein befreundeter Genosse aus Österreich, der leider an der Tagung nicht teilnehmen konnte, uns kurzfristig ein ausführliches Thesenpapier zur jüngsten Entwicklung nach den Wahlen in Österreich zukommen lassen. Dieses Thesenpapier „Ein paar Anmerkungen zur FPÖ“ bildete so einen sehr geeigneten Einstieg in eine ausgiebige Diskussion. Dabei stellte sich heraus, dass es viele Ähnlichkeiten mit der Entwicklung in Deutschland gibt.

In einem ausführlichen Artikel zu den jüngsten Wahlen in Österreich sind diese Thesen zum Aufschwung der FPÖ eingearbeitet.

In der Diskussion zum obigen Thema wurde darauf hingewiesen, dass ein wesentlicher Unterschied zur Situation in Deutschland das Ziel der FPÖ sei, auf „Deutsch-Österreich“ zu orientieren, d.h. ihrer Politik eine deutsch-nationalistische Ausrichtung zu geben. Die in der Verfassung festgeschriebene Neutralität sei damit in Gefahr. Dieser Geschichtsrevisionismus führe zu schweren inneren und äußeren Verwerfungen und rufe die schlimmsten Ausprägungen des Austrofaschismus in Erinnerung.

In diesem Zusammenhang entspann sich eine Debatte über den Charakter der AfD. Es herrschte zwar dahingehend Übereinstimmung, dass die AfD in ihrer Gänze keine faschistische Partei ist. Dem Vorschlag, solche Strömungen als „protofaschistisch“ zu bezeichnen, wurde aber widersprochen. Dagegen wurde der Begriff „rechtspopulistisch“ gesetzt. Eine Einigung wurde diesbezüglich nicht erzielt, es wurde aber darauf hingewiesen, dass es nach Thalheimer verschiedene Formen autoritärer Herrschaft gebe und man sich wohl dieser Begrifflichkeiten bedienen sollte.

Nicht strittig war, dass es in der AfD Faschisten gibt und die Partei einen Rahmen bildet, in dem faschistische Kräfte organisiert werden (können). Mit der Verschärfung der Krise komme ihr faschistischer Kern zum Vorschein. Andererseits sei gesamtgesellschaftlich keine faschistische Bewegung „notwendig“. Es gibt weder eine (starke) Arbeiterbewegung, die die kapitalistische Wirtschaftsordnung gefährden oder gar beseitigen könnte, noch gibt es auch nur ansatzweise eine faschistische Massenbewegung, die diese Arbeiterbewegung bekämpfen würde. Wenn Kräfte wie z.B. die Linkspartei behaupten, „die AfD ist faschistisch“, so kann dies nur Verwirrung stiften; der Begriff wird inhaltsleer. Wie bezeichnet man dann eine Kraft oder Partei, die tatsächlich faschistisch ist?

Es steht aber außer Frage, dass die Wirkungen der neoliberalen Politik bei uns immer deutlicher zutage treten. Seit den letzten Jahrzehnten mit ihrem Sozialabbau, den Privatisierungen und den Kürzungen auf vielen Gebieten (Infrastruktur, Gesundheitswesen, Post, öffentliche Verwaltung, Bildungsbereich ...), mit den wirtschaftlichen Krisenerscheinungen und der Schwäche der Bundesregierung hat verstärkt eine Abkehr von den etablierten Parteien stattgefunden, was spiegelbildlich eine Hinwendung zur AfD bedeutet. So werden rechte Parolen, die vor noch nicht allzu langer Zeit gesellschaftlich geächtet waren, nicht nur „gesellschaftsfähig“, d.h. sie dringen in die öffentliche Debatte. Sie werden in zunehmendem Maße nicht nur von CDU/CSU, sondern auch von allen andern Parteien übernommen,

Anzeige

August Thalheimer

**Über die Kunst der Revolution
und die Revolution der Kunst**



Das Essay Thalheimers entstand Ende der 1940er Jahre im kubanischen Exil. Es beinhaltet Reflexionen zur marxistischen Ästhetik und zur Kritik der damaligen Sowjetunion. Mit editorischen Vorbemerkungen und einer Einführung von Theodor Bergmann.

Broschüre, DIN-A5, 80 Seiten, 6,- €

Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
redaktion@arbeiterstimme.org

Anzeige

August Thalheimer:

Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?



Nachdruck, 34 Seiten, 1,50 €
Arbeiterstimme
Postfach 910307
90261 Nürnberg

oder:
redaktion@arbeiterstimme.org

August Thalheimer:

Einführung in den dialektischen Materialismus



Vorträge für chinesische Studenten der Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau 1927, mit den Vorworten zur deutschen Ausgabe, Wien-Berlin 1928, und zur amerikanischen, New York 1936.

Nachdruck 190 Seiten, Klebebindung.
5,- Euro

Bestelladresse:
Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

wenn auch meist mit weicheren Formulierungen. Die einzige Ausnahme bildet noch die Linkspartei.

Besonders stark ist die Rechtswendung „im Osten“, d.h. im Gebiet der früheren DDR. Als Gründe dafür wurden angeführt die Ungerechtigkeiten der Treuhand bei der Liquidierung der Betriebe und der Verschacherung der Immobilien. Es gab kein festgefügtes Parteiensystem, daher gebe es auch keine Parteienbindung wie im Westen. Eine kirchliche Bindung wie lange Zeit im Westen ist ebenfalls kaum vorhanden. Durch den abrupten Anschluss, die Auswirkungen der Bodenreform und die Ungerechtigkeiten bei der Rente ist in der ehemaligen DDR so gut wie kein privates Vermögen als Absicherung vorhanden. Auch die Linkspartei vertrat keine bessere Politik, als sie an der Regierung war. Daher habe die AfD die Linke als „Kümmererpartei“ abgelöst. Dieser Einschätzung wurde insoweit widersprochen, als der Erfolg der AfD auf die ökonomischen Verhältnisse und die Zerschlagung des Sozialstaats zurückgeführt wurde, nicht auf die DDR-Vergangenheit.

Wichtig war auch noch der Hinweis, dass der Anteil der AfD-Wähler innerhalb der Gewerkschaften höher ist als der Durchschnitt; diese Haltung setze sich auch im Funktionsbereich fort!

Das Thema Migration überschattet mittlerweile alles. Dies führt zur Parole „Festung Europa“, d.h. Kontrolle und Abriegelung aller Grenzen bis zur Forderung nach „Remigration“, die in abgeschwächter Form auch von anderen Parteien übernommen wird. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass ein Großteil der Flüchtlinge aus Ländern kommt, in denen der Westen Krieg geführt hat.

Diesem Themenkomplex folgte der Vortrag des Autors der vor kurzem erschienen Biografie des führenden KPO-Funktionärs Robert Siewert. Der Text mit dem Titel „Das Verhängnis einer ultralinken Politik am Beispiel der KPD von 1919 bis 1933“ ist in dieser Nummer dokumentiert.

Zuletzt stand am Samstag Nachmittag das Verhältnis von Gewerkschaften und Friedensfrage auf dem Programm. Der erste Teil befasste sich mit dem Thema „Die deutschen Gewerkschaften und die Friedensfrage“.

Der Inhalt ist in dieser Ausgabe abgedruckt. Der zweite Teil bestand aus einem Bericht der *Arbeiterpolitik* über die Tagung „Waffen runter, Löhne rauf!“ in Stuttgart. Auch diesen Text übernehmen wir mit dem Einverständnis der *Arbeiterpolitik*. Von der AGI Dorfen kam dazu die Information, dass von den Unterzeichnern des Aufrufs im Internet „Gewerkschaften für den Frieden“ 200 als Stichprobe untersucht wurden. 100 davon kamen von ver.di-Mitgliedern, 50 von der IG Metall, 30 von der GEW und 20 waren in anderen Gewerkschaften organisiert.

Das Ergebnis unserer traditionellen Solidaritätssammlung wird einem Projekt in dem vielfach gebeutelten Kuba zur Verfügung gestellt. Es kam ein Betrag von 600 € zustande.

Nach dem Abendessen in einer Gaststätte gestaltete sich die sonst übliche Diskussion in persönlicher Atmosphäre wegen der Lautstärke etwas schwierig, so dass wir früher als sonst nach Hause aufbrachen, um dort weiter zu diskutieren.

Am Sonntag stand eine ausführliche Analyse mit dem Titel „Überlegungen zu Venezuela – ‚revolutionäre‘ Voraussetzungen und Bedingungen“ auf dem Programm. Der überarbeitete Text wird aus Platzgründen erst in der nächsten Nummer abgedruckt.

Die Tagung fand wie üblich in einer sehr solidarischen Atmosphäre statt. Die Diskussionen waren ergiebig und weiterführend.

Auch wenn der Rahmen, der uns möglich ist, klein gehalten werden muss, so gibt uns der Verlauf der Jahreskonferenz neue Kraft, im bisherigen Sinne weiterzumachen. Er ermuntert uns, gerade in der heute sich immer mehr zuspitzenden Weltlage den Kampf nicht aufzugeben für ein Ziel, das mit der Losung „Sozialismus oder Barbarei“ die aktuelle Entwicklung auf den Punkt bringt. Dies ist auch im Sinn unseres inzwischen verstorbenen Altgenossen Hans Steiger, der wegen eines Krankenhausaufenthalts nicht an der Konferenz teilnehmen konnte!

Mehr zu seiner Person ab Seite sieben in dieser Ausgabe.

Das Verhängnis einer ultralinken Politik unter vorrevolutionären Bedingungen am Beispiel der KPD 1919 – 1933



Nach dem Scheitern der Märzaktion werden gefangene Arbeiter abgeführt, Eisleben, März 1921

Lenin schrieb 1919 zur „Revolutionären Situation“: „Für den Marxisten unterliegt es keinem Zweifel, dass eine Revolution ohne revolutionäre Situation unmöglich ist, wobei nicht jede revolutionäre Situation zur Revolution führt. (...) Wir gehen sicher nicht fehl, wenn wir folgende drei Hauptmerkmale anführen:

1. Für die herrschenden Klassen ist es unmöglich, ihre Herrschaft unverändert aufrechtzuerhalten; die eine oder andere Krise der ‚oberen Schichten‘, eine Krise der Politik der herrschenden Klasse, die einen Riss entstehen lässt, durch den sich die Unzufriedenheit und Empörung der unterdrückten Klassen Bahn bricht. Damit es zur Revolution kommt, genügt es in der Regel nicht, dass die ‚unteren Schichten‘ in der alten Weise ‚nicht leben wollen‘, es ist noch erforderlich, dass die ‚oberen Schichten‘ in der alten Weise ‚nicht leben können‘.
2. Die Not und das Elend der unterdrückten Klassen verschärfen sich über das gewöhnliche Maß hinaus.

3. Infolge der erwähnten Ursachen steigert sich erheblich die Aktivität der Massen, die sich in der ‚friedlichen‘ Epoche ruhig ausplündern lassen, in stürmischen Zeiten dagegen sowohl durch die ganze Krisensituation als auch durch die ‚oberen Schichten‘ selbst zu selbständigem historischem Handeln gedrängt werden.

Ohne diese objektiven Veränderungen, die unabhängig sind vom Willen nicht nur einzelner Gruppen und Parteien, sondern auch einzelner Klassen, ist eine Revolution – der der Regel – unmöglich. [...] Doch] nicht aus jeder revolutionären Situation [geht] eine Revolution [hervor], sondern nur aus einer solchen Situation, in der zu den oben aufgezählten objektiven Veränderungen noch eine subjektive hinzukommt, nämlich die Fähigkeit der revolutionären Klasse zu revolutionären Massenaktionen, genügend stark, um die alte Regierung zu stürzen

(oder zu erschüttern), die niemals, nicht einmal in einer Krisenepoche ‚zu Fall kommt‘, wenn man sie nicht ‚zu Fall bringt‘.“¹

Bereits 1902, in seinem Werk *Was tun?* Hatte Lenin eine Lehre von den „subjektiven Merkmalen“ der revolutionären Situation entwickelt, durch welche eine sich objektiv anbahnende Revolution beschleunigt werden könne, worunter er insbesondere den Aufbau einer proletarischen Partei, die bereit ist, die Führung zu übernehmen, verstand.²

Wer sich Anfang der 1920er Jahre als Kommunist verstand, war davon überzeugt, dass mit der russischen Oktoberrevolution 1917 die proletarische Weltrevolution begonnen hatte. Die Möglichkeit, dass die proletarische Revolution auf Russland beschränkt bleiben könnte, lag völlig außerhalb seiner Revolutionsvorstellung, weshalb sich all seine Hoffnung auf eine Ausweitung der Revolution in Europa, insbesondere auf das hoch industrialisierte Deutschland mit seiner starken und traditionsreichen Arbeiterbewegung richtete. Das gemeinsame Ziel aller Kommunisten war die radikale Umgestaltung der Verhältnisse in Deutschland – also die Fortführung der am 9. November 1918 begonnenen bürgerlich-demokratischen Revolution in die proletarische Revolution.

Die Durchführung der Revolution war in diesen Jahren im Selbstverständnis der Kommunisten ein Ereignis, welches jederzeit erwartbar war – hatte der 1. Weltkrieg doch bewiesen, dass sich der Kapitalismus in seiner Endkrise befand. Für Kommunisten standen also alle zu lösende Tages-

1– Lenin, W. I.: *Der Zusammenbruch der II. Internationale*, in: LW, Berlin 1961 ff., Bd. 21, S. 206 f.

2– s. Lenin, W. I.: *Was tun? Brennenden Fragen unserer Bewegung*, in: LW, Berlin 1961 ff., Bd. 5, S. 355-551.

fragen unter dem Duktus ihres Einflusses auf den eigentlich zu vollziehenden Übergang in die Revolution.

Doch war ein Übergang in revolutionäre Auseinandersetzung nach der Niederschlagung der Münchner Räterepublik im Mai 1919 überhaupt noch eine realistische Aufgabenstellung? Die Kommunisten waren davon überzeugt. Doch die Macht lag nach dem Mai 1919, nach der Niederschlagung der Münchener Räterepublik nicht mehr auf der Straße, sondern wurde auf anderen Ebenen ausgefochten – so in den Wahlen, in den Parlamenten oder außerparlamentarisch in Streiks. Die große Chance auf eine erfolgreiche sozialistische Revolution war bereits im ersten Halbjahr 1919 vergeben, zum einen weil es den Befürwortern der bürgerlichen Demokratie und Gründern der Weimarer Republik – von den liberalbürgerlichen Parteien bis zur Sozialdemokratie – gelungen war, die Situation zu beruhigen und zum andern auch mangels einer schlagkräftigen revolutionären Partei.

Neben ihrem Grundverständnis als Partei der proletarischen Revolution hatte die KPD in den Jahren von 1919 bis 1933 grundsätzlich drei Fragestellungen zu lösen:

1. Ihr Verhältnis zu Sowjetrußland bzw. zur Sowjetunion (unter dem Aspekt des Grades ihrer Abhängigkeit von dieser)

2. Ihre innere Parteistruktur („Sekte oder Massenpartei“ und das Maß innerparteilicher Demokratie)
3. Ihre politische Linie (Rolle innerhalb der Arbeiterbewegung und im politischen System der Weimarer Republik) inkl. des Verhältnisses zur SPD und zu den Gewerkschaften

Im Parteiensystem der Weimarer Republik war die KPD unter allen Parteien mit einer gewissen Massenbasis und ihrem darauf basierenden politischen Einfluss auf die gesellschaftlichen Prozesse eine letztlich linksradikale Partei – das heißt, die von allen agierenden Massenparteien politisch am weitesten links stehende mit dem erklärten Ziel der radikalen Umgestaltung der Weimarer Republik. Dabei war sie vom Zeitpunkt ihrer Gründung an nie ein einheitliches Gebilde. Sie konstituierte sich von Anfang an aus einer Reihe radikal linker Strömungen und Gruppierungen, deren Heterogenität und programmatische Widersprüchlichkeit den Zustand der Partei nicht nur in den ersten fünf Jahren maßgeblich beeinflussten, sondern auch darüber hinaus.

Die Mitglieder der KPD waren von dem Kommen der Revolution überzeugt, doch gab es von Beginn an keine einheitliche Auffassung zu den einzuschlagenden Wegen, auf denen man wieder in die revolutionäre Offensive kommen konnte. Das führte in den folgenden Jahren fortgesetzt zu Spaltungen und Ausschlüssen, entlang derer sich eine letztlich negative Entwicklung zu einer stalinhörigen Apparatspartei darstellen ließe.

Wichtigste Zäsuren waren:

- Die Gründung der KPD selbst an der Jahreswende 1918/1919. Bereits im ersten Quartal 1919 verlor die eben gegründete KPD mit der Ermordung Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts und Leo Jogiches sowie dem Tod Franz Mehrings vier ihrer wichtigsten Theoretiker, Agitatoren und Organisatoren.
- Die Trennung vom rätendemokratischen (Otto Rühle und Franz Pfempfert) und linksradikal-revolutionistischen Flügel (Hamburger Linksradikale um Fritz Wolffheim und Heinrich Laufenberg) im Oktober 1919 und die Gründung der Kommunistischen Arbeiterpartei im April 1920

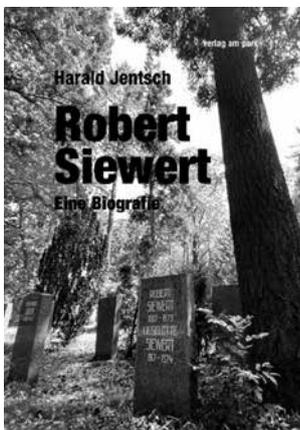
- Die Vereinigung mit dem linken Flügel der USPD zur VKPD im Dezember 1920
- Der Ausschluss des „rechtskommunistischen Flügels“ um Paul Levi im April 1921
- Die Entmachtung der „rechten“ Führung um Heinrich Brandler und August Thalheimer und die Durchsetzung des „linksradikalen“ Flügels um Ruth Fischer und Arkadij Maslow nach dem „Deutsche Oktober“ 1923 bis Mai bzw. Juli 1924
- Die Entmachtung der Fischer-Maslow-Führung und die Durchsetzung des „Thälmannschen ZK“ im September 1925
- Die Auseinandersetzungen um die „Wittorf-Affäre“ 1928, die Trennung vom „rechten Flügel“ und die Gründung der KPD-Opposition zum Jahreswechsel 1928/1929
- Die Auseinandersetzungen mit der inneren Opposition um Heinz Neumann und Hermann Remmele 1931/1932

Die internen Auseinandersetzungen führten zwar ab 1924 nicht mehr zu den gravierenden Mitgliederbewegungen der Anfangsjahre, aber zu massiven Änderungen im Funktionsapparat mit gravierenden Auswirkungen auf ihre Politikfähigkeit.

Berücksichtigt man nicht, dass es permanent Auseinandersetzungen über die einzuschlagende Taktik gab, sind die teils jähen Wendungen in der Politik und/oder Wechsel in ihrem Führungskorps nicht zu verstehen. In kaum einer Zeit und in kaum einer entscheidenden Frage ihrer Taktik bezog die KPD im Laufe ihrer Geschichte einheitlich Stellung; politische Positionen der Partei lassen sich daher nur im Hinblick auf die konkreten Bedingungen und die jeweils agierenden Personen, also konkret-historisch, analysieren oder darstellen. Zu jeder Zeit beriefen sich die jeweiligen Führer der KPD auf die marxistische und damit im Selbstverständnis wissenschaftliche Fundierung ihrer Politik – was letztlich hieß: wir haben das Wissen um die Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung und damit die Kenntnis, wie die akuten, tiefgreifenden gesellschaftlichen Konflikte und Ungerechtigkeiten zu lösen sind. Dieses grundsätzliche Wissen ließ sie dabei aber immer wiederkehrend grundsätzliche Statements mit revo-

Anzeige

Harald Jentsch:
Robert Siewert
 Eine Biographie



Verlag am Park in der Edition
 Ost, 396 S., broschiert, 25,- €
 ISBN 978-3-89793-371-2

lutionistischen Slogans ablegen auf Kosten einer genauen Analyse der konkreten Situationen.

So gab es in der KPD zu keiner Zeit einheitliche Positionen gegenüber der Sozialdemokratie. Auch zur Einheitsfront, zur Arbeiterregierung, zum Bürgerkrieg, zur nationalen Frage etc. gab es immer nur jeweilige Beschlusslagen, an die sich jedes Parteimitglied zu halten hatte, solange sie galten. Sie konnten aber auch jederzeit als Ergebnis von zum Teil heftigen Diskussionen per Mehrheitsbeschluss verändert werden und wurden es auch. Insoweit herrschte in der KPD, zumindest bis zu ihrer 1924/25 beginnenden umfassenden „Bolschewisierung“, durchaus innerparteiliche Demokratie.

Doch gab es Differenzen nicht nur innerhalb der Parteiführung. Auch an der Basis, die eben keine bewusstlose, einfach zu dirigierende Masse war, gab es unterschiedliche Auffassungen zu den taktischen Fragen. Ob ein Kommunist beispielsweise die Einheitsfront befürwortete oder ablehnte, hing neben den „partei-offiziellen“ taktischen Richtlinien vor allem von den jeweiligen persönlichen Erfahrungen des Einzelnen oder der Parteigruppe mit den potenziellen Bündnispartnern „vor Ort“ ab.

Basierend auf Heraklits Dialektik des „Panta Rhei“ („alles fließt“): „Du kannst nicht zweimal in denselben Fluss steigen. Du bist es und du bist es nicht“ kann man sagen: Die KPD von 1919 war nicht dieselbe Partei wie die von 1923 oder von 1929.

Wie eng das revolutionäre Selbstverständnis der Kommunisten an ihr Verständnis von der kapitalistischen Endkrise gebunden war, zeigt folgende Aussage August Thalheimers Ende 1921, getroffen in Auseinandersetzung mit dem Programm der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft (KAG) Paul Levis: „Es liegt auf der Hand, dass, wenn ich anerkenne, dass der Kapitalismus im Begriff ist, sich aus eigener Kraft ökonomisch wiederherzustellen, (...) für die kommunistische Politik, und also für kommunistische Grundsätze und am Ende auch für die kommunistische Partei

kein Boden mehr da ist. Wenn der Kapitalismus aus dieser seiner ungeheuren Krisis zu ‚normaler‘ Funktion zurückkehrt, so folgt daraus politisch, die Rückkehr zur ‚normalen‘ sozialdemokratischen Politik und Partei, die ihre verschiedenen Färbungen und Flügel haben mag, in der aber keine grundsätzlich verschiedenen programmatischen und taktischen Einstellungen möglich sind.“³

Thalheimers Aussage zeigt, dass in der KPD von Beginn an latent eine Identitätsproblematik vorhanden war: Eine Partei, die ihre Identität aus der Sicht auf eine ausweglose Krise des Kapitals und eine auf der Tagesord-



Oktober 1923, Reichswehr in Freiberg in Sachsen

nung stehende Revolution gründet, musste sich selbst in Frage stellen, wenn der Kapitalismus zeigt, dass er über eine erheblich größere Anpassungsfähigkeit verfügt, als angenommen und damit eine akut revolutionäre Situation nicht mehr gegeben ist. Die KPD musste zwangsläufig in eine Identitätskrise geraten, wenn sich zeigte, dass der Kapitalismus zur Restabilisierung fähig war. Ihrer Politik wäre die Grundlage entzogen und sie müsste zum bloßen Kampf um Tagesforderungen der Lohnabhängigen zurückkehren, also sich die Verbesserung der Lebenssituation unter den bestehenden Bedingungen kümmern – entweder in Kooperation mit der Sozialdemokratie (als radikaleres Korrektiv) oder ggfs. auch als wieder verschmelzende, einheitliche Arbeiterpartei.

Diese Konsequenz aber lag außerhalb des Vorstellungsvermögens des zu diesem Zeitpunkt führenden Theoretikers der KPD. Schlussendlich kann man (aus heutiger Sicht) fragen: Was

ist die Aufgabe einer revolutionären Partei in einer nichtrevolutionären Zeit? Selbstverständlich sah keiner der damaligen Akteure in der KPD diese Fragestellung – diese waren sicher: die Bedingungen zur proletarischen Revolution waren grundsätzlich gegeben, die „Stabilisierung des Kapitalismus“ war nur eine relative, eine scheinbare, und es galt gerüstet zu sein, wenn die revolutionäre Situation von der objektiven wieder zur akuten würde. Es galt den ebenfalls für die Revolution notwendigen „subjektiven Faktor“ zu stärken.

Und hier liegt das Spannungsverhältnis zwischen Offensivtheorie und Einheitsfronttaktik in all ihren jeweiligen Schattierungen: Wie konnte dieser subjektive Faktor aktiv erhöht werden? Und konnte über diesen, über die Radikalisierung der Massen, auch Einfluss auf eine „Revolutionierung“ der objektiven Bedingungen genommen werden?

Die Kommunisten standen vor der Aufgabe, den subjektiven Faktor – also die KP selbst und deren Einfluss auf die Massen – so zu entwickeln, dass sie bei Vorliegen der objektiven Bedingungen einer revolutionären Situation in der Lage war, die Revolution durchzuführen. Taktisch fanden diese Bemühungen bis zum „Deutschen Oktober 1923“ ihren Niederschlag in den Auseinandersetzungen um die Einheitsfronttaktik.

Der III. und der IV. Kongress der Kommunistischen Internationale hatten die Einheitsfront als grundsätzliche Taktik für die Zeit bestimmt, in der die Kommunisten (noch) nicht die führende Rolle in der Arbeiterbewegung innehatten: Mit der Betonung der gemeinsamen Interessen aller Arbeiter in der Tagespolitik sollten die politischen Differenzen mit den Sozialdemokraten hintangestellt werden. Angestrebt war dabei jedoch nicht ein gleichberechtigtes Miteinander, sondern bei der Umsetzung gemeinsamer Aktionen sollten die sozialdemokratischen Führer diskreditiert und entlarvt werden, da sie doch niemals mit letzter Konsequenz – das hieß bis zur Revolution – für die Interessen der Arbeiterschaft eintreten würden. Sammlung um die Fahne des Kommunismus war die Losung, d. h. die sozialdemokratischen Arbeiter sollten

3– August Thalheimer, *Die Theorie und Praxis des Liquidatorentums. Zur Reichskonferenz der Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft* (20. November), in: *Die Internationale. Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus*, Berlin, 4. Jg., Nr. 1/2 (1922), S. 19.

im Verlauf gemeinsamer Aktionen so beeinflusst werden, dass sie sich von ihren Führern trennten und schließlich zur kommunistischen Partei übertraten. Trotz des erheblichen Aderlasses an Mitgliedern und Funktionären in unmittelbarer Folge der mitteldeutschen Märzaktion 1921 gelang es der KPD mit Hilfe der Einheitsfronttaktik, sich bis Anfang 1923 wieder zu konsolidieren und zunehmend an Einfluss in der deutschen Arbeiterbewegung zu gewinnen.

Doch die Einheitsfronttaktik war sowohl in der Kommunistischen Internationale als auch in der KPD zu keiner Zeit unumstritten und es gab von Beginn an sowohl intensiven als auch latenten internen Widerstand gegen die Einheitsfronttaktik. Der latente Widerstand (bzw. Vorbehalt) zeigte sich in der Unterscheidung zwischen „Einheitsfront von oben“ und „Einheitsfront von unten“ – Belege hierfür lassen sich in den diesbezüglich lazierenden und unkonkreten Aussagen des EKKI-Vorsitzenden Grigorij Sinowjew finden.

Nach dem Scheitern der mitteldeutschen Märzaktion 1921 und dem relativ ruhigen Jahr 1922 glaubten die Führer der KPD, der Russischen Kommunistischen Partei (Bolschewiki) [RKP(B)] und der Kommunistischen Internationale im Sommer 1923, nun endlich zum entscheidenden Schlag ausholen zu können. Ausgelöst durch die strengen Auflagen des Versailler Vertrages und beschleunigt durch die französisch-belgische Ruhrbesetzung ab 11. Januar 1923 wirkte sich in Deutschland eine tiefe sozioökonomische Krise mit Hyperinflation, Pauperisierung breiter Bevölkerungsschichten und Bankrott der Staatsfinanzen aus. Zudem war es der KPD mittels ihrer seit Ende 1921 verfolgten Einheitsfronttaktik gegenüber der SPD gelungen, eine beachtliche Massenbasis in der Arbeiterschaft zu erlangen, die sie in die Lage versetzte, im Frühjahr 1923 erstmals in einzelnen Streikaktionen die politische Führung zu übernehmen. Den russischen Oktoberaufstand von 1917 zum Vorbild nehmend und unter starker Einflussnahme des ZK der RKP(B) und des EKKI begann die KPD-Führung im August 1923 mit konkreten Planungen für einen bewaffneten Aufstand.

Meine grundsätzliche Einschätzung zum „Deutschen Oktober“: Es

gab eigentlich keine Aktion, die den Namen „Deutscher Oktober“ auch nur annähernd verdient hätte. Der „deutsche Oktober“ war ein Wunschtraum, der bald zu einem Mythos wurde. Was ihn zum – wenn auch nicht stattgefundenen – Ereignis macht, sind die Vorbereitungen und die in ihn gesetzten Hoffnungen eines Teils der deutschen und internationalen Arbeiterschaft, insbesondere aber die Nachhaltigkeit seiner Nachbereitung, deren Ergebnis die „Oktoberlegende“ war.

Ich bin überzeugt, dass im Jahre 1923 in Deutschland zu keiner Zeit die Bedingungen für eine erfolgreiche proletarische Revolution gegeben waren – weder die objektiven, noch die subjektiven. Es gab 1923 in Deutschland keine Chance, die unvollendete Novemberrevolution von 1918 wieder aufzunehmen und zum Sieg zu führen. Im Sommer 1923, als die KPD möglicherweise die Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft hinter sich hatte und sie die teils machtvollen Streiks vielleicht zu entscheidenden Kämpfen hätte ausweiten können, gab es noch keinerlei konkrete Aufstandsplanungen und -vorbereitungen. Im Herbst, als mit den Vorbereitungen zumindest begonnen worden war, war die Arbeiterschaft nicht mehr zu Kampfhandlungen bereit. Womöglich hätte die soziale Unruhe, von einer Einheitsfrontführung klug ausgenutzt, zu einer Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse in der Weimarer Republik führen können – zur Stärkung der Arbeiterorganisationen und ihrer parlamentarischen Vertretungen und zu radikalen Sozialreformen. Und vielleicht hätte schon das genügt, die zehn Jahre später – 1933 – erfolgende faschistische Machteroberung (eigentlich Machtübertragung an die NSDAP) und damit auch den 2. Weltkrieg und den Holocaust zu verhindern. Doch die einseitige Fixierung der Einheitsfront auf die Aufstandsvorbereitung durch die Kommunisten und die Gegenmaßnahmen der Stresemann-Regierung, nicht nur die rigiden, militärischen, sondern vor allem die sozioökonomischen, wie die Beendigung des „passiven Widerstands“ im August 1923 und der Hyperinflation mit der Einführung der Rentenmark Mitte November 1923, glätteten die

Wogen und verhinderten im Jahre 1923 eine solche Entwicklung, indem sie die Hoffnungen auf eine rasche Besserung der sozialen Lage für einen Großteil der arbeitenden Bevölkerung nährten und zu erfüllen schienen.

Doch die Führungen der KPD nach dem „Deutschen Oktober“ vermochten keine positiven Schlussfolgerungen aus den durchaus vorhandenen erfolgreichen Ergebnissen der Einheitsfronttaktik zu ziehen. Der „Deutsche Oktober“ war eine vertane Chance, eine Niederlage der auf der Tagesordnung stehenden Revolution. Statt die objektiven Gründe zu analysieren, wurden die Gefahren der „Rechtsabweichler“ stigmatisiert und diesen – personifiziert in Heinrich Brandler – vorgeworfen, die Revolution im Oktober 1923 aus Feigheit oder Opportunismus verhindert zu haben. Ernst Thälmann leitete kurz nach seiner Wahl zum Vorsitzenden der KPD einen Paradigmenwechsel in der Sicht auf den „Deutschen Oktober“ ein, indem er in der *Roten Fahne* den Hamburger Aufstand zum bedeutendsten Ereignis des „deutschen Oktobers“ 1923 uminterpretierte: *„Die Sachsenpolitik endete mit dem kampflosen Rückzug. Die Reichsexekutive, der Einmarsch der weißen Generäle, besiegelte die Niederlage. Ist damit die Geschichte des Oktobers 1923 erschöpft? Nein und abermals nein! Man beging noch später mehrfach den Fehler, in Resolutionen und Artikeln, ja sogar in Reden vor dem bürgerlichen Gericht nur auf Sachsen hinzuweisen, wenn man vom Oktober 1923 sprach. Aber es gab nicht nur Sachsen, sondern es gab auch Hamburg!“*⁴ Bis dahin hatten die Führer der KPD und der Kommunistischen Internationale versucht zu klären, ob die in Mitteldeutschland angewendete Einheitsfrontpolitik eine grundsätzlich anzuwendende Strategie der Kommunisten war und wenn ja, welche Fehler bei ihrer Umsetzung begangen worden seien. Für Thälmann hingegen war nunmehr die Einheitsfront der „Sachsenpolitik“ nur noch Symbol der Niederlage ohne weiterzufolgende Ansätze. Der Hamburger Aufstand hingegen symbolisierte für ihn die allein Erfolg versprechende Taktik der Machteroberung durch die Kommunisten.

Harald Jentsch

⁴– Ernst Thälmann: *Die Lehren des Hamburger Aufstandes*, in: *Die Rote Fahne* v. 23.10.1925.

Die deutschen Gewerkschaften und die Friedensfrage



Beim Thema Krieg und Frieden und den Wegen, wie Frieden erreicht werden kann, gehen auch in den Gewerkschaften die Einstellungen und Meinungen dazu weit auseinander. Es gibt in dieser Frage deutliche Trennlinien zwischen einzelnen Gewerkschaften, wie der IG BCE, der IG Metall, der Gewerkschaft der Polizei auf der einen Seite oder ver.di, GEW auf der anderen Seite.

Grundsätzlich betrachten sich die deutschen Gewerkschaften noch immer als ein Teil der Friedensbewegung. Mit ihrer staatstragenden, teils korporatistischen Ausrichtung bekennen sich die Führungen in der Hauptsache allerdings zu der vom Kanzler verkündeten Zeitenwende. Sie stehen für Waffenlieferungen an die Ukraine und auch aus ihrem Mund tönt die Parole, dass unsere Demokratie dort verteidigt werde. In dieser Logik ist es dann nur konsequent, im Rahmen der Standortsicherung für die Belange der Rüstungsindustrie einzutreten. Dieser Kurs wird bekanntlich von den Gewerkschaften schon seit Jahrzehnten betrieben, allen voran von IG Metall und IG BCE. Letztere ließ in ihrem Mitglieder magazin „Profil“ den Rüstungsproduzenten Rheinmetall hochleben, der als „Zentrum der Zeitenwende“ eine entscheidende Rolle bei der Modernisierung der deutschen Streitkräfte und als Waffen-Lieferant für die Uk-

raine spiele. Es empfiehlt seinen Mitgliedern sogar, dort anzuheuern. So poliert die IG BCE den Ruf des Rüstungsunternehmens Rheinmetall auf und holt es aus der Kriegstreiberdecke heraus. In der IG Metall, die sich ihrer Satzung nach zur Abrüstung bekennt, treiben Funktionäre mit der Satzung Schindluder, indem sie nicht von Aufrüstung, sondern von Ausrüstung sprechen. Den Vogel schoss der 2. Vorsitzende Jürgen Kerner ab, der das gemeinsame Positionspapier von IG Metall, dem „Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“ (BDSV) und dem SPD-Wirtschaftsforum unterschrieb. Darin wird unverhohlen die deutsche Rüstungsindustrie unterstützt und unter anderem dafür geworben, die Verteidigungsfähigkeit zu Land, in der Luft und auf See weiterzuentwickeln. Der große Aufschrei in der Mitgliedschaft der IG Metall blieb aus, obwohl dieses Papier dem Geist der Satzung und den Beschlüssen des Gewerkschaftstages offensichtlich widerspricht. Der Schulterchluss der beiden Gewerkschaften mit der Rüstungsindustrie steht. Als Co-Manager scheint die Rüstungsproduktion auch für Gewerkschafter angesichts der Krise der deutschen Industrie, ausgelöst durch die steigenden Energiepreise, die Sanktionen gegen Russland, sowie Absatzschwierigkeiten und die Hürden der ökologischen Transformation, ein bequemer Aus-

weg zu sein, um im alten Stil weiterproduzieren zu können.

In der Öffentlichkeit werden wichtige friedenspolitische Beschlüsse, wie die Forderung nach diplomatischen Bemühungen anstelle immer neuer Waffenlieferungen, die Ablehnung des 100 Milliarden Sondervermögens und des 2-Prozent-Ziels, ebenso wie die Ablehnung von Nuklearwaffen und ihrer Stationierung in Deutschland kaum mehr wahrnehmbar vertreten.

Diskussionen auf den Gewerkschaftstagen

Friedensfähigkeit contra Kriegstüchtigkeit und der Umgang damit bestimmte die Diskussionen auf verschiedenen Gewerkschaftstagen.

Auf dem ver.di-Bundeskongress im September 2023 wurde im Leittrag zum Friedensthema zwar an der Ablehnung des 2-Prozent-Rüstungsanteils am BIP und des 100 Milliarden „Sondervermögens“ festgehalten, aber gleichzeitig festgestellt, dass es zur „Behebung der bestehenden Mängel“ (in der Ausrüstung der Bundeswehr) „finanzieller Mittel“ bedarf. Die Verteidigung wird als eine „originär staatliche Aufgabe der Daseinsvorsorge“ definiert: damit wird die Bundeswehr solchen Bereichen wie Bildung, Erziehung, Versorgung mit Wohnraum, Wasser und Strom gleichgestellt. Da kommen dann schon mal solche

„Argumente“ zum Tragen wie die lächerliche Unterhosendebatte, oder es wird die Rüstung der Bundeswehr mit dem Zustand der maroden Schulen verglichen, die ja auch jahrelang vernachlässigt wurden und deren Sanierung mit der Rüstung der Bundeswehr gleichgesetzt wird. Also keine Aufrüstung, sondern nur Nachrüstung.

Auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall einen Monat später gab es kein klares Nein gegen das 100 Milliarden Aufrüstungsprogramm und gegen den Sozialabbau.

In den schließlich angenommenen Leitantrag des Vorstands wurden dann doch friedensfreundlichere Formulierungen aufgenommen: „Waffenexporte sind restriktiv und transparent zu handhaben. Eine Fixierung auf Waffenlieferungen verlängert diesen (Ukraine-)Krieg und führt auf beiden Seiten zu tausenden Toten und Verletzten. Daher ist der Schwerpunkt auf diplomatische Lösungen zu legen, um zunächst einen schnellen Waffenstillstand zu vereinbaren. Eine einseitige Fixierung der Debatte auf Waffenlieferungen und ein Denken in den Kategorien ‚Sieg‘ oder ‚Niederlage‘ ist der falsche Weg. (...) Außerdem setzen wir uns gemeinsam für Rüstungskonversion ein.“

In einer Videokonferenz des DGB zur Frage von Frieden und Krieg bezeichnete DGB-Vorsitzende Fahimi die Friedensfrage als ein „hochemotionales, aber auch schwieriges Thema“. Auch hier lagen die Meinungen weit auseinander. Neben offiziellen Stellungnahmen, die sich im Geiste eines klaren „Ja, aber“ bewegten, wurde in Kleingruppen diskutiert. Da die Teilnehmer an dieser Konferenz zum überwiegenden Teil aus der Friedensbewegung kamen, sahen hier die Einschätzungen schon etwas anders aus. Aber auch hier wurde deutlich, dass die Diskussionen um Krieg und Frieden auf vielen Kreis- und Bezirksebenen nur sehr vorsichtig angegangen, wenn nicht sogar vermieden werden, weil dann der innergewerkschaftliche Frieden in Gefahr kommen könnte. Thema waren dann in der Hauptsache die anstehenden Ostermärsche und die Frage, wie sich der DGB da einbringen kann. Es wurde deutlich, dass es auf einzelne Gewerkschafter:innen ankommt, die die Frage von Krieg und Frieden im Sinne der Friedensbewegung an-

sprechen und auch deutlich machen, wer von diesen Kriegen profitiert und dass es auch diesmal wieder die Arbeiterklassen aller beteiligten Länder sind, die die Kosten und Folgen zu tragen haben.

Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit

Diese These wird in der Öffentlichkeit deutlich vertreten durch Hans-Jürgen Urban, der in seinem



Aufruf zu den Ostermärschen 2024 in der zeitung gegen den krieg die lebendige Partnerschaft von Gewerkschaften und Friedensbewegung hochleben ließ, oder Horst Schmitthener, der verantwortlich zeichnet für den Aufruf: „Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg! Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit!“.

Eine Friedensdiskussion findet vor allem „von unten“ bis hinauf in Bezirksebenen statt, auf Bundesebene nur sehr begrenzt in Form der einen oder anderen Videokonferenz. Allerdings können friedensbewegte Gewerkschaftsmitglieder und -gliederungen aufgrund dieser Beschlüsse entsprechende Aktivitäten entwickeln – und sie tun es auch. Zumindest werden sie nicht von oben daran gehindert.

Hervorzuheben sind die beiden Friedenskonferenzen in Hanau 2023 und in Stuttgart 2024. Maßgeblich beteiligt an diesen beiden Konferenzen war Ulrike Eifler, Bundessprecherin der BAG Betrieb & Gewerkschaft in der Partei „Die Linke“. Sie ist auch Mitarbeiterin der Rosa-Luxemburg-Stiftung und in unterschiedlichen Funktionen als Gewerkschaftssekretärin für den DGB tätig. Ulrike Eifler tritt immer wieder als Referentin bei gewerkschaftlichen Seminaren auf, die sich mit der Friedensfrage befassen;

so erst im Juli auf einer Tagung der GEW-Bayern. Sie macht, ganz in unserem Sinn, deutlich, dass Kriege Klassenfragen sind, ebenso Klassenfragen wie der drohende Klimakollaps, die Krise der Demokratie und die fortschreitende Militarisierung.

Zum Abschluss ein Auszug aus dem Aufruf

Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg! Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit!

Die Welt wird von immer neuen Kriegen erschüttert, Menschen werden getötet, Länder verwüstet. Das Risiko eines großen Krieges zwischen den Atommächten wächst und bedroht die Menschheit weltweit. Gigantische Finanzmittel und Ressourcen werden für Krieg und Militär verpulvert. Statt damit die großen Probleme von Armut und Unterentwicklung, maroder Infrastruktur und katastrophalen Mängeln in Bildung und Pflege, Klimawandel und Naturzerstörung zu bekämpfen.

Die deutsche Regierung und Parlamentsmehrheiten beteiligen sich an dieser verheerenden Politik. Sie reden über „Kriegstüchtigkeit“ und sogar über „eigene“ Atombewaffnung, statt sich mit aller Kraft für ein Ende der Kriege, für Frieden und gemeinsame Problemlösungen einzusetzen. Die Ausgaben für Militär sollen 2024 auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung, über 85 Milliarden Euro, erhöht werden und in den kommenden Jahren weiter steigen. Während in den sozialen Bereichen, bei Bildung und Infrastruktur gravierend gekürzt wird und die Lasten der Klimapolitik auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt werden.

Die Gewerkschaften müssen sich unüberhörbar für Friedensfähigkeit statt „Kriegstüchtigkeit“ einsetzen, für Abrüstung und Rüstungskontrolle, Verhandlungen und friedliche Konfliktlösungen. Für Geld für Soziales und Bildung statt für Waffen.

Wir fordern unsere Gewerkschaften und ihre Vorstände auf, den Beschlüssen und ihrer Verantwortung gerecht zu werden! Die Gewerkschaften müssen sich laut und entschieden zu Wort melden und ihre Kraft wirksam machen: gegen Kriege und gegen Aufrüstung!

Zu der Konferenz in Stuttgart drucken wir einen Artikel eines Genossen der Arbeiterpolitik nach, der daran teilgenommen hat.

„Waffen runter, Löhne rauf!“

Zweite Friedenspolitische Gewerkschaftskonferenz in Stuttgart



Im großen Saal des Stuttgarter Gewerkschaftshauses in der Willi-Bleicher-Straße fand am 14. und 15. Juni 2024 die Zweite Friedenspolitische Gewerkschaftskonferenz statt. Den Auftakt in sehr ähnlicher Weise hatte bekanntlich die Hanauer Friedenskonferenz am 23. und 24. Juni 2023 gegeben (vgl. *Arbeiterpolitik* 3/23). Sie wurde damals von der IG Metall Hanau/Fulda und der Rosa-Luxemburg-Stiftung gemeinsam organisiert, wobei die inhaltliche und wissenschaftliche Federführung in der Kompetenz der Stiftung lag. Aber die lokalen Gewerkschaften und Initiativen (darunter die Hanauer Friedensplattform) hatten vorgearbeitet und mobilisiert (auch über diese Vorgeschichte berichtet der hier genannte Artikel). Friedenspolitisch gestimmte Akteure und Organisationen hatten damit den Versuch unternommen, eine entsprechende Orientierung dagegen zu setzen, dass die Gewerkschaftsführungen und ihre Medien den Kurs der Bundesregierung unterstützen, also die Ukraine mit Waffen auszustatten und ihre Menschen in den Tod zu schicken. Das markanteste Beispiel hierzu war später im

Februar 2024 ein „Aufrüstungskurs, der in Gestalt des gemeinsamen Positionspapiers des Hauptvorstandes der IG Metall, des SPD-Wirtschaftsforums und des Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) Eingang in die offizielle Strategie der größten deutschen Gewerkschaft gefunden hat“ (siehe *Arbeiterpolitik* 4/23).

In Hanau ging es also angesichts des Ukrainekrieges gegen Militarisierung, Sozialabbau und Burgfriedenspolitik der Gewerkschaften, und in Stuttgart wurde das fortgesetzt. Auch hier hieß es auf dem großen Plakat mit der Friedenstaube an der Stirnwand des Saales: „Den Frieden gewinnen, nicht den Krieg!“. Eine personelle Kontinuität beider Konferenzen bestand in Ulrike Eifler von der IG Metall Würzburg, die nun gemeinsam mit der Geschäftsführerin von ver.di Stuttgart, Sidar Carman, durch das Programm der beiden Tage führte und sich auch gemeinsam mit ihr in einen der Themenschwerpunkte einbrachte.

Die Zusammensetzung der Stuttgarter Konferenz ähnelte der in Hanau; wir schrieben damals: „Die Konferenz wies natürlich eine Zusam-

mensetzung auf, die sich stark von solcher der öffentlichen Kundgebungen (lokale Warnstreiks von IG Metall und ver.di, F/HU) unterschied. So weit in der Diskussion erkennbar, handelte es sich bei den Teilnehmenden weitgehend, vor allem bei denjenigen, die von außerhalb kamen, um Funktionär:innen, erfahrene Aktive, politikwissenschaftlich Gebildete, in linken Publikationen Tätige usw., die Mehrzahl im Rentenalter. Kolleg:innen von der ‚Basis‘ ohne solche Voraussetzungen gab es erfahrungsgemäß wenige. Jüngere Personen mögen einen Anteil von 20, 30 Prozent ausgemacht haben.“ So war es prinzipiell auch in Stuttgart; Unterschiede ergaben sich aus Organisation und Lokalität: Schwerpunktmäßig waren es eben Teilnehmende aus Stuttgart und Umgebung sowie gewerkschaftlich Mitglieder von ver.di, die sich zu Wort meldeten.

Die Zahl der Teilnehmenden laut Anmelderegister soll etwa 200 umfasst haben, dazu kamen 800 über Livestream zugeschaltete. Damit lag die Stuttgarter Konferenz im selben Rahmen wie die Hanauer, ein Zugewinn hatte sich im online-Betrieb ergeben. Dies mag enttäuschen, aber wir wissen, in welchen Zeiten wir

leben. Wichtig ist die Tatsache, dass auch hier die Aktiven ein Zeichen gesetzt haben, dass wir nicht aufgeben, um den Frieden in der Welt und konkret gegen die Gefahr eines Dritten, dazu nuklearen Weltkriegs zu kämpfen.

Im Folgenden fassen wir einige Schwerpunkte zusammen, die uns zentral erscheinen.

Zur geopolitischen Lage

Ingar Solty von der Rosa-Luxemburg-Stiftung war schon in Hanau mit einer ähnlichen Thematik aufgetreten, die sich grob mit dem Stichwort „Multiple Krise“ umschreiben lässt. In Stuttgart hieß sein Vortrag: „Klima, Krise, Krieg – Dynamiken und Zusammenhänge in der Vielfachkrise,“. Seinen Anspruch formulierte er damit, von der Analyse des globalen Kapitalismus zum Handeln zu kommen, und er nahm Bezug auf Arbeiterparteien und -organisationen. Sein Referat gliederte er in 16 Thesen. Auf einiges davon wollen wir eingehen, zur genaueren Kenntnisnahme verweisen wir auf die Aufzeichnung der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

„Das 21. Jahrhundert wird entscheidend sein für Fähigkeit der Menschheit, als Zivilisation zu überleben und innerhalb der Grenzen des Planeten nachhal-

tig zu sein“, formulierte er in seiner Eingangsthese und hatte damit den umfassenden Rahmen seines Vortrags gesetzt. Der Kapitalismus befinde sich in einer Krisenfolge, die mit Finanzkrise, Coronakrise und den aktuellen kriegerischen Konflikten in der Ukraine und im Nahen Osten zu umschreiben seien. Die „Vielfachkrise“, wie er sie sieht, beschrieb er mit sechs „Dimensionen“: Überakkumulationskrise, Krise der sozialen Reproduktion, Krise des sozialen Zusammenhalts in der vierten industriellen Umwälzung und unter geschwächter sozialer Abfederung, Krise der Repräsentation und der liberalen Demokratie, Krise der ökologischen Nachhaltigkeit und des Klimawandels, Krise der globalen Hegemonie des Westens, darin insbesondere der USA. Der Großkonflikt des 21. Jahrhunderts sei der zwischen den relativ absteigenden USA und dem aufsteigenden China. Soweit das, was wir aus dem Vortrag von Ingar Solty an zentralen Themen herausziehen.

Für historisch Gebildete ist dies grundsätzlich nichts Neues. In gewissen, sich über Jahrhunderte ziehenden Abständen kommt es immer wieder vor, dass die bisher im für die Menschen eines bestimmten geopolitischen Rahmens dominierende Hegemonialmacht an das Ende ihrer Möglichkeiten gelangt und abgelöst wird durch eine nachfolgende Macht. In der Geschichte des Kapitalismus werden nacheinander etwa Venedig und andere norditalienische Finanz- und Handelsmetropolen, Spanien, die Niederlande und schließlich das Britische Weltreich genannt, letzteres siegreich in den napoleonischen Kriegen, aber relativ abgestiegen im Verlauf des Ersten Weltkriegs. Seitdem, insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg sind es die USA, welche über Jahrzehnte den Kapitalismus gegen eine gesellschaftspolitische Alternative in Gestalt der Sowjetunion und ihrer Verbündeten verteidigten, seit deren Untergang die „regelbasierte Ordnung“ gegen „Autokraten“ wie etwa China, Russland, Nordkorea, Iran zu stabilisieren versuchen, auch das im Gesamtinteresse des „liberal-kapitalistischen Westens“. Mit dem Beginn des Ukraine- sowie des Gazakrieges scheinen sich der Großkon-

flikt zwischen alten und neuen Hegemonialmächten sowie der Widerstand des „globalen Südens“ gegen die aufgezwungene, postkoloniale Herrschaftsordnung zu verstärken.

Aufgaben der bzw. in den Gewerkschaften

Wie sich der relative Niedergang der Hegemonie des „Westens“, darin insbesondere der USA in der Perspektive und im konkreten Verlauf vollziehen wird und wann sein Ende erreicht sein könnte, ist jedoch unklar. Konkretisierende Prognosen dazu verbieten sich. Es gibt auch keinen Grund, zuversichtlich zu sein, nur weil mit China, anderen BRICS-Staaten und vielen Ländern des globalen Südens sich andere Mehrheiten in der UNO herstellen und globalpolitische Machtzentren sich verschieben. China, Russland, Indien, Brasilien u. a. kämpfen nicht für unsere Interessen als Lohnabhängige aller Länder, sondern für ihre eigenen als kapitalistische Staaten mit eigenständiger Entwicklung, die neue Perspektiven für sich sehen. Für uns als linke Gewerkschafter:innen und als Friedensaktivist:innen in den Gewerkschaften stellt sich aber die Frage, was das mit uns als Lohnabhängigen, Rentner:innen, Sozialeinkommensbeziehenden usw. macht. Die klassische Alternative „Sozialismus oder Barbarei“ stellt sich schärfer denn je, und unter gegenwärtigen, absehbaren Verhältnissen scheint die zweite Option die drängendere zu sein.

Im folgenden Schwerpunkt ging es daher um Positionen und Aufgaben von Gewerkschaften: „Milliarden für die Rüstung – was bleibt dann noch für Sozialstaat, Transformation und Beschäftigung?“ Hier sprach der Moderator das berüchtigte gemeinsame Positionspapier von IG Metall-Hauptvorstand, SPD-Wirtschaftsforum und BDSV (Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie) vom 9. Februar 2024 an. Die IG Metall-Führung erhob quasi den Aufrüstungskurs der Ampel-Regierung, die Erlangung von „Kriegstüchtigkeit“ für Deutschland, die Propagierung des Jahres 2024 zu einem entscheidenden Jahr für die Rüstungsindustrie zur offiziellen Strategie ihres sozialpartner-

Anzeige

August Thalheimer: Die Potsdamer Beschlüsse



Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, August 1950

32 Seiten, 1,50 Euro

Bestelladresse:

Arbeiterstimme, Postfach 910307

90261 Nürnberg

oder: redaktion@arbeiterstimme.org

schaftlichen Co-Managements. Das soll die basisorientierte Friedensarbeit in Betrieben und gewerkschaftlichen Gremien noch mehr belasten, als es in diesen Zeiten ohnehin der Fall ist.

Ulrike Eifler als eine der Teilnehmenden am Podium dieses Themenschwerpunkts griff das auf. Sie schilderte ihre Befürchtungen bei der Aufgabenstellung, den Kolleg:innen in den Betrieben und Kundgebungen immer wieder die Bedeutung von Friedensarbeit klarzumachen. Diese würden vielleicht stöhnen: Lasst uns bitte damit in Ruhe. Sie meinte dann aber doch feststellen zu dürfen, dass in den Betrieben, Gremien und Kundgebungen ein großes Bedürfnis nach Orientierung bestehe. Daraus ergebe sich ein politisches Mandat für die Gewerkschaften, um das die Gewerkschaftslinken und die Friedensaktivist:innen kämpfen müssten.

Krieg und Aufrüstungskurs bestimmen die Tarifpolitik mit. Daraus folgt die Notwendigkeit, Gewerkschaften und Friedensbewegung in einem Bündnis zusammenzuführen. Der Hanauer Weg in den Warnstreiks vom 17. November 2022 und 23. März 2023, die zur Vorgängerkonferenz führten, lässt grüßen. Die Diskussionsleitung bat nun um Wortbeiträge zu der generellen Fragestellung, wie die doch weitgehend abstrakten geostrategischen Überlegungen und daraus resultierenden Aufgaben für Gewerkschaften und Friedensbewegung so in eine Sprache des gewerkschaftlichen und betrieblichen Alltags übersetzt werden können, dass sie von den Kolleg:innen aufgenommen und umgesetzt werden können. Dies ist nichts weniger als die Kernfrage der Konferenz. Diskussionsbeiträge aus dem Publikum, die zu dieser Problematik aus den unterschiedlichsten lokalen Voraussetzungen berichteten, begleiteten dann auch die beiden Tage der Konferenz zu den Podiumsvorträgen und in den Arbeitsgruppen am Samstag. Wir können in diesem Rahmen nur auf die Aufzeichnungen im bereits genannten Livestream verweisen. Deutlich wurden die Schwierigkeiten in der gegenwärtigen Phase, in der die Friedensbewegung keine Massenerscheinung ist. Aber jeder

Versuch, im Sinne des Mottos „Global denken, lokal handeln!“ im verfügbaren Rahmen etwas umzusetzen, ist wertvoll.

Zur Perspektive gewerkschaftlicher Friedenspolitik

Im einleitenden Teil dieses Kurzberichtes haben wir die intellektuelle „Kopflastigkeit“ dieser Konferenz festgestellt. Die Zahl der Teilnehmenden war ebenfalls mehr als ernüchternd (200 physisch Anwesende, 800 online zugeschaltet bei einer Gesamtzahl von 5.655.671 Mitgliedern im Jahr 2023). Abschließend müssen wir also fragen, was ein solches Zusammentreffen für die Gesamtheit der Gewerkschafts- und Friedensbewegung sowie für die Kolleg:innen in den Betrieben, die Rentner:innen, die erwerbslosen Menschen usw. bringt. Anders als zum Schluss der Hanauer Konferenz wurde am Ende kein Papier einer „Steuerungsgruppe“ oder ein damit vergleichbarer Ausblick vorgelegt (hierzu muss allerdings gesagt werden, dass dieses Verfahren seinerzeit als „übergestülpt“ kritisiert worden war).

Solche Konferenzen sind dazu da, strategische Diskussionen auf intellektuell-abstraktem Niveau zu führen. Dies ist unabdingbar notwendig für die politische Orientierung. Man darf nur nicht erwarten, dass solche Einsichten und Ergebnisse, wenn sie denn richtig sind, gesellschaftliche Kräfteverhältnisse unmittelbar verändern. Dies geht nur in konkreten sozialen Kämpfen und Klassenausinandersetzungen. Dafür müssen – wie in der Konferenz angesprochen – die gewonnenen Erkenntnisse in die Alltagssprache übersetzt und mit den Interessen der Lohnabhängigen verbunden werden.

Gewerkschaften sind nicht einfach „Friedensbewegung“, das wissen wir seit dem Ersten Weltkrieg. Sie sind aber von zentraler Bedeutung für die Mobilisierung und dafür auch zugänglich. Auch dafür bot der Erste Weltkrieg Beispiele, etwa den Munitionsarbeiterstreik im Januar 1918. Es kommt darauf an und es ist zwingend notwendig, in den Gewerkschaften für die Friedensarbeit einzutreten.

Aber was heißt das angesichts der Tatsache, dass die Basis der Gewerkschaften eben nicht – wie etwa bei Parteien – eine einheitliche politische Positionierung ist, sondern die objektive Klasseneigenschaft, dass die Lohnabhängigen nichts besitzen als ihre Arbeitskraft und um die Lohnhöhe und sonstigen Arbeitsbedingungen gegen Kapital und Staat kämpfen müssen? In ihren Schlussreden sprachen Sidar Carman und Ulrike Eifler diese Problematik an. Demnach geht es nicht um abstrakte Ideale in der Friedenspolitik. „Gewerkschaften müssen gestärkt werden, um ihre Kernaufgaben zu erfüllen, also Tarifverträge, Löhne, Sozialpolitik usw.“ (Eifler). Jeder Euro, der in die Rüstung oder direkt in Kriegshandlungen geht, fehlt in Löhnen und sozialen Bereichen. Unter Kriegsbedingungen werden gewerkschaftliche Kampfmöglichkeiten radikal geschwächt. Das bedeutet eben, aus gewerkschaftlicher Sicht für Entspannungspolitik einzutreten (und nicht – wie der Hauptvorstand der IG Metall in dem schon erwähnten Rüstungspapier – für „Kriegstüchtigkeit“ und Interessen der Rüstungsindustrie zu werben). An diesen Zusammenhängen kann praktische Politik anknüpfen (wie etwa die Hanauer Warnstreikaktionen 2022/23 gezeigt haben).

Gewerkschaften brauchen wir für die täglichen Umverteilungskämpfe, für Bildungs-, Gesundheits-, Struktur-, Klimapolitik. Über den gewerkschaftlichen Kernbereich hinaus müssen Bündnisse gegründet werden. Sie sind möglich mit Gruppen der Friedensbewegung, der Klimabewegung (z. B. Fridays for Future, ver.di und das Bündnis „Wir fahren zusammen“), Verbraucherschutzinitiativen u.v.m. In Kriegszeiten ist all das in Gefahr, einschließlich des Streikrechts, der bürgerlichen Demokratie, in der die Organisationsfreiheit der Gewerkschaften ausgefochten wird. Der Rechtsruck droht. „Wir müssen alles im Zusammenhang sehen, wir müssen uns breit aufstellen und das politische Mandat der Gewerkschaften stärken.“ Die Arbeit dafür beginnt jetzt. Mit diesem Ausblick endete das Schlusswort der Konferenz.

F/HU, 25. Juni 2024

Wahlen in Österreich

Rechtsextreme Wahlerfolge vor dem Hintergrund von Firmenpleiten, Polykrise und enormem Budgetdefizit



Am Sonntag, den 24.11. fuhr die FPÖ den dritten Wahlerfolg in Folge ein. Nach der Nationalratswahl und der Wahl in Vorarlberg konnte sie in der Steiermark ihre Stimmen verdoppeln. Die FP erreichte mit 34,8% (plus 17,5%) das beste Ergebnis in der 2. Republik, wobei knapp vor der letzten Wahl der Strache-Skandal schlagend wurde. Die ÖVP stürzte ab (26,8%; - 9,8%). Die SPÖ erreichte in dem von Industriezentren geprägten Land nur mehr 21,4% (-1,7%). Bei den Arbeitern rangiert die SP nur mehr auf Platz drei nach FPÖ und ÖVP(!). Die mit großen Erwartungen angetretenen Kommunisten erreichten nur 4,4% (vorher 6%). Aber immerhin reichte es noch für zwei Landtagsmandate. Die Grünen wurden auf 6,2% halbiert. Die kleinen Parteien dürften sicher Stimmen verloren haben, wegen des von den Medien hochgespielten Dreikampfs FP-SP-VP, der dann keiner war.

Neben lokalen Ereignissen (z.B. Ablehnung von Zusammenlegungen im Gesundheitswesen) dürfte die Entscheidung des Bundespräsidenten,

nicht den Erstplatzierten Kickl, sondern den amtierenden Bundeskanzler Nehammer mit der Regierungsbildung zu beauftragen, der FPÖ zusätzlich zu diesem Höhenflug verholfen haben. In Österreich war es bisher Usus – wenn auch kein Gesetz –, dass die stimmenstärkste Partei mit der Regierungsbildung beauftragt wird. Van der Bellen befand sich in einer schwierigen Situation. Sowohl SPÖ als auch ÖVP hatten vor der Wahl angekündigt, keine Koalition mit Kickl einzugehen. Der Bundespräsident beauftragte die drei Großen zu Vorkonsultationen, wer mit wem kann. Und als Resultat übertrug er Nehammer die Regierungsbildung. Die beiden Großen zogen dann noch die NEOS dazu, da deren Mehrheit nur hauchdünn ist. Besser wäre sicher gewesen, Kickl die Aufgabe zu übertragen und, nach Ablehnung der Koalition mit der FPÖ durch SPÖ und ÖVP, den Auftrag an den Zweitplatzierten weiterzugeben.

Wut und tiefe Enttäuschung trieben viele ehemaligen Nichtwähler bei allen drei Wahlen zur FP. Eine gestei-

gerte Wahlbeteiligung war bisher ein Garant für FP-Verluste. Diesmal folgte die Wahlentwicklung dem allgemeinen Rechtstrend.

Enttäuschend, dass weder KPÖ, SPÖ noch Grüne den Rechtsextremismus der FP oder die Involvierung von FP-Spitzenfunktionären in einen Korruptionsskandal in Graz in den Wahlkampf einbrachten. Bei dieser Affäre geht es um ca. 1 Million Steuergelder der Stadt Graz, die offensichtlich für private Zwecke verwendet wurden. Der steirische Spitzenkandidat Kunasek wird dabei von der Staatsanwaltschaft auch als Beschuldigter geführt. Als ein Teil der Grazer FPÖ-Stadtratsfraktion dies aufdeckte, wurde er von Kickl höchstpersönlich aus der Partei entfernt. Parallelen zu Trump und anderen Rechtspolitikern in Europa fallen auf.

Jetzt biedert sich die sterische SPÖ, Parteitagebeschlüsse mißachtend, zum Mißfallen von Babler den Freiheitlichen als Juniorpartner an. Zur Erleichterung Bablers setzt die FPÖ doch lieber auf eine Koalition mit Kapitalvertretern, sprich der ÖVP.

Fazit aus der Steiermark: höchstwahrscheinlich ein FPÖ-Landeshauptmann und damit in Österreich: vier Regierungsbeteiligungen in den Bundesländern und ein Landeshauptmann für die FPÖ.

Zu denken gibt ein jüngst veröffentlichter Rechtsextremismusbericht des DÖW (Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes). 50% der Bevölkerung bejahen die Remigration, 50% wollen keinen muslimischen Nachbarn, viele wollen einen starken Führer und ca. 10% sind als rechtsextrem einzustufen. Man sieht, die FP-Propaganda, diverse Verschwörungstheorien usw. fallen auf fruchtbaren Boden. Auslöser ist sicher auch eine Polykrise. Als Schlagworte seien genannt Teuerung, Wohnen, Migration, Energiepreise, Kriege.

Die Koalitionsverhandler stehen unter enormem Druck. Was sie eint, ist der Ausschluss der FPÖ. Die der ÖVP nahestehende einflussreiche Industriellenvereinigung drängt, ebenso wie diverse Bürgermeister und Landeshauptleute, zur Koalition mit der FPÖ, weil sie darin sicher ihre Interessen besser durchbringen (Steuersenkung, Sozialabbau usw.). Und die Programme von ÖVP und FPÖ decken sich zu 80%.

ÖVP und NEOS repräsentieren Großkapital, Kleinbetriebe und Startups. Und Babler versucht für sein Programm (Kindergrundsicherung, Erbschaftssteuer, Vermögenssteuer) etwas herauszuholen.

Und dies bei einem erst jüngst bekannt gewordenen riesigen Budgetloch, das die bisherige Regierung (ÖVP-Grüne) bis zuletzt heruntergespielt hat. Babler hat bereits die erste Abfuhr von Nehammer erhalten: Erbschafts- und Vermögenssteuer bedeuten das Ende der Verhandlungen. Für Babler steht viel auf dem Spiel, die zahlreich neu Eingetretenen, vor allem Jugendliche, erwarten sich, dass er liefert. Er hat bereits von linken Wahlkampfauftritten auf staatsmännisch umgestellt.

Die NEOS wiederum haben Bildung als Hauptanliegen in ihrem Programm, ebenso zählen Kürzungen bei den Pensionen zu ihren Absichten.

Fazit: Alle drei müssen liefern, sonst nimmt die Rechtsentwicklung weiter zu. Dabei sind die Wirtschaftsprognosen enttäuschend. Es herrscht praktisch Nullwachstum und Firmen-

pleiten und Betriebsschließungen häufen sich (Schäffler, Bosch, KTM mit 3 Milliarden Euro Schulden). Und alle drei Parteien geben als Motto aus: kein Weiter so, es muss anders werden.

Nationalratswahl, 29. September

Das Ergebnis: ÖVP 26,3% (minus 11%), die SPÖ (21,1%) blieb in etwa gleich, FPÖ 28,8% (plus 12,6%). Erstmals in der 2. Republik wurde sie damit stimmenstärkste Partei. Die Grünen 8,3% (minus 5,6%) erhielten die Rechnung für ihre Regierungspolitik. Die NEOS legten mit 9,2% leicht zu. Die KPÖ verdreifachte ihren Stimmenanteil von 0,7% auf 2,4%, verfehlte jedoch den erhofften Einzug ins Parlament deutlich.

Die ÖVP positionierte sich in der Wahlauseinandersetzung als Garant der Stabilität im Land, vor allem in Bezug auf die FPÖ. Nehammer präsentierte sich als ruhender Pol gegen die Chaospolitik der FP. Das half alles nix. Er traf die Aussage: Koalition mit der FPÖ, aber nicht mit Kickl. Wie das zusammengehen soll, ist rätselhaft. In Niederösterreich etwa arbeitet die VP-Landeshauptfrau Mickl-Leitner bedenkenlos mit gestandenen Rechts-extremen in der Landesregierung zusammen (Stichwort Landbauer und die NS—Liederbuchaffäre in seiner schlagenden Burschenschaft). Und die Volkspartei fährt eine zunehmend härtere Linie gegen Migranten, während überhaupt in den Regierungsverhandlungen eine harte Linie auch von der bis dahin kritischen SP zu erkennen ist.

Die VP hat ihre Hochburgen vor allem in ländlichen Raum. Diese gingen an die FPÖ verloren. Unter den Bauern und Bäuerinnen rumort es gewaltig. Es gibt massenweise Austritte aus dem VP-nahen Bauernbund. Die katastrophale Coronapolitik entzweite die Bevölkerung und die FPÖ verstand es, die Kritiker für sich zu vereinnahmen und weiter aufzuhetzen.

Die SPÖ erreichte das schlechteste Wahlergebnis nach 1945. Eigentlich wäre die Themenlage eine Steilvorlage für die Sozialdemokratie gewesen. Sie zerreibt sich jedoch in internen Grabenkämpfen. Angefangen bei der kabarettreifen Wahl des neuen, dem linken Flügel zugehörigen Vorsitzenden (siehe *Arsti*, Nr.220) bis zu den ständigen Querschüssen des burgenländi-

schen Landeshauptmannes Doskozil und weiterer Granden. Kurz vor der Wahl musste der SPÖ-Bürgermeister von Linz wegen Intrigen zurücktreten.

Bablers wenige Schwerpunkte im Wahlkampf waren: Kinderarmut, Erbschafts- und Reichensteuer und ein wenig die Neutralität. Mit Steuern auf Vermögen und Erbschaft ist vor allem am Land nichts zugewinnen und liefert eine Steilvorlage für andere Parteien, das Besitzstandsdenken der Mittelschicht zu bedienen. Dessen ungeachtet wären nur 3-4% der Bevölkerung von der Steuer betroffen. Und dem Budget würde es auch nicht schaden.

Mit der linken Thematik lässt sich in Österreich keine Wahl gewinnen. Das führende Medium in Österreich, die *Kronenzeitung*, gehört zu den vehementesten Kritikern Bablers. In Bablers Heimatgemeinde Traiskirchen befindet sich das größte Flüchtlingslager Österreichs. Als Bürgermeister managte er das Zusammenleben dort in vorbildlicher Weise. Das Thema Migration spielte im SP-Wahlkampf erfreulicherweise praktisch keine Rolle. Aber nach der Wahl folgte im Zuge der Verhandlungen eine Kehrtwende hin zu einer scharfen Asylpolitik.

Nach der Wahl geht die Selbstzerstörung der einst so mächtigen Partei weiter. Die Parteichefs von Oberösterreich und Salzburg traten aus privaten(?) Motiven zurück. Es folgte ein weiterer Skandal mit dem exzentrischen, Porsche fahrenden, mit einer italienischen Neofaschistin befreundeten Tiroler SPÖ-Chef. Dieser musste auf Druck der Parteiführung abtreten, bleibt aber im Landtag.

Und an Bablers Posten wird schon gesägt. Fussi, eine schillernde Figur in der Partei, sammelt gerade Unterschriften für sich, um den Chef zu stürzen. Und Doskozil aus dem Burgenland schießt weiter quer.

Die NEOS konnten sich vor die Grünen schieben, was sie zu potenziellen Regierungspartnern macht. Eine Zweierkoalition ist fast nicht tragfähig und von den Grünen hat die ÖVP die Nase voll. Nehammer versuchte sich noch vor der Wahl von den Grünen zu distanzieren, indem er ihre Klimapolitik scharf kritisierte und eine Wende zu Verbrennern in Aussicht stellte. Etwas Ähnliches in punkto Grüne gilt für Wien, wo eine rot-grüne Koalition durch SPÖ und NEOS ersetzt wurde.

Die NEOS stehen für radikale Veränderungen, wie deren Chefin in den gefühlten hundert Fernsehdiskussionen immer wieder betonte. Was damit gemeint sei, blieb vage, außer bei der Bildungspolitik und bei den Pensionskürzungen. Die NEOS vertreten die Aufgabe der Neutralität, eine massive Aufrüstung, die Teilnahme an und den Aufbau einer starken Euroarmee in Zusammenarbeit mit der NATO und ein absolutes, kritikloses Ja zu einer imperialistischen EU. Das nennt sich dann „Ja zu Europa“. Deren Hauptklientel sind die städtischen Mittelschichten, KMUs, Ich-AGs, Startups usw. In den Gemeinden spielen sie durchaus eine positiv-kritische Rolle gegen eingefahrene, verfestigte Politikstrukturen der Etablierten, meist der ÖVP.

Das Ergebnis der Grünen war zu erwarten. In der Regierung konnten sie zwar in der Klimapolitik beachtliche Erfolge erzielen (Stichwort: Klimaticket, CO₂-Besteuerung mit Ausgleichszahlungen, Solarförderung etc.), ebenso erreichte die Justizministerin Dadic einige Reformen. Für die heilige Kuh Klima schluckten sie fast alles, was die Vertreter der Kapitalfraktion ÖVP auf den Tisch legten.

Als Beispiele stehen dafür eine fehlende Mietobergrenze für alle Wohnungen, enorme Aufrüstung, Beteiligung an SkyShield, Erleichterungen für Konzerne, ungeheure Coronazahlungen an Großfirmen, ein fehlender Preisstopp für Energie. Viele dieser Maßnahmen führten zeitweise zu einer Teuerung von neun Prozent.

Eine kürzlich veröffentlichte Studie eines renommierten Institutes besagt, dass während der letzten zwei Regierungsperioden (ÖVP-FPÖ, ÖVP-Grüne) 70% der Bevölkerung links liegengelassen wurde. Besonders für das untere Viertel wurde das Leben spürbar teurer, so dass nicht wenige im Winter überlegen müssen, ob sie heizen oder sich genügend Essen besorgen. Die Caritas nennt für das Bundesland Salzburg circa 70.000 Betroffene.

Die Enttäuschung vieler Grünwähler verhalf in Wien der SPÖ sogar zu einem leichten Plus.

Die KPÖ konnte, wie schon erwähnt, ihren Stimmenanteil mehr als verdreifachen und das beste Resultat seit 1960 erreichen. Viele, vor allem auch junge Mitglieder und Sympathisanten, führten einen engagierten

Wahlkampf auf finanzieller Sparflamme. Der Spitzenkandidat Tobias Schweiger machte eine gute Figur bei diversen Talks im Fernsehen, er wirkte kompetent und redegewandt. Keine Überraschung, kommt er doch, wie der Salzburger Vizebürgermeister Dankl, von den Grünen. Die Schwerpunkte der Partei waren: leistbares Wohnen, Pflege, Helfen statt kassieren, Teuerung, die Klimakrise („Klima schützen statt Konzerne!“) und Neutralität. In der Stellung zu den Konfliktherden Ukraine und Gaza tut sich die KPÖ schwer mit konkreten Aussagen. Im Gegensatz zum Chef der Europäischen Linken, Walter Baier (ehemaliger KPÖ-Chef) konnte sich die Partei zu keinen eindeutigen Stellungnahmen zum Gazakonflikt und zur Ukraine durchringen, was bei einem halbherzig genehmigten Stand zur Palästinasolidarität am Volksstimmefest auffiel. Walter Baier forderte anlässlich der EU-Wahl einen Boykott Israels.

Das Ergebnis kommentierten viele der Befragten mit Zweckoptimismus, obwohl doch die Enttäuschung über das Nichterreichen der lang ersehnten Vertretung im Parlament spürbar war. Hervorzuheben sind die guten Ergebnisse in der Stadt Salzburg und in einigen Wiener Bezirken, was für die kommende Wien-Wahl Hoffnung macht. Eher enttäuschend die Ergebnisse in Graz und der Steiermark. Der Tenor: weiter wie bisher mit Beratung und Hilfe bei den Menschen, d.h. Arbeit an der Basis und weiterer Parteaufbau.

Der Erfolg der FPÖ

Zur FPÖ folgen nachstehend einige Anmerkungen, die ich als Erklärung für das Anwachsen der Rechtsaußenpartei formuliert habe:

Der (un)aufhaltsame Aufstieg des Herbert K.

Bemerkenswert ist, dass die Wahlbeteiligung erneut anstieg. D.h. die FPÖ konnte viele Nichtwähler dazu bewegen, zur Wahl zu gehen, sie konnte die Unzufriedenheit und die Enttäuschung für sich ausnützen.

Die letzten Jahre waren gekennzeichnet von schnellen Umbrüchen, Verunsicherungen, Katastrophen, Kriegen, politischen Skandalen und

anderen Unabwägbarkeiten. Der Skandal um Ex-Kanzler Kurz hat zudem viele fanatische Wähler desselben zur FPÖ zurückkehren lassen.

Die grüne Umweltministerin machte sich viele, vor allem Landbewohner, zum Feind, obwohl sie meist sinnvolle Maßnahmen beabsichtigte (Stichwort: CO₂-Bepreisung).

Die Teuerung lag zeitweise bei 9%. Die Energiekosten für Strom, Benzin usw. stiegen enorm. Wohnen wurde sehr teuer, im Jahr der Teuerung wurden die Mieten bis zu viermal von privaten Konzernen erhöht. Die Regierung weigerte sich, Mietstopp und Strompreisdeckel einzuführen. Das bewirkte eine Verarmung in Teilen der Gesellschaft.

Der Mittelstand verliert an Vertrauen in die Politik. Das Besitzsicherungsdenken ist bedroht, Gespartes verliert an Wert. Und die Konjunkturaussichten versprechen das zweite Jahr in Folge eine Rezession, die Aussichten für die nächsten Jahre sind nicht besser.

Das sollte normalerweise eine Steilvorlage für die SPÖ sein. Aber diese zerfleischt sich in Grabenkämpfen und Querschüssen von Döskuzil bis Dornauer. Bablers richtige linke Ambitionen mit Reichenbesteuerung und Erbschaftssteuer und 32-Stunden-Woche finden Ablehnung.

Die von der ÖVP propagierte und plakatierte Mitte, die Sicherheit und Stabilität vermitteln soll, ist nicht mehr glaubhaft.

Kickl treibt sie alle vor sich her. Gerade in den mit Emotionen besetzten Fragen der Migration verschärfen sowohl ÖVP, als auch NEOS und teilweise die Grünen die Tonlage und die Forderungen. Hier punktet die FPÖ enorm. Wer geht schon zum Schmiedl, wenn er den Schmied haben kann? Das FP-Wahlprogramm trägt die Überschrift „Festung Österreich“. Kickl will, so wie Orban, die Einwanderung auf Null begrenzen, Menschenrechte und Verfassung hin oder her. Orban und Kickl haben vor kurzem eine eigene Europafraktion gebildet. Der Slogan „Österreich zuerst“ kommt gut an. Die FP-Anhänger haben als Feindbild u.a. den Islam.

In diesen Zusammenhang passt gut das Feindbild EU. *Von Brüssel kommt nur Negatives, wir sind Nettozahler, uns werden rigorose Gesetze dik-*

tiert. Dagegen setzen die Rechtsradikalen die Idylle Österreich. Natürlich ohne Ausländer (Remigration!!!)

Die schnellen Veränderungen der Globalisierung wirken für viele bedrohlich. Dagegen stellt die FPÖ Heimatidylle mit Brauchtum und intakter Familie.

Kickl spaltet ganz bewusst die Gesellschaft in heimatverbundene, patriotische Österreicher und Minderheiten. Die Hetze gegen „die Ausländer“, gegen Andersgeschlechtliche, gegen linke Gutmenschen, gegen Klimaschützer (viele seiner Anhänger leugnen die Klimakrise) eint die Anhängerschaft: wir gegen die ANDEREN. Dabei schwingt die grölende Menge im Bierzelt Österreichfahnen, während die Führungselite der FP im Sumpf der deutschnationalen schlagenden Burschenschaften von Großdeutschland träumt, aber das ist derzeit nicht opportun.

Wie erwähnt war die Wahlbeteiligung hoch. Die Kommentatoren schließen daraus einen dringenden Wunsch nach Veränderung. Das würde ich bezweifeln. Ich meine, viele sehnen sich zurück nach ruhigeren, strukturierten Zeiten.

Der Spitzenkandidat war laut Analysen nicht ausschlaggebendes Motiv für den Wahlerfolg, vielmehr die Empörung und Enttäuschung über die bisherige Regierungsarbeit.

Ein wichtiges Plus für die extreme Rechte war das Hervorheben der Neutralität, die in Österreich sehr stark verankert ist. Während die anderen Parteien mit ihrer Salomitaktik die Neutralität aushöhlen, gibt sich die FPÖ aus rein taktischen Gründen als deren Garant.

Im Ukrainekrieg kritisiert die FPÖ die Haltung der Regierung und setzt auf strikte Neutralität, vor allem die Forderung nach Wiederaufnahme der vollständigen Gaslieferung kommt bei der Bevölkerung gut an. Da stört die offensichtliche Nähe zu Putins Partei wenig.

Enorm wichtig ist die Tatsache, dass die FPÖ das Internet und die sozialen Medien beherrscht. Sie hat ein eigenes TV-Netz aufgebaut. Enorm viele User besuchen die Seiten der Partei. Die anderen Parteien kommen an die Einschaltquoten bei weitem nicht heran.

Die Hetze gegen DAS Establishment kommt bei den Wählern gut

an. Kickl gelingt es zu vermitteln, dass er einer der IHREN ist. Obwohl auch Teil der Politikerkaste, kann er den Wählern vermitteln: ich bin einer von EUCH.

Er testet aus, wie weit er gehen kann mit seinen Formulierungen in Anlehnung an die NS-Ideologie: Volkskanzler, Systemparteien, Forderung nach Remigration. Während in Deutschland dieses Wort eine Empörung auslöste, gibt es in Österreich nur vereinzelte Kritik. Kickl drohte in diversen Bierzelten mit Fahndungslisten seiner Gegner.

Die vielen internen Skandale, Unterschlagungen, die Nähe zu rechtsextremen Gruppen, die ungezählten Einzelfälle von NS-nahen Ideologieaussprüchen führender Funktionäre störten die Wähler offensichtlich nicht.

Vor allem dort, wo wenig Ausländer wohnen, wie am Land, gewinnt die FP massiv. In Wien etwa, wo der überwiegende Teil der Migranten/ Ausländer wohnt, legt die SPÖ sogar zu und die FP-Gewinne bleiben unter dem Trend.

Die deftigen Ausdrücke im Bierzelt und die brutalen, vorgeschlagenen Maßnahmen gegen ausländische Mitbürger im FP-Wahlprogramm, die den Menschenrechten und der Verfassung widersprechen, führen zu selten zum Aufschrei in der Presse und im Rundfunk. Lediglich ein Schauspieler übte daran heftige Kritik in einer Fernsehdiskussion.

Vorbild Orban. So spricht der FPÖ-Publikumsrat Westenthaler kurz nach der Wahl offen von der Umfärbung und Umstrukturierung des ORF.

Eine katastrophale Coronapolitik hat die Bevölkerung tief gespalten (Stichwort: Impfzwang, der nie ausgeführt wurde). Kickl hat die vielen Kritiker, Leugner, und Verschwörungstheoretiker geschickt für sich vereinnahmt. So hatten zwei covidkritische Listen keine Chance bei der Nationalratswahl.

Analyse: Die Wählergruppe in der die Rechten am erfolgreichsten waren, waren die 35-55 Jährigen. Diesmal hat die FP, entgegen dem Trend vorheriger Wahlen, bei den Frauen stark zulegen können. Auch wählte wieder ein Großteil der Arbeiter die FPÖ.

Am wenigsten konnte sie bei älteren Semestern dazugewinnen. Und auch die Jugendlichen entschieden sich eher für die NEOS, die Grünen und zum Teil für die SP.

Wie kann man der FPÖ wirksam entgegentreten? Als Beispiel sei genannt, in der Stadt Salzburg hat die FPÖ dank eines engagierten KPÖ-Teams und eines charismatischen Kandidaten gar nicht zugelegt. Glaubhaft waren die Kommunisten bei den Problemen der Menschen in den vernachlässigten Stadtteilen und so konnten sie auch FP-Wähler für sich gewinnen (Stichwort Wohnen). Dieses Modell ist aber wahrscheinlich eher auf kommunaler und landespolitischer Ebene anzuwenden.

Nach der Wahl:

In Österreich war es bisher Konsens, dass die stärkste Partei den Nationalratspräsidenten stellt, d.h. jetzt erstmals die FPÖ. Sie nominierte Walter Rosenkranz, einen deutschnationalen, schlagenden Burschschafter. Er hatte einen NS-Richter in einem Interview als rechtschaffen bezeichnet. Nur die Grünen lehnten diesen Herren entschieden und geschlossen ab. Die ÖVP und die NEOS stimmten überwiegend für ihn. Die SPÖ kritisierte zwar Rosenkranz, konnte sich aber nicht dazu durchringen, ihn geschlossen abzulehnen. Die Angst vor dem Verlust der 3. Nationalratspräsidentin überwog.

In seiner Antrittsrede kam dann das übliche Händereichen-Gesülze. Tage darauf lud er Ungarns Premier Orban ohne Wissen der anderen Parteien ins Parlament ein. Anschließend folgte ein Treffen mit Freund Kickl. Beide unterzeichneten ein Zusammenarbeitsprotokoll im Namen beider Republiken, das von allen anderen Parteien scharf kritisiert wurde. Am Gedenktag der Novemberpogrome wollte Rosenkranz am jüdischen Denkmal in Wien einen Kranz niederlegen. Dies wurde ihm jedoch von den jüdischen Studenten verwehrt.

Aktuell gibt es das Problem mit dem Wiedergutmachungsfond der Republik an jüdischen Bürgern, bei dem der Nationalratspräsident eigentlich den Vorsitz hätte. Nach Protesten jüdischer Organisationen wird er wahrscheinlich auf den Vorsitz verzichten.

Chile: Die Ergebnisse der Kommunal- und Regionalwahlen 2024

Bevor wir uns den Resultaten der Abstimmungen vom letzten Oktoberwochenende zuwenden, müssen wir uns in Erinnerung rufen, um welche gesellschaftliche Variante es sich bei Chile handelt. Unsere Massenmedien sehen dort eine Linksregierung an der Macht. Das *nd* hält den Präsidenten Gabriel Boric für gemäßigt links, während die *junge Welt* ihm das Etikett "Sozialdemokrat" verpasst. Anscheinend wird Chile hierzulande als erträglicher Sozialstaat gesehen.

Dem ist nicht so! Das zeigte zuletzt die Revolte kurz vor der Coronapandemie. Leider hat sie nichts bewirkt. Noch immer gilt das Subsidiaritätsprinzip: Der Staat darf nur dann tätig werden, wenn kein privater Akteur darin eine Möglichkeit zur Gewinnerzielung sieht. Das betrifft fast alle Bereiche der Daseinsvorsorge und der Infrastruktur. Deshalb gehen viele Beobachter davon aus, dass es früher oder später wieder zu sozialen Explosionen kommen wird.

Dass Chile kein Sozialstaat auf der Basis eines Klassenkompromisses ist, zeigt auch die Bewunderung, die dem gegenwärtigen argentinischen Präsidenten zuteil wird. Bei einem Besuch war der Herr des ökonomischen Ketensägenmassakers voll des Lobes: "Chile war ein großes Beispiel dafür, was zu machen ist, um über die Zeit eine ökonomische Entwicklung [er meint Wachstum, EB] aufrecht zu erhalten, sowohl durch seine gesunden Beziehungen zwischen dem Öffentlichen und dem Privaten [Sektor] wie auch durch die nicht verhandelbare Wirtschaftspolitik, welche fortbestand trotz der Wechsel der politischen Zyklen."¹

Daher konnte man von der Regierung Boric nicht viel erwarten. Unabhängig von der Frage, inwieweit er sein Programm, wenn er denn die Möglichkeit dazu hätte, überhaupt umsetzen würde. Doch zu dieser Probe aufs Exempel ist es nicht gekommen. Er besitzt im Parlament keine Mehrheit. Das alles war von Anfang an bekannt. Doch wurde das sowohl in Chile als auch in der deutschen Berichterstattung ig-

noriiert.² Entsprechend ist bei seinen Anhängern der Katzenjammer groß. Man befürchtete deshalb bei diesen Wahlen einen rechten Durchmarsch, ähnlich der Wahl der Verfassungsräte. Verstärkt wurden diese Befürchtungen dadurch, dass es sich um den ersten regulären Urnengang nach Wiedereinführung der Wahlpflicht handelte. Das hatte letztes Jahr der Rechten genützt.

Ein direkter Vergleich beider Wahlgänge ist nur eingeschränkt möglich. Zum einen spielen bei Kommunalwahlen lokale Gründe eine große Rolle. Dazu kommt, dass hier auch alle Einwanderer wahlberechtigt sind. Daher finden sich im Datensatz der Wahlbehörde Serval³ fast alle Länder der UNO, von Afghanistan bis Simbabwe, das im Spanischen mit dem Buchstaben Z geschrieben wird. Deshalb lassen sich aus den Zahlen nur ungefähre Rückschlüsse auf politische Entwicklungen ziehen.

Was ist passiert?

Der angesehene Journalist Ascacio Cavallo kommentierte den Wahlausgang für die bürgerliche Tageszeitung *La Tercera*: „Die Wahlen von diesem Wochenende zeigten einige der Zweideutigkeiten, die für Kommunal- und Regionalwahlen charakteristisch sind, aber es gibt einen Punkt, bei dem das nicht der Fall ist: Das Regierungslager wurde massiv abgestraft.“⁴ Er begründet das bei den Bürgermeisterwahlen mit dem beträchtlichen Verlust strategisch wichtiger Kommunen wie Santiago oder Nuñoa. Innerhalb des Regierungslagers sieht er die *Frente Amplio* (FA) gestärkt, während der Zusammenschluss *Socialismo Democrático* (Sozialisten, Radikale, Liberale und der Partei für die Demokratie) sowie die Kommunisten verloren.

Das Abschneiden der Rechten beurteilt Cavallo so: „Auf Seiten der Opposition gelang es der Republikanischen Partei (REP) (Die Rechtsradikalen, EB), *Chile Vamos* (Das traditionelle rechte Bündnis, EB) herauszufordern, aber ohne den überwältigenden Erfolg, den sie sich gewünscht hatte, aber auch ohne

den Misserfolg, der zu ihrem vorzeitigen Ende geführt hätte. Aus symbolischer (nicht zahlenmäßiger) Sicht erreichten die Republikaner ein Unentschieden innerhalb der gesamten Opposition.“

Seine Berufung auf das Symbolische rührt daher, dass das landesweite Ergebnis die Republikaner bei den Regionalräten mit fast 16% zur stärksten politischen Kraft des Landes macht. Die traditionelle Rechte von *Chile Vamos* war mit drei Listen ins Rennen gegangen, die zusammen fast 27% erreichten. Addiert man die Ergebnisse von REP, *Chile Vamos* und der Sozialchristlichen Partei (PSC) kommt man für dieses Lager auf einen Anteil von 46,4 Prozent. Das sind 10 Prozentpunkte weniger als bei der Wahl der Verfassungsräte. Damals erreichten sie 56,5%, allein die REP steuerte 35,4% dazu bei.

Die PSC ist die Nachfolgepartei der Christlichkonservativen Partei (PCC), die in der Regel im Bündnis mit der REP kandidierte. Sie hatte wegen des zu geringen Zuspruchs ihre Parteieigenschaft verloren. Daraufhin haben ihre Aktiven die PSC gegründet.

Vergleicht man die heutigen Zahlen mit den Ergebnissen der letzten Wahl der Regionalräte, zeigt sich die Rechtsverschiebung. Im Vergleich zu 2021, damals lag die Beteiligung etwas unter 50%, haben die Rechtsradikalen um mehr als eine Million Stimmen zugelegt. Das ließ ihr Ergebnis von 7,7% auf 15,7% emporschnellen.

Vor dem Aufkommen der REP war die *Unión Demócrata Independiente* (UDI) die Heimstatt der harten Anhänger der Diktatur. Sie war als Teil des jeweiligen rechten Bündnisses zeitweilig die stärkste Partei Chiles. So bei den Parlamentswahlen von 2013, wo sie auf fast 19% gekommen war.

Diese Spitzenposition hat bei ihr den Wunsch erzeugt, auch einmal den Präsidenten zu stellen. Das funktioniert in Chile aber nicht mit ultrarechten Positionen. Das letzte Beispiel dafür ist die Niederlage

des Anführers der REP gegen Boric. Daher hat sich die UDI etwas in die Mitte bewegt.

So beklagten sich sozialistische Veteranen in den Jahren vor der Pandemie, dass im Land niemand mehr über die Verbrechen der Diktatur sprechen wolle. Die Kommunisten kamen in ihrer Wahrnehmung gar nicht vor. Die Einzigen, die das noch tun, seien Vertreter der UDI. Von ihnen ist zu hören, dass sich so etwas wie der Putsch nicht wiederholen darf. Eine verrückte Situation! Die Einzigen, die ein *Nie wieder!* vertreten und von den Massenmedien wahrgenommen werden, waren die Rechtsradikalen.

Das hat der Partei ein nicht unbeträchtlicher Teil ihrer Basis übel genommen. Sie haben sich mit der REP eine neue politische Vertretung geschaffen. Es ist fragwürdig, Wahlen unterschiedlicher Ebenen miteinander zu vergleichen. Erst recht, wenn die Menschen einmal mittels Strafen zum Wählen gezwungen werden und das andere Mal nicht. Doch deutet die Veränderung des Zuspruchs für die UDI von der Parlamentswahl 2013 bis heute die Bewegung ihrer Anhänger an. Nicht in Stimmzahlen, da hat sie nur leichte Verluste zu verzeichnen, aber in Prozenten. Da ist sie von 19% auf 10,2% abgestürzt.

Dass diesem Vergleich durchaus eine Aussagekraft innewohnt, zeigen die Zahlen für die zweite traditionelle Rechtspartei, die *Renovación Nacional* (RN). Bei allen Bedenken wegen der Rahmenbedingungen hat die RN zwischen diesen Abstimmungen fast 400.000 Stimmen dazu gewonnen, wegen des Effekts der Wahlpflicht aber 1,3 Prozentpunkte verloren. Daraus lässt sich schließen, dass an der Basis der Gesellschaft in den letzten zehn Jahren kaum Veränderungen stattfanden, nur die Rolle der UDI ist an die REP übergegangen.

Die Wahlbeteiligung

Wie nicht anders zu erwarten, hat die Wahlpflicht die Beteiligung nach oben getrieben. Mit fast 85% liegt sie in etwa auf dem aktuellen Niveau von Ländern mit vergleichbaren Regelungen. Doch bei den ersten freien Wahlen, als den Menschen noch die Schrecken der Diktatur in den Knochen steckten, lag sie bei fast 95%.

Auch damals galt in der Theorie eine Wahlpflicht, sie wurde aber nicht durchgesetzt.

Wie bei allen Abstimmungen gab es schon damals ungültige Stimmen. Doch betrug ihr Anteil gerade einmal 5,3% der abgegebenen Stimmen. Dieser Wert ist bis heute, ähnlich wie bei der Wahl der Verfassungsräte, auf sagenhafte 21,5% gestiegen. Damit haben nur 2/3 der Wahlberechtigten den Wahlen die Bedeutung zugebilligt, die sie haben.

Die Zahlen verraten uns natürlich nicht, was 1/3 der Chilenen zu ihrem Verhalten bewogen hat. Einen Hinweis geben uns aber die Ergebnisse aus Puente Alto. Diese Kommune liegt im Südosten von Groß-Santiago und gilt als die bevölkerungsreichste Chiles. Dort sind fast 90% der Wahlberechtigten im Wahllokal erschienen. Einem Teil von ihnen ging es nur darum, den Unabhängigen Kandidaten Matias Toledo zu ihrem Bürgermeister zu küren. Das zeigt die Differenz der ungültigen Stimmen zwischen Bürgermeister- und Stadtratswahl. Während bei ersterer 10,6% der Menschen nur formal ihre Wahlpflicht erfüllen wollten, waren das bei letzterer 26,3%.

Grob gesagt, ist die um fünf Prozentpunkte höhere Wahlbeteiligung im Vergleich zum Landesdurchschnitt mit der Person des Bürgermeisterkandidaten zu erklären. An der Stadtratswahl war das Interesse schon wesentlich geringer und die Zahl der ungültigen Stimmen um ca. 5 Prozentpunkte höher als im Landesdurchschnitt.

Dieses Verhalten zeigt einmal mehr das mangelnde politische Bewusstsein vieler Chilenen. Man kürt eine Person zum Anführer, verweigert ihr aber ein loyales Team. In Puente Alto scheint das nicht passiert zu sein, aber bei den letzten landesweiten Wahlen war das so. Deshalb fehlt auch Boric die parlamentarische Mehrheit.

Die Überraschung von Puente Alto

Puente Alto sticht nicht nur wegen seiner Wahlbeteiligung aus der Masse der Ergebnisse heraus. Hier hat der als Unabhängiger kandidierende ehemalige Vorsitzende der linken Partei der Gleichheit der Rechten nach

24 Jahren das Bürgermeisteramt entlassen. Für seine Kandidatur musste er aus seiner Partei austreten. Doch das war die Voraussetzung, dass Matias Toledo 51,5% der Wähler hinter sich versammeln konnte. Karla Rubilar, eine ehemalige Familien- und Sozialministerin von Piñera, erhielt nur 37,3%.

Der Einstieg Toledos in die Politik erfolgte als Oberschüler in der Bewegung der Pinguine. Sie setzte sich 2006 für eine gute und kostenfreie Bildung ein. Die chilenische Schuluniform verleiht ihren Trägern eine gewisse Ähnlichkeit mit diesen Tieren, daher kommt der Name der Bewegung.

Der spanischen Tageszeitung *El País* erklärte er seinen Erfolg mit 18 Jahren Basisarbeit, die er für die Einwohner der Stadt geleistet hat. *„Hier gibt es keine Zauberformel, es ist Arbeit. Es handelt sich nicht darum, drei Monate vor der Wahl aufzutauchen und etwas zu machen. Das mag bei den Schönen funktionieren, aber für ernsthafte Arbeit, die in der Gegend verankert ist, muss man mit den Füßen im Schlamm und auf dem Boden stehen. Der einzige Weg, sich in einem Gebiet zu verwurzeln, ist die Zeit. Es geht darum, da zu sein und Probleme zu lösen und nicht, um etwas zu versprechen. Die Nachbarn sind daran gewöhnt und desillusioniert von dieser Politik, die nur verspricht. Aber wenn sie sehen, dass jemand etwas tut, halten sie zu ihm.“*

Das wird auch von Manuel Ossandón (RN), er ist einer der Senatoren dieser Gegend, bestätigt. In einem Podcast mit *La Tercera* spricht er von Toledos 5- bis 6-jähriger Basisarbeit: *„Der Gerechtigkeit halber muss man sagen, dass er sich [den Sieg] verdient hat, man hat ihm den nicht geschenkt.“*⁶

Laut *EL Siglo*, dem Onlineportal der Kommunisten, *„zeigt [Puente Alto] die Stärke einer Kandidatur der sozialen Bewegung“*.⁷ Dabei geht etwas unter, dass der Erfolg nur mit Unterstützung des Regierungslagers stattfinden konnte. Es war zwar mit einem sozialistischen Kandidaten vertreten. Als aber klar wurde, dass der keine Chance hat, wurde Richtung Toledo orientiert. Das ist in etwas der Inhalt einer gedrechselten Antwort von Lautaro Carmona, dem Präsidenten der KP, in einem Interview mit *El Siglo*.⁸

Daher ist die Einschätzung von Ascanio Cavallo hinsichtlich des

Abschneidens des Regierungslagers etwas unvollständig. Denn ohne sein Agieren in Puente Alto wäre Toledo nicht Bürgermeister geworden. Unter Zugrundelegung der Stimmverteilung bei der Stadtratswahl ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass er wie vor drei Jahren hinter der rechten Bewerberin nur auf dem 2. Platz gelandet wäre. Daher ist sein Erfolg auch ein Erfolg des Regierungslagers.

Die Sitze des Stadtrats von Puente Alto verteilen sich so: Auf der Rechten drei für *Chile Vamos* und einen für die *REP*, auf der Linken je ein Mandat für Sozialisten, Kommunisten und *Frente Amplio*, dazu eines für eine *Linke Ökologische Volksliste* und zwei weitere für *Ökologische Tierschützer*. Damit haben Sozialisten und Kommunisten jeweils ein Mandat verloren, während die Rechte um einen Sitz zugelegt hat.

Das Abschneiden der Mitte

Hier muss man definieren, was in Chile überhaupt die Mitte ist. Wie schwer politische Organisationen einzuordnen sind, sieht man bei der *Liberalen Partei (PL)*. Sie gehört zur Regierungskoalition und damit im chilenischen Kontext zur Linken. Gleichzeitig ist das eine Bruderpartei der deutschen *FDP*. Beide Organisationen werden also politische Übereinstimmungen aufweisen, doch die *FDP* würde niemand links verorten.

Gleichzeitig ist die *PL* Teil des *Socialismo Democrático* (Demokratischer Sozialismus). Sein Name legt eine linke Tendenz nahe. Doch da eine Mehrheit der Sozialisten ihren Frieden mit dem Neoliberalismus gemacht hat, gehören sie eigentlich zur Mitte, auch wenn sie sich nicht so fühlen mögen.

Im Folgenden sollen daher nur die Kräfte zur Mitte gezählt werden, die weder Teil des Regierungslagers sind noch zur Rechten gehören wollen. Dabei handelt es sich um Organisationen wie die *Christdemokratische Partei (DC)* und ihre Spaltprodukte. Um die Probleme der *DC* zu verstehen, muss man in der Geschichte etwas zurückgehen.

Die *DC* wurde in den 50er Jahren von Kadern der *Falange Nacional* aufgebaut. Sie behauptete, eine Partei der Mitte zu sein. In gewisser Weise war sie das auch. Als es aber

1973 zum Schwur kam, gehörte sie zu den Kräften, die das Militär zum Eingreifen aufforderten. Die Linke war von ihrer Niederlage 1973 so mitgenommen, dass sie in den 1990er Jahren christdemokratische Politiker zu Präsidenten Chiles wählte. In dieser Zeit war die *DC* mit über 20% die stärkste Partei des Landes. Doch die *Concertación*, die damalige Regierungskoalition, beschäftigte sich hauptsächlich mit der Optimierung des Neoliberalismus. Deshalb verlor sie an Rückhalt. Zum Ausgleich begann man mit der *KP* zusammenzuarbeiten. Nur so konnte sie weiterhin Präsidentschaftswahlen gewinnen. Für viele Christdemokraten war das die Überschreitung einer roten Linie. Es gehört zu ihren Dogmen, niemals zusammen mit Kommunisten auf einer Liste zu stehen. Daher hat der rechte Flügel in den letzten Jahren die Partei verlassen. Seine Aktiven haben sich neuen Organisationen wie den *Amarillos* oder den *Demócratas* angeschlossen.

Daher war die Wahl der Regionalräte für dieses Milieu auch ein Kräftemessen dahingehend, wie sich der gesellschaftliche Einfluss nun zwischen ihnen aufteilt. *Amarillos* und *Demócratas* bildeten das Wahlbündnis *Demokratisches Zentrum*, dessen Kandidaten fast im ganzen Land auf den Stimmzetteln zu finden waren. Zusammen erreichten sie 3,1%, was ihnen, bzw. nur den *Demócratas*, 6 Mandate einbrachte.

Die Liste der *DC* kam auf 7,1% und 29 gewählte Vertreter. Vor drei Jahren, unter ganz anderen Bedingungen, erhielt sie 8,5%, was damals 36 Sitze bedeutete. Man kann sagen, dass dieses Lager durch seine Aufspaltung und die Wahlpflicht zwar um ca. 450.000 Wähler und 1,7 Prozentpunkte zulegen, ihm aber ein Mandat verloren ging. Jetzt bleibt abzuwarten, welche Schlüsse die neuen Parteien aus diesem Ergebnis ziehen werden.

Das Abschneiden der Parteien der Regierungskoalition

Die Regierungskoalition ist mit fünf Listen ins Rennen gegangen. Zwei Organisationen, die *PR* und die *Frente Amplio*, haben Alleinkandidaturen eingereicht. Dazu muss

man sagen, dass die *Frente Amplio* inzwischen den Schritt vom Wahlbündnis zur Partei gegangen ist. Die Liberalen haben sich dem verweigert. Für diese Abstimmung sind sie eine Allianz mit der *Federación Regionalista Verde Social (FRVS)* eingegangen. Das ist bemerkenswert, da letztere über viele Jahre immer im Bündnis mit der *KP* agierte. Die Kommunisten wiederum haben jetzt eine Liste mit der *Acción Humanista (AH)* gebildet. Die *AH* ist eine Abspaltung des *Partido Humanista (PH)*. Das ist eine Reaktion darauf, dass die *PH* von der umstrittenen Abgeordneten Pamela Jiles mehr oder weniger gekapert worden ist. Tomás Hirsch, einer der Gründungsmitglieder der *PH*, ist jetzt der Parteivorsitzende der *AH*.

Fehlen noch die Sozialisten und die *PPD*. Sie sind unter dem Namen *Lo Mejor Para Chile* (Das Beste für Chile) angetreten. Die Frage liegt nahe, warum sich nicht zumindest die Parteien des *Socialismo Democrático* auf eine gemeinsame Liste verständigen konnten.

Zusammen haben diese fünf Bewerbungen 3.342.212 Stimmen erhalten, das entspricht 25,4% und 100 Mandaten. Das ist nicht viel. Erst recht, wenn man bedenkt, dass sie die Regierung tragen. Das schlechte Abschneiden ist aber auch eine Folge unabhängiger Kandidaturen wie der in Puente Alto.

Es ist sehr aufwändig, Vergleiche mit den Ergebnissen der letzten Kommunal- und Regionalwahl anzustellen. Das liegt an der Unübersichtlichkeit der Wahlvorschläge sowohl hinsichtlich der Namen wie auch der politischen Zusammensetzung. Sie ändert sich von Wahl zu Wahl. Im Rahmen der Wahlbündnisse ist es für den Wähler aber immer noch möglich, die von ihm favorisierte Partei anzukreuzen. Daher sollen im Folgenden die Ergebnisse einiger bekannter Organisationen verglichen werden. Daraus lassen sich zumindest Tendenzen ableiten.

Die Sozialisten erreichten 6,4% (2021: 5,9%), was ihnen 30 (2021: 23) Mandate bescherte. Ihr Partner *PPD* brachte es auf 4,1% (3,8%), was trotz des prozentualen Zuwachses den Verlust eines Mandats auf jetzt 18 Sitze bedeutete. Das ist eine Folge des Wahlsystems. Sie können sich

damit im Vergleich mit dem *Partido de la Gente* (PDG) sogar noch glücklich schätzen. Die vor einigen Jahren hoch gejubelte populistische Partei stürzte von 7,7% auf 3,8% ab, was ihr nicht nur eine Halbierung der Sitze bescherte, sondern den freien Fall von 22 auf drei Mandate.

Die stärkste Kraft im Regierungslager wurde die *Frente Amplio* mit 8,6% (9,2%). Sie legte trotz des geringeren Prozentergebnisses um drei Mandate auf jetzt 19 zu. Aus dem alten Ergebnis sind die 0,16% der *PL* schon herausgerechnet. Wie schon erwähnt, gehörten die Liberalen damals noch zum Wahlbündnis *FA*. Sie verbesserten sich jetzt auf 0,55%, was ihnen ein Mandat sicherte.

Zur Regierungskoalition gehört auch die *FRVS*. Sie erreichte diesmal 1,6% und vier Mandate. Dabei sind die Unabhängigen (2,1% und drei Mandate) auf ihrer Bündnisliste mit der *PL* noch gar nicht eingerechnet. Bei der letzten Wahl erreichte sie als Partei 1% und zusammen mit ihren unabhängigen Kandidaten 3,8%. Addiert man die heutigen Zahlen, sieht das nicht nach großen Veränderungen aus. Trotzdem hat das Ergebnis bei der Parteivorsitzenden zu einem gewissen Größenwahn geführt. Es gibt zwar keinen bekannten Politiker dieser Organisation, aber Flavia Torrealba erklärt: „Wir streben danach, an einer Vorwahl des Präsidentschaftskandidaten des fortschrittlichen Lagers teilzunehmen“.⁹ Das begründet sie damit, dass ihre Organisation bequem die Marke von einer Million Stimmen übersprungen habe. Doch sagt sie nicht, bei welchem der vier Wahlgänge dies der Fall gewesen sein soll. Bei keinem ist sie, selbst bei großzügigster Auslegung der Ergebnisse, auch nur über eine halbe Million gekommen.

Insgesamt gesehen hat das Regierungslager etwas verloren. Aber es ist strittig, wie man das einordnen soll. Das reicht von der Ansicht Cavallos, dass es massiv abgestraft wurde, bis zur Einschätzung von Tomás Hirsch (*AH*), der erklärt: „Wir bleiben in perfekter Verfassung, um nächstes Jahr die Präsidentschaftswahl zu gewinnen.“¹⁰ Dem widerspricht die *KP*: „Also, wie wir bereits betont haben, wenn es den Kräften der Opposition gelingt, sich zu vereinen, besteht real das Risiko, die nächsten Präsi-

dentschafts- und Parlamentswahlen zu verlieren.“¹¹

Die Angriffe gegen die Kommunisten

Die *KP* ist Teil der Regierung und stellt einige Minister. Das gefällt auch im progressiven Lager nicht allen. So gab es im Zusammenhang mit den Wahlen in Venezuela den Versuch, die Partei aus der Koalition zu drängen. Den dortigen Abstimmungen hatte Boric „Wahlfälschung“ unterstellt und das Land als „Diktatur“ bezeichnet.

Vertreter wichtiger Parteien des Regierungsbündnisses forderten ihre Kollegen von der *KP* auf, sich der Position des Präsidenten anzuschließen. So der Abgeordnete Raul Soto von der *PPD*: „Es ist weder konsequent noch kohärent, wenn sie Teil einer demokratischen Regierung wie der unseren sind, dass sie eine Diktatur ... wie die in Venezuela unterstützen. Daher muss die Kommunistische Partei ihren Standpunkt überdenken ... und die Position von Präsident Gabriel Boric unterstützen. In dieser Angelegenheit ist das mitschuldige Schweigen der Kommunistischen Partei unhaltbar.“¹²

Im gleichen Beitrag zitiert *El Desconcierto* den Vorsitzenden der PS-Fraktion Daniel Melo: „Ohne Zweifel ist es ein Problem, dass es nicht bei allen die gleiche Wertschätzung der Demokratie und die uneingeschränkte Verteidigung der Menschenrechte gibt. Ich hoffe, dass die *KP* ohne Zweideutigkeiten über diesen Umstand nachdenkt.“

Diese Debatte beendete der Präsident mit einem Machtwort: „Ich kenne keine andere Partei, die ad hominem so viele Angriffe und Lügen erfährt. Ich zumindest habe keinen Zweifel am demokratischen und sozialen Engagement der chilenischen *KP*.“¹³

Doch die Angriffe auf die *KP* waren damit nicht vorbei. Mitte des Jahres wurde eines ihrer bekanntesten Mitglieder, Daniel Jadue, in Untersuchungshaft genommen. Laut der Untersuchungsrichterin stellt der Bürgermeister von Recoleta, einer Kommune von Groß-Santiago, „eine Gefahr für die Sicherheit der Gesellschaft dar“¹⁴. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm Betrug, Untreue, Bestechung und Insolvenzvergehen vor. Von hier aus kann das nicht beurteilt werden. Doch sollte man

bedenken, dass die *KP* Solidaritätsarbeit für ihn macht.

Nach der Wahl sind Chats bekannt geworden, die zeigen, dass es eine Verschwörung gegen ihn gegeben hat.¹⁵ Das Ziel war, ihn zu diskreditieren. Darauf reagierte der Beschuldigte aus dem Hausarrest, in den er inzwischen überstellt worden war, auf X: „Wie schön das bestätigt wird, wie die Konstruktion der Vorwürfe gegen mich startete, und wie schlimm, dass die Staatsanwaltschaft kein Interesse daran hat, den im Gesetz ... enthaltenen Grundsatz der Objektivität einzuhalten.“¹⁶ *El Ciudadano* bezeichnete diese Vorgänge als „juristischen Krieg gegen Jadue“¹⁷ und das Nationale und Internationale Komitee „Gerechtigkeit und Freiheit für Daniel Jadue“ verlangte seine sofortige Freilassung.¹⁸

Die Folgen solcher Anschuldigungen beschreibt der Historiker und ehemalige Sozialist Luis Mesina: „Der Antikommunismus greift diejenigen hart an, die sich nicht anpassen. Daniel Jadue ist dafür ein Beispiel. Der von der antikommunistischen Propaganda ausgeübte Druck ist so groß, dass dies zu guter Letzt dazu führt, dass die Kommunisten ihre eigenen Aussagen selbst abmildern und manchmal sogar für nichtig erklären. Am offensichtlichsten ist das bei den wichtigen Ministerinnen Camila Vallejo und Jeannette Jara sowie der Parlamentspräsidentin Karol Cariola. Sie haben sich von ihrem eigenen Genossen Jadue distanziert und damit das völlig rechtswidrige Gerichtsverfahren legitimiert.“¹⁹

Damit deutet Mesina die Zwangslage der Ministerinnen an. Sie müssen sich sowohl mit ihrem Genossen solidarisieren als auch als Repräsentanten des Staates hinter seinen Institutionen stehen. Sie haben das so gelöst, dass sie sich nicht hinter Jadue gestellt haben. Bei Fragen zu diesem Thema haben sie keine Stellung bezogen und auf die Unabhängigkeit der Justiz verwiesen. Das führt zu der von Mesina beklagten Legitimierung der Strafverfolgung. Da er in seinem Aufsatz diese Zwickmühle aber nicht klar benennt und damit den Genossinnen ein unsolidarisches Verhalten unterstellt, agiert auch er antikommunistisch. Aus der Partei selbst gab es keine Kritik am Verhalten ihrer Ministe-

rinnen. Wahrscheinlich war das so mit den Gremien vereinbart.

Die Resultate der Kommunisten

Mitte des Jahres hoffte die KP ihren Stimmanteil bei den Regionalräten von großzügig geschätzten 8%, tatsächlich 7,3%, auf 10% verbessern zu können.²⁰ Das ist leider nicht eingetreten. Am Ende hatte sie mit 7% leichte Verluste zu verbuchen. Die Zahl ihrer Regionalräte sank um vier auf jetzt 15 Mandate.

Bei den Gemeinderäten sieht es ähnlich aus. Da sind die Prozentzahlen von 9,2% auf 6,2% gefallen. Das hat einen Rückgang der Mandate von 129 auf 105 bewirkt. Aber heute stehen bei beiden Abstimmungen mehr Wähler als vor drei Jahren hinter den Prozentzahlen. Wahrscheinlich ist der Rückgang der kommunistischen Prozentanteile eine Folge der Wahlpflicht in Kombination mit den Angriffen. Jetzt gehen auch völlig unpolitische Menschen zur Wahl. Sie lassen sich leichter von den Propagandakampagnen der Konzernmedien beeinflussen, besonders wenn sich auch staatliche Institutionen daran beteiligen.

Besonders schmerzlich ist der Verlust des Bürgermeisteramtes

der Kommune Santiago. Doch das war zu erwarten. Santiago ist das Flaggschiff der Gemeinden Chiles. Den Ort will jede Partei regieren bzw. alles dafür tun, dass er nicht in die Hand von Kommunisten fällt. Schon bei der Kandidatenaufstellung mäkelten einige Kräfte der Regierungskoalition herum, warum Irací Hassler ohne Vorwahlen aufs Schild gehoben wird.

Auf der rechten Seite verzichtete die REP auf eine Kandidatur, während auf der anderen Seite *Linke Ökologen* der Kandidatin Stimmen weggenommen haben. Es standen auch noch die Bewerber der *Ökologischen Tierschützer* und der PDG auf dem Stimmzettel. Doch auch die Stimmen dieser Kandidaten hätten Hassler nichts genützt. Der Kandidat von *Chile Vamos* setzte sich mit 51% durch.

Eigentlich kann sich Hasslers Ergebnis sehen lassen. Es stieg von ca. 45.000 auf 62.000 Stimmen an, eine Zunahme um mehr als 25%! Doch die Wahlbeteiligung ist um ca. 100.000 Stimmen gestiegen. Daher hatte das einen Rückgang des Prozentergebnisses von 38,6% auf 28,7% zur Folge. An ihrer Arbeit in der Stadtverwaltung wird das nicht gelegen haben. Sie wird im Großen und Ganzen gelobt.

Was gute Arbeit von Kommunisten bewirken kann, zeigt Lo Espejo. Das ist einer der beiden Orte, in denen die KP ihre Bürgermeister verteidigen konnten. Hier steigerte Javiera Reyes ihr Ergebnis von 23,5% auf 57,5%. Für diese Verdoppelung des Prozentergebnisses waren viermal mehr Stimmen notwendig als beim letzten Mal. Im acht Köpfe zählenden Gemeinderat sitzen nur zwei Rechte. Von den sechs Mandaten des Regierungslagers sind drei kommunistisch besetzt. Sie haben ein Mandat dazugewonnen. Dieses tolle Ergebnis ist wahrscheinlich nur möglich gewesen, weil sich die Rechte noch nicht auf Reyes eingeschossen hatte. Im Gegensatz zu Daniel Jadue.

Wegen seiner Festnahme musste er sein Bürgermeisteramt abgeben. Der Gemeinderat wählte aus seiner Mitte Fares Jadue als neuen Ortsvorsteher. Er ist mit Daniel Jadue weder verwandt noch verschwägert, gilt aber als sein Strohmännchen. Wobei die

se Charakterisierung wahrscheinlich Teil der antikommunistischen Propaganda ist, die auch im progressiven Lager ihre Förderer hat. Dieser Wechsel von einem zu einem anderen Kommunisten war nur möglich, weil die KP die Mehrheit der Gemeinderäte stellte. Fares Jadue hat jetzt die Bürgermeisterwahl mit 35,8% gewonnen, aber sein Namensvetter lag bei 64%. Ein deutlicher Absturz. Hätte sich *Chile Vamos* mit der PSC verbündet, wäre ihr Kandidat jetzt mit 38,3% Bürgermeister. Auch in realen Zahlen ist das kommunistische Ergebnis ein Desaster. Trotz Wahlpflicht verringerte es sich von 35.305 auf 33.107 Stimmen.

Was ist der Grund dafür? Lag es am neuen Kandidaten oder an der Kampagne gegen Daniel Jadue? Es spricht viel für letzteres. Fares Jadue ist den Bürgern Recoletas schon länger durch seine Arbeit in der Stadtverwaltung bekannt. Vor drei Jahren hat er bei seiner Wahl in den Gemeinderat von allen Bewerbern die höchste Zahl an persönlichen Stimmen erhalten. Das zeigt seine lokale Verankerung. Die Verluste bei der Bürgermeister- und Gemeinderatswahl, dort sind die Mandate von fünf auf drei gesunken, können daher nur die Folge der Korruptionsvorwürfe gegen Daniel Jadue sein.

Für politisch weniger interessierte Zeitgenossen ist der Fall Jadue nur einer von vielen. In Chile sollen gegenwärtig ein paar hundert Ermittlungsverfahren wegen Korruption, sexueller Übergriffe und häuslicher Gewalt anhängig sein, in die mehr oder weniger bekannte Personen der Zeitgeschichte verwickelt sind. Handelt es sich um Rechte, werden sie von den Institutionen mit Nachsicht behandelt. So der Bürgermeister von Linares. Gegen Mario Meza (RN) wird wegen wiederholten Betrugs am Fiskus ermittelt. Damit wurde der Haushalt seiner Gemeinde gravierend geschädigt.²¹ Trotzdem wurde gegen ihn, im Gegensatz zu Jadue, dem gerade keine Schädigung der Gemeindekasse vorgeworfen wird, nur ein nächtlicher Hausarrest verhängt. Daher konnte Meza sein Amt behalten. Die Massenmedien haben über diesen Fall nur am Rande berichtet, so dass er mit 44,8% in seinem Amt bestätigt wurde.

Anzeige

August Thalheimer:

1923 – Eine verpasste Revolution?



Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923

44 Seiten, 3,- Euro

Bestelladresse:
Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Vor einiger Zeit wurde auch Präsident Boric angezeigt. Er soll private Bilder weiterverbreitet und sich damit einer sexuellen Belästigung schuldig gemacht haben.²² Alles spricht dafür, dass hier aus der rechtsradikalen Ecke etwas gegen Boric fingiert worden ist. Aber selbst, wenn es zu keiner Anklage kommt, wird das bei vielen so aufgenommen: „Die Großen lässt man laufen.“

Resümee

Der durch die Wahlpflicht hervorgerufene Stimmenzuwachs für fast alle politischen Kräfte ist, wie erwartet, besonders der Rechten zugute gekommen. Das geschah aber nicht im befürchteten Ausmaß. Dem Regierungslager hat das, ganz besonders den Kommunisten, politischen Einfluss gekostet. Zugelegt haben auch unabhängige Kandidaturen wie die in Puente Alto. Das gleiche gilt für Listen, die die Worte Ökologie und/oder Tierschutz im Namen tragen. Wo sie politisch einzuordnen sind, ist noch offen.

Gleichzeitig hat sich 1/3 der Wahlberechtigten der Abstimmung entzogen. Hier sollte eigentlich ein Potenzial für linke Kräfte liegen. Es ist aber zu befürchten, dass es auf absehbare Zeit nicht gehoben werden kann, solange der Neoliberalismus den Menschen individualistisches Denken in die Köpfe hämmert. Linke Organisationen müssen, wenn sie denn links sein wollen, auf einem gewissen Kollektivismus bestehen. Dieser steht aber im Gegensatz zum neoliberalen „Jeder kann machen, was er will“.

Emil Berger

- 1– <https://www.emol.com/noticias/Internacional/2024/08/08/1139228/milei-chile-economia-kirchnerismo-gas.html>
- 2– Siehe der Bericht *Ein linker Erfolg?* in der ARSTI Nr. 215 vom Frühjahr 2022
- 3– Alle Zahlen stammen, wenn nicht anders angegeben, von <https://www.servel.cl>
- 4– <https://www.latercera.com/opinion/noticia/columna-de-ascanio-cavallo-cambio-de-paisaje/5K3GCUWFEHXNH62OJWWA33DY/>
- 5– https://es.wikipedia.org/wiki/Elecciones_parlamentarias_de_Chile_de_1989
- 6– <https://www.portalpuentealto.cl/ossandon-carga-contracodina-arranco-como-un-raton-de-un-barco-que-se-estaba-hundiendo/>

- 7– <https://elsiglo.cl/26-27-o-sincerando-datos-de-elecciones-municipales-y-regionales/>
- 8– <https://elsiglo.cl/26-27-o-el-resultado-abre-expectativas-de-estimular-mas-trabajo-lautaro-carmona/>
- 9– <https://eldesconcierto.cl/2024/11/16/torrealba-frvs-admite-ambicion-presidencial-del-partido-no-inventaremos-un-candidato-para-twitter>
- 10– <https://eldesconcierto.cl/2024/10/28/tomas-hirsch-y-resultado-eleccion-2024-quedamos-en-perfectas-condiciones-para-ganar-la-presidencial-el-proximo-ano>
- 11– <https://pcchile.cl/2024/11/05/partido-comunista-realizo-su-xxiii-pleno-del-comite-central-principales-elementos-del-informe-y-las-resoluciones-aprobadas/>
- 12– <https://eldesconcierto.cl/2024/08/23/la-encrucijada-del-pc-partido-definira-en-comision-politica-si-apoyar-posicion-de-boric-respecto-a-venezuela>
- 13– <https://eldesconcierto.cl/2024/03/02/anticomunismo-visceral-presidente-boric-respalda-al-pc-ante-olas-de-ataque-de-la-derecha>
- 14– <https://www.latercera.com/nacional/noticia/alcalde-daniel-jadue-queda-en-prision-preventiva/FEL5DEGRNJDGROSPUSW3TASPS4/>
- 15– <https://www.theclinic.cl/2024/11/17/la-influencia-de-luis-hermosilla-en-el-congreso-los-chats-con-samuel-donosoy-gabriel-zaliasnik/>
- 16– https://x.com/danieljadue/status/1858518038410121219?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetemb%5Eed%7Ctwterm%5E1858518038410121219%7Ctwgr%5E112ceca5f67a190e056d00454fee465179527c90%7Ctwcon%5Es1_&ref_url=https%3A%2F%2Fwww.elciudadano.com%2Fjusticia%2Fla-trama-contrajadue-chats-de-hermosilla-revelan-la-maquinaria-para-danar-al-exalcalde-de-recoleta%2F11%2F19%2F
- 17– <https://www.elciudadano.com/justicia/la-trama-contrajadue-chats-de-hermosilla-revelan-la-maquinaria-para-danar-al-exalcalde-de-recoleta/11/19/>
- 18– <https://elsiglo.cl/solicitan-inmediata-liberacion-de-daniel-jadue-tras-nueva-revelacion-de-whatsapp-de-hermosilla/>
- 19– <https://www.elciudadano.com/chile/la-ofensiva-del-anticomunismo-en-chile/07/21/>
- 20– <https://elsiglo.cl/pc-buscara-llegar-a-dos-digitos-en-su-votacion-en-eleccion-municipal/>
- 21– <https://www.latercera.com/politica/noticia/formalizado-por-fraude-al-fisco-hace-un-mes-linares-reelige-a-mario-meza-como-alcalde/MUVWKAGKCFH7XL42AUERSLZKBA/>
- 22– <https://www.elciudadano.com/chile/el-truco-esta-en-asfixiar-al-principe-hasta-que-se-ponga-azul-este-es-el-historial-de-correos-presentados-por-la-defensa-del-presidente-boric-a-fiscalia/11/26/>

Anzeige



Die Rote Hilfe e. V. ist die parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation – seit 100 Jahren!

Die Rote Hilfe organisiert nach ihren Möglichkeiten die Solidarität für alle, unabhängig von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.

✉ info@rote-hilfe.de ★ rote-hilfe.de

DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.

Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

Schwerpunkt 4/2024: Westsahara



Die Macht der Faschisten in der Ukraine ist kein Hirngespinnst

Das im Vorjahr erschienene Buch „The Tragedy of Ukraine“ von Nicolai Petro, Professor für Politikwissenschaft an der Universität von Rhode Island, verdient Aufmerksamkeit, weil Petro das hierzulande gepflegte offizielle Narrativ über den Ukrainekonflikt in einem Punkt noch deutlicher als andere kritische Publikationen zu dem Thema widerlegt, und zwar auf Basis seines Studiums der Dokumente, die die Auseinandersetzungen innerhalb der Ukraine seit 2014 belegen.¹ Petro teilt uns in der Einleitung mit, dass er 2013 mit einem Fulbright-Stipendium ein akademisches Jahr in der Ukraine verbrachte, ausgerechnet in dem Jahr, in dem die Proteste auf dem Maidan begannen. Das habe sein Interesse geweckt zu verstehen, was da vorging.

Aufmerksamkeit verdient das Buch, weil die Rolle der Nationalisten, genauer Faschisten, in Petros Argumentation einen zentralen Stellenwert einnimmt. Deren Einfluss wird hierzulande heruntergespielt, wenn nicht geleugnet.² Dass die Rolle der USA in dem Konflikt im Buch unterbelichtet bleibt, steht auf einem anderen Blatt. Die geopolitischen Interessen spricht Petro erst gegen Ende seiner Darstellung an.³ Er schenkt ihnen weniger Beachtung als dem historisch bedingten Konflikt zwischen der Galician und der Maloross Ukraine (266f.), weil er den Schlüssel für eine „reconciliation“ (Versöhnung) sucht.⁴

Petro interpretiert den Konflikt auf der Folie der griechischen Tragödie, weil er Wege aufzeigen möchte, über die den Bürgerkriegsparteien noch eine Aussöhnung ermöglicht werden könnte. Die Tragödie besteht für ihn darin, dass sich die Nationalisten hartnäckig der Regionalisierung widersetzen, die für die Ukraine aufgrund ihrer Geschichte geboten sei. Petro führt Autoren an, die von Ukraine im Plural sprechen (36). Die nationale Identität aber wurde von den meist aus der Westukraine, der „Galician Ukraine“, stammenden Nationalisten definiert, was absolut realitätsfremd war und die Zerreißprobe bedingte, die zum Bürgerkrieg führte. Dabei wäre nach Petro Offenheit für kulturelle Vielfalt gefordert gewesen, die Bereitschaft, die „Andere Ukraine“ anzuerkennen, um eine stabile, friedliche Ordnung zu schaffen. Er lässt keinen Zweifel daran, dass die Wurzel des Konflikts innerhalb der Ukraine zu suchen sei. In dem Kapitel über die Kämpfe nach dem Staatsstreich weist er die stupide Behauptung, Russland habe diese maßgeblich befeuert, zurück (211ff.).

Ich möchte mich hier auf das Kapitel 3 „The Fatal Attraction of the Far Right“ (Die verhängnisvolle Anziehungskraft der extremen Rechten) konzentrieren und den übrigen Inhalt im Folgenden nur knapp skizzieren.

Um den Leitgedanken seiner Konfliktdarstellung zu begründen, erläutert Petro im ersten Kapitel, was

die antike Tragödie aus seiner Sicht mit dem gegenwärtigen Konflikt zu tun hat. Die Tragödie bestehe darin, dass Individuen oder auch Völker ihre Selbstzerstörung nicht aufhalten, weil sie sich der Konfliktursache nicht bewusst sind (31). Im zweiten Kapitel „Two Nations in One State“ (Zwei Nationen in einem Staat) geht Petro auf die Geschichte und die Geschichtspolitik, auf die gegensätzlichen Narrative der Galician und der Maloross Ukraine ein. Beide erzählten unterschiedliche Geschichten über dasselbe Land (38). Auch in der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg seien die Banderisten für die eine Seite Helden, für die andere Seite Verräter und Kriminelle. Die Unterdrückungslegende der Nationalisten widerlegt Petro in seinen historischen Ausführungen über die ukrainische SSR. Die Entwicklung der Ukraine seit der Unabhängigkeit sieht er zuerst gekennzeichnet durch das Bemühen der Regierung um eine Balance zwischen Westorientierung und traditioneller Bindung an Russland, spätestens ab 2004 unter der Präsidentschaft von Juschtschenko durch eine gesellschaftlich stark umstrittene Zuwendung zum Westen, die ab 2010 unter der Präsidentschaft von Janukowitsch abgeschwächt wurde. Westorientierung und Nationalismus werden als in der Galician Ukraine verankert gesehen.

Nach dem Kapitel über die Far Right will Petro im vierten Kapitel zeigen, wie der Nationalismus nicht nur politisch lähmt, sondern sogar innen- wie außenpolitisch eine selbstschädigende, nicht patriotische Politik bedingt. Er legt Wert auf die Unterscheidung zwischen Nationalismus und Patriotismus. Im Kampf gegen das Corona-Virus nahm man zum Beispiel höhere Kosten, Engpässe und das Misstrauen der Bevölkerung in Kauf, weil man den Impfstoff Sputnik V aus Russland ablehnte. Ein anderes Beispiel aus der Wirtschaftspolitik war die Schließung russischer Banken in der

1– Nicolai N. Petro: *The Tragedy of Ukraine*. Walter de Gruyter, Berlin/Boston 2023. ISBN 978-3-11-135605-1.

2– Vieles, was Petro über die extreme Rechte in der Ukraine, berichtet, findet man auch in Zeitungs- und Zeitschriftenbeiträgen von Susan Witt-Stahl. Aber vielleicht wirken die Analysen eines US-Professors für viele glaubwürdiger. Selbst bei Linken sehe ich oft Skepsis, wenn von den ukrainischen Faschisten die Rede ist.

3– Einmal verweist er auf die massive Einflussnahme von „USAID-funded groups“ in der Ukraine (81).

4– Nach meiner Interpretation des Konflikts dient die innerukrainische Zerrissenheit den USA als strategisches Mittel, um die Ukraine dem russischen Einfluss zu entziehen, was den wohlwollenden Umgang mit der nationalistischen Bewegung erklärt (Auernheimer: *Die strategische Falle*, Köln 2024). Kleinrussland oder Malorossija war die Bezeichnung für das Gouvernement im Südwesten des Zarenreichs.

Ukraine, was die Überweisung der Remittances, der Arbeitsmigranten aus Russland, behinderte und die Deviseneinnahmen schmälerte. Generell kam die Abkoppelung von der russischen Wirtschaft „suicide economics“ (Selbstmord Ökonomie) gleich (151). Weil man Erdgaslieferungen aus Russland ablehnt, zahlt man einen höheren Preis für russisches Gas, das über die Slowakei, Ungarn und Polen geliefert wird. Für besonders selbstdestruktiv hält Petro die nationalistische Kulturpolitik mit dem Sprachgesetz und der Auflösung der orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats.

Im fünften Kapitel „The Tragedies of Crimea and Donbass“ (Die Tragödien der Krim und des Donbass) bringt er viele Belege dafür, dass die Abtrennung der Krim nur als Sezession interpretiert werden kann und dass die Bevölkerung des Donbass schon spätestens ab 2004 der nationalistischen Bewegung in Galizien und in Kiew ablehnend gegenüberstand. Im sechsten Kapitel erinnert Petro an den bei uns ganz unbekanntem Streitschlichtungsversuch aus dem Jahr 2014 in Genua unter Beteiligung Russlands, der USA und der EU, der von Poroschenko damals abgebrochen wurde. Er prüft aus der Ukraine kommende Vorschläge für die Beilegung des Konflikts, befragt historische Fälle, wie gesplante Gesellschaften wieder zusammengefügt werden können und was für eine Aussöhnung hilfreich ist (z.B. Wahrheitskommissionen).

Nun zu den Ausführungen über die Ideologie und Strategie der extremen Rechten, die den im Westen dominanten Diskurs über die Ukraine als Schönfärberei entlarven.

Petro greift den verständlichen und verbreiteten Einwand auf, dass die Far Right bei Wahlen doch nicht sehr gut abgeschnitten habe. Immerhin zehn Prozent der Stimmen holte die Partei Swoboda bei der Parlamentswahl 2012 (96). Aber die Stärke der Rechten liegt nicht bei parlamentarischen Mehrheiten, wie schon in einer Studie der deutschen Stiftung Wissenschaft und Politik bestätigt wurde, und wird auch dort nicht gesucht. 2009 entwarf Dmitry Jarosch vom Rechten Sektor in einer Publikation die Strategie zur Vorbereitung der Wahl von 2012. Die darin

vorgesehenen Zentren der national-revolutionären Indoktrination zur Mobilisierung von Bürgern und die Initiierung von Demonstrationen (96) dienen nicht nur der Wahlkampagne. Die Rechten sind zwar auch bestrebt, vor allem im Sicherheitsapparat Schlüsselpositionen zu besetzen – das gelang ihnen bereits 2012 – aber sie konzentrieren ihre politische Arbeit auf den außerparlamentarischen Bereich und üben Druck auf die Regierung aus. So erklärt sich der erstaunliche Wandel von Poroschenko wie Selenski nach ihrem Amtsantritt. Beide waren als Friedensbringer zur Wahl angetreten und mutierten zu Hardlinern. „Since 2014, all Ukrainian governments have kowtowed to Far Right nationalism“ (119). Alle Regierungen seit 2014 hätten sich dem Nationalismus der extremen Rechten gebeugt. Als Beispiel für das „Mainstreaming the Far Right“ führt Petro die Statements von Regierungsvertretern an, die Integration der Donbass-Bevölkerung erfordere ein Umerziehungsprogramm, Beschränkung der Bürgerrechte oder auch Präventivhaft für Personen mit russischem Pass (111). Die politische Macht der extremen Rechten in der Ukraine sei nicht mit den üblichen Maßstäben zu messen. „The Right Sector, and the Far Right in general, should thus be viewed as a supra-institutional, rather than a institutional aspect of Ukrainian political life“ (105) (Der rechte Sektor, und die extreme Rechte generell, sollten mehr als über-institutioneller, denn als institutioneller Aspekt des ukrainischen politischen Lebens gesehen werden). Asow scheint mit der Gründung von Jugendorganisationen etc. relativ erfolgreich bei der Gewinnung kultureller Hegemonie (s. unten). Die extreme Rechte insgesamt nutzt sehr effektiv die Sozialen Medien (100).

Drei Organisationen bestimmen nach Petro das politische Leben in der Ukraine: Swoboda als Partei, der Rechte Sektor und die Asow-Brigade, die weit mehr ist als eine militärische Einheit. Gleich nach der Un-

abhängigkeit seien mit finanzieller Unterstützung von Organisationen der Exil-Ukrainer nationalistische Organisationen geschaffen worden, oft Hand in Hand mit dem Aufbau paramilitärischer Strukturen (91), darunter die Sozial-nationale Partei der Ukraine (SNPU), die nach Einschätzung von Petro für eine ukrainische Variante des Nationalsozialismus steht, weil ihre Ideologie auf den „Zehn Geboten der ukrainischen Nationalisten“ des OUN-Ideologen Stepan Lenkavsky aus den 1920er Jahren basiere (ebd.).⁵ Oleh Tjahnybok, der die Partei nach einem Führungsstreit übernahm, habe die Partei 2004 in Swoboda (Freiheit) umbenannt, um dem Namen den unangenehmen (unpalatable) Beigeschmack zu nehmen (92).⁶ Nach dem Wahlsieg Juschtschenkos 2004 konnte Swoboda mehrere Vertreter im Regierungsapparat unterbringen. Nach der Wahl von 2012, in der Swoboda 10 Prozent erreichte, hätten moderate Oppositionsparteien sie umworben und dann auch 2013 mit ihr zum Aufstand aufgerufen (96f.).

Der Rechte Sektor ist im Zuge der Maidan-Proteste aus dem Bündnis von vier nationalistischen Organisationen hervorgegangen. Die von Jarosch entworfene Strategie des Rechten Sektors habe ich schon referiert. Die Vereinigung gewann nach Petro Anziehungskraft für Jugendliche (96). Im Lauf der Maidan-Proteste konnte sie 10.000 Kämpfer sammeln. Der Rechte Sektor sieht oder sah für sich nach Petro drei Aufgaben: den Widerstand auf der Krim und im Donbass zu brechen, die Regionen in der Zentralukraine zu befrieden (pacify) und die Regierung unter Kontrolle zu halten und einzuschüchtern (indimidation) (97). Jarosch habe regelmäßig mit dem Marsch seiner Truppe gegen Kiew gedroht, um das Parlament unter Druck zu setzen. Auch Verdächtige aus unterschiedlichen Berufsgruppen werden eingeschüchtert. „They also routinely intimidated local officials, judges, religious leaders, journalists, teachers, entertainers,

5– Lenkavsky starb 1977 in München. Er forderte 1941: „In Bezug auf die Juden müssen wir alle Methoden anwenden, die ihrer Vernichtung dienen“ (zit. nach Thomas Schmid, <https://schmid.welt.de/2022/07/01/andrij-melnyk-und-der-ukrainische-nationalismus/>, abgerufen am 12.09.24)

6– Tjahnybok spielte später eine entscheidende Rolle bei den Maidan-Protesten.

and sport figures they suspected of being disloyal to the new order“ (104)(Sie schüchtern auch regelmäßig lokale Beamte, Richter, religiöse Anführer, Journalisten, Lehrer, Entertainer und Leute aus dem Sport ein, die sie verdächtigten, illoyal gegen die neue Ordnung zu sein). Die separatistischen Bestrebungen im Donbass wurden anfangs von Freiwilligenbataillonen mit Strafaktionen beantwortet, weil die reguläre Truppe sich weigerte (111). Diese sei „essentially paralyzed“ (im wesentlichen gelähmt) gewesen (218).

Swoboda und der Rechte Sektor seien die maßgebenden Akteure bei dem Maidan-Aufstand gewesen, wobei Petro von einer Arbeitsteilung ausgeht (94). Die Aktivisten des Rechten Sektors waren gewaltbereiter und gewalttätiger. Aber die Eskalation der Proteste sei von beiden koordiniert worden (96). Die Unterscheidung zwischen Swoboda und Rechtem Sektor in den Medien entsprechend der Abgrenzung der Partei vom Rechten Sektor sei taktischer Natur gewesen, um dem Westen ein Bild moderater Parteinahme auf dem Maidan zu bieten (97).

Asow ist in den 1990er Jahren aus einer Abspaltung der SNPU bzw. aus einem paramilitärischen Arm der SNPU hervorgegangen. Ab 2004 hat die Formation ein Netzwerk von rechten Organisationen geschaffen wie das Nationale Corps, das Jugendcorps, die Sonderkommandos (druzhyny), Sportvereine, die Bruderschaft der Veteranen (Veterans Brotherhood) und das Verlagshaus „Orientir“ (97). Die Mitglieder sehen sich wie der Rechte Sektor zur Einschüchterung von „Verrätern“ verpflichtet. Petro berichtet, dass 2020 eine Veranstaltung in Mariupol, auf der die Nationale Plattform für Versöhnung und Einheit präsentiert werden sollte, nach zwanzig Minuten abgebrochen werden musste, weil 70 junge Leute vom Nationalen Corps von Asow den Saal stürmten. Sie riefen „Verräter“ und schlugen den Initiator der Plattform nieder (241f.).

Petro weist die Ansicht zurück, der extreme Nationalismus sei eine Reaktion auf den Angriff Russlands (118), wie hierzulande manchmal verständnisvoll geäußert wird. Russland gilt seit den Anfängen dieser Bewegung als der ewige Feind („the Eternal Enemy“). Der Krieg mit Russland musste vielmehr den Nationalisten willkommen sein, weil er den kriegerischen Geist der Nation wecken würde („because it will ,arouse the militaristic spirit of the nation“).⁷ Der ehemalige Innenminister Arsen Awakow erklärte 2014, den Krieg mit Russland brauche man nicht zu fürchten, denn er habe eine heilsame, reinigende Wirkung auf die Nation (a salutary and ,cleansing‘ effect on the nation). Einige Politiker hätten sich ähnlich geäußert, so Petro (176).

Russland ist der ewige Feind, weil Russland eine Bedrohung für den Volkskörper darstellt. Um das Nationsverständnis der Banderisten zu verdeutlichen, führt Petro Aussagen von Wasil Iwanischin, dem Begründer des „Dreizacks von Bandera“ an. Die Nation sei kein „mechanischer“ Verband von Bürgern, sondern „eine bewusste und aktive Einheit“ (Zitat Iwanischin, 114). Die Erneuerung der Nation sei der „kategorische Imperativ“. In einem historischen Abschnitt über die Entstehung der Organisation ukrainischer Nationalisten (OUN) lässt Petro keinen Zweifel an deren völkischem Verständnis von Nation. Er zitiert Dmytro Dontsov, der mit dem 1926 publizierten Buch „Nationalismus“ zu einem führenden Ideologen der OUN geworden sei.⁸ Dessen Ansichten, die Natur kenne keinen Humanismus, es gelte das Recht des Stärkeren, das Existenzrecht der Nation stehe höher als das Lebensrecht des Individuums, sind faschistisches Gedankengut. Nach Petro dienen die Schriften Dontsows nach wie vor als Inspirationsquelle für ukrainische Nationalisten (60). Manche Gruppen haben auch Gedankengut der White Supremacy aus den USA aufgegriffen (113).

Georg Auernheimer

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-

Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 225 Herbst 2024, 28 S.

- Nach den Landtagswahlen
- Warum die AfD im Osten profitiert
- Deutschland nach der Zeitenwende
- Das Krankenhausverbesserungsgesetz
- Die Entmachtung der Citoyens
- Zum 140. Geburtstag von August Thalheimer

Nr. 224 Sommer 2024, 24 S.

- Nationale Befreiungsbewegungen
- Der folgenreiche Stellvertreterkrieg der Ukraine
- Brauchen wir eine linke Partei und was soll sie?
- A golden Opportunity
- 25 de April `74: Nelkenrevolution in Portugal

Nr. 223 Frühjahr 2024, 32 S.

- Die Ampelkoalition in Schwierigkeiten
- Die Massendemonstrationen in Deutschland zur Rettung der Demokratie
- Kriegstüchtigkeit als Handlungsmaxime
- Chile – Das Ende des Verfassungsprojektes
- Jeder Tag, den Kuba übersteht, ist ein Sieg
- Robert Siewert. Eine Biographie
- Nachruf: Gerd Callesen (1940–2023)

Nr. 222 Winter 2023, 28 S.

- Das Erstarren der AfD
- Die Landtagswahlen in Bayern
- Unsere Jahreskonferenz 2023
- Partei Die Linke – Das Ende eines linken Projektes?
- Spaltprodukt BSW – Wohin geht die Reise?
- Die Wagenknecht-Partei und die Krise der Linken
- Der Globale Süden – die globale Wende?
- Der Gazakrieg

Bestellungen bitte an:

Arbeiterstimme

Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Arbeiterstimme

www.arbeiterstimme.org

7– Zitat mit mehreren Referenzen in der Fußnote 90 auf Seite 114.

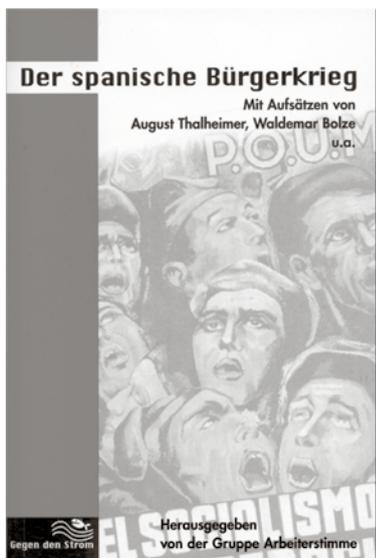
8– Dmytro Dontsov übernahm Ideen von Friedrich Nietzsche und Georges Sorel und übersetzte die Schriften von Mussolini und Hitler. Den NS-Staat betrachtete er als Vorbild für die künftige Ukraine. Er verstarb 1973 in Montreal, Kanada.

Literaturliste

K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition eine Untersuchung zur „Rechtsopposition“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag	1983, 234 Seiten , 14,00 €
Die Bremer Linksradiakalen	66 Seiten, 3,00 €
Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten (Hrsg. Achim Kowalczyk)	Sonderpreis 192 Seiten, 5,00 €
Einführung in den dialektischen Materialismus Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer)	1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
Zurück in die Eierschalen des Marxismus? Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer)	44 Seiten, 3,00 €
1923, eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer)	1931, 32 Seiten, 1,50 €
Um was geht es? Zur Krise der KPD (August Thalheimer) (z.Z. leider nicht lieferbar)	1929, 32 Seiten, 1,50 €
Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)	1931, 75 Seiten, 3,00 €
Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus? Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer)	1932, 34 Seiten, 1,50 €
Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?	1932, 27 Seiten, 1,50 €
Volksfrontpolitik , ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik	1974, 95 Seiten, 2,50 €
Fluchtpunkte , Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung	316 Seiten, 20 €
Die Potsdamer Beschlüsse , Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1945, 32 Seiten, 1,50 €
Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1946, 27 Seiten, 1,50 €
Weißer Flecken , Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung	1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
August Thalheimer and German Communism – Revolutionary History	320 Seiten, 15 €
Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion (August Thalheimer)	1952, 43 Seiten, 1,50 €
Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution (Heinrich Brandler)	1950, 140 Seiten, 5,00 €
Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie (August Thalheimer),	1928, 54 Seiten, 2,00 €
Der Weg der Gewerkschaften , Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze)	1948, 181 Seiten, 4,00 €
Ostblock - Westblock , Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer)	7,50 €
Der Faschismus in Deutschland , Analysen und Berichte der KPD-Opposition	1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

Bestellungen an: Arbeiterstimme, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg oder redaktion@arbeiterstimme.org

Der spanische Bürgerkrieg



Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Okto-

ber 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin,“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

240 Seiten, Paperback, 12,- €
ISBN 3-00-010296-5
Herausgegeben von der
Gruppe Arbeiterstimme

Silke Makowski

„Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern“ Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933



Zeitungsverkauf sowie Flugblattverteilungen gegen den NS-Terror fanden selbst in kleineren Orten statt, während in größeren Städten noch über Jahre hinweg ein gut organisierter illegaler Apparat existierte, der die Arbeit der Basiszellen koordinierte. Durch internationale Kontakte konnten weltweite Freilassungskampagnen initiiert und die Flucht von Verfolgten organisiert werden. Zahllose Rote HelferInnen wurden für ihren Widerstand zu hohen Strafen verurteilt, und viele von ihnen wurden von den Nazis ermordet.

Die Broschüre zeigt die Bandbreite des Widerstands der Roten Hilfe gegen den NS-Terror auf und regt durch viele Beispiele aus verschiedenen Städten und Regionen zur eigenen Spurensuche vor Ort an.

Der antifaschistische Widerstand der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) ist bisher weitgehend unbekannt, obwohl sich Zehntausende AktivistInnen aus verschiedenen sozialistischen Strömungen daran beteiligten. Spendensammlungen für die politischen Gefangenen, interner

Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs zur Geschichte der Roten Hilfe – Band I
DIN A 4, 120 Seiten, 7,- Euro
ISBN 3-9809970-4-9

Faschismus in Deutschland



Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928 bis 1933

Herausgegeben und eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik
296 Seiten, Klebebindung. 8,00 €.

Wieder Lieferbar:

Die Bremer Linksradikalen



Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1920

65 Seiten, Broschur. 3,- €.

Bestelladresse:
Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Bestelladresse:
Arbeiterstimme, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder:
redaktion@arbeiterstimme.org